

criticón

Das Magazin für Mittelstand, Marktwirtschaft und Freiheit. www.criticon.de

Flip-Flop-Kerry

und die Irrwege des Neo-Protektionismus – Guido Hülsmann

Die Feinde der offenen Gesellschaft und ihre Bildungslücke

criticón-Gespräch mit Johan Norberg, schwedischer Historiker



Auf der Suche nach dem ‚Schumpeter’schen Politiker‘ – Matthias Schmitz

Nach dem Verkauf ist vor dem Verkauf – Ralf Sürtenich

Libertäre Strategien gegen die Allmacht des Staates – Gunnar Sohn

Odo Marquard

Konservativer Skeptiker zwischen Herkunft und Zukunft

Porträt von Felix Dirsch



- S. 4 Editorial
- S. 5 **Krise und Kritik**
 Wer nicht handelt, der nicht gewinnt, Gunnar Sohn
 „Nationalistische Schützengräben“ und „vaterlandslose Gesellen“, Matthias Schmitz
 Dosenpfand treibt Grünen Punkt in die Enge, Silke Landwehr
 Beiheft zum Beiheft oder Wenn das Feuilleton zum Luxus wird, Peter Schäfer
 Zeit der Jugenddomänen ist vorbei, Peter Schäfer
- S. 12 **Auf der Suche nach dem „Schumpeter’schen Politiker“**, Matthias Schmitz
- S. 14 **Libertäre Strategien gegen die Allmacht des Staates**, Gunnar Sohn
- S. 16 **Über Konservatismus und Libertarismus**, Hans-Hermann Hoppe
- S. 21 **Anarcho-kapitalistische Theorie**, Michael Kastner
- S. 23 **Demokratie – eine Methode der Kollektiventscheidung wird zur Ideologie**, Gerard Radnitzky
- S. 26 **US-Wahlkampf. Flip-Flop-Kerry und die Irrwege des Neo-Protektionismus**, Guido Hülsmann
- S. 28 **Die Feinde der offenen Gesellschaft und ihre Bildungslücke**, criticón-Gespräch mit Johan Norberg
- S. 31 **Ecce! Blick auf die Zeit**, Hans-Peter Raddatz
- S. 32 **Was kostet uns der Öko-Dogmatismus?**, Edgar Gärtner
- S. 36 **Emails vom Tage**, Friedrich Conan
- S. 38 **Nach dem Verkauf ist vor dem Verkauf**, Ralf Sürtenich
- S. 40 **Mittelstandsmeldungen**
 DIW-Studie warnt vor Strukturproblemen der deutschen Wirtschaft
 Breitere Kompetenz statt technische Abarbeitung von Bestehendem
 Virtueller Größenwahn – Accenture und die „Wertschöpfungsrevolution“
- S. 42 **Bordeaux – Wein und Mythos**, Peter Dostmann
- S. 43 **Konservativer Skeptiker zwischen Herkunft und Zukunft. Autorenporträt Odo Marquard**, Felix Dirsch
- S. 49 **Jahresregister 2003**
- S. 13 **Impressum**
- S. 59 **Das Blaue Brett**

Neues aus der Bücherwelt

Hans-Peter Raddatz: Allahs Schleier – Die Frau im Kampf der Kulturen (*Caroline David*) S. 51; **Anthony de Jasay:** Justice and its Surroundings (*Gerard Radnitzky*) S. 52; **Hans-Christof Kraus (Hg.):** Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien; **Michel Grunewald/Hans Manfred Bock (Hrsg.):** Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945-1955); **Marko Martin:** „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat* (*Ansgar Lange*) S. 54; **Stahl, Heinz K. und Hans H. Hinterhuber (Hrsg.):** Erfolgreich im Schatten der Großen (*Peter Schäfer*) S. 56; **Ernst Jünger – Gerhard Nebel „Briefe 1938-1974“.** Herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort versehen von Ulrich Fröschle und Michael Neumann (*Volker Strebel*) S. 57; **Hartmuth Becker/Felix Dirsch/Stefan Winckler (Hrsg.):** Die 68er und ihre Gegner. Der Widerstand gegen die Kulturrevolution (*Ansgar Lange*) S. 58

Editorial

Blockiertes Denken und die Macht des Staates

„Die verneinte Realität. Überlegungen zum Romantizismus heute“: So überschrieb der Publizist Joachim Fest einen *Spiegel*-Essay, den er 1970 über die damalige studentische Protestgeneration vorlegte. Traf der Vorwurf der Realitätsblindheit und –flucht damals also eher eine gewisse „elitäre“ Minderheit, so scheint er heute breitere Kreise zu treffen. Das Deutschland des Jahres 2004 befindet sich im Würgegriff dieser Wirklichkeitsverweigerung. Denken und Gehirn sind blockiert. Das Kürzel DGB sollte man in diesem Zusammenhang am Besten mit „Deutsche Gehirn-Blockade“ übersetzen, wozu die Gewerkschaftsproteste gegen die so genannte „Reformpolitik“ der Regierung Schröder wieder bestes Anschauungsmaterial geliefert haben.

Den vermeintlichen „Terror des Ökonomischen“ beklagen mittlerweile etliche Gruppierungen innerhalb unserer Gesellschaft. In dieser „unheiligen Allianz“ der Modernitätsverweigerung haben sich die militanten Fantasten von attac, die Betonköpfe der Gewerkschaften, die Herz-Jesu-Marxisten sämtlicher Parteien, die ökonomisch blauäugigen Gutmenschen beider Großkirchen und seltsamer Weise auch einige versprengte Konservative wie der Journalist Alexander Gau-

land zusammengefunden, der am Liebsten mit dem Fahrstuhl in die gute alte Zeit der Vormoderne zurückfahren würde. Selbstverständlich bietet dieser heterogene Haufen keine eigenen Rezepte an. Man will in diesen Kreisen eigentlich nur eines: Die Wirklichkeit soll sich dem eigenen Denken anpassen. „Oft ist die Feindschaft gegenüber dem Ökonomischen daher einfach eine besondere Methode, unangenehme Tatsachen aus dem Weg zu gehen.“ Mit diesen Worten hat der *SZ*-Redakteur Nikolaus Piper diese Beobachtung treffend umschrieben.

Hans-Hermann Hoppe weist dem Staat zwei Kernaufgaben zu, die er zu erfüllen habe: Er müsse Eigentum und Leben seiner Bürger schützen. Doch gerade hier versagt er. Einerseits dreht die Regierung immer weiter an der Schraube und entdeckt die Vorzüge von Erbschafts- und Vermögenssteuer, andererseits macht sie die Bundeswehr durch stumpfsinnige Sparpolitik zu einem kastrierten Kater. Die rasante wirtschaftliche Talfahrt Deutschlands, die der Spiegel-Journalist Gabor Steingart in seinem jüngsten Buch ‚Deutschland – Der Abstieg eines Superstars‘ beklagt, bekämpft man am Liebsten mit Umverteilung. Dem vitalen und brutalen Aufstand radikaler Islamisten begegnet man mit einem Kopftuchverbot, dem Beiseitestehen im

Irak-Krieg und einem zweifelhaften „Dialog der Kulturen“.

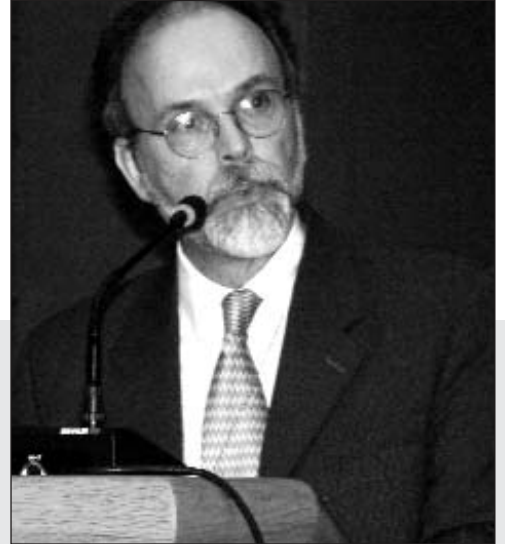
Deutschland benötigt einen Mentalitätswandel. Hoppe setzt nicht mehr auf den Staat. Seine antietatistische Gesinnung verlangt nach dem Anarchentum und geht an der politischen Realität etwas vorbei. Vielleicht könnte ein Gespann Merkel-Köhler ein wenig staatliche Besserung verschaffen. Frau Merkel muss einem nicht sympathisch sein. Aber sie bringt unter Umständen die nötige Panzerung mit, um sich über Widerstände der Interessengruppen (Vetospierer) hinwegzusetzen. Vielleicht reicht ihre bei der Behandlung Wolfgang Schäubles gezeigte Kaltschnäuzigkeit, die menschlich abstoßend wirken mag, auch nur zur persönlichen Machtsicherung und nicht zum Durchpeitschen von Reformen. Das bleibt abzuwarten. Ein Bundespräsident Horst Köhler könnte nach dem unsäglichen Wahlspruch von Bruder Johannes („Versöhnen statt spalten“) seinen Landsleuten einen guten Rat geben: „Handeln statt träumen“.

Ansgar Lange

Krise und Kritik

Glossen, Glamour, Gleichnisse

Wer nicht handelt, der nicht gewinnt –
Weltbank-Analyst Carlos Braga
über Globalisierung, Offshoring und Protektionismus



Braga: Globaler Handel für alle von Vorteil

Die Informationstechnik-Branche wächst. Jedoch nicht in den westlichen Industriestaaten, sondern in Indien, China, Russland, Bulgarien, im Baltikum oder in Rumänien.

Dr. Carlos Braga, Senior Adviser für globalen Handel bei der Weltbank lobt Indiens „breite Verfügbarkeit von gut ausgebildetem, englischsprachigem Personal.“

Deutschland habe im Gegensatz zu Indien und anderen Entwicklungs- beziehungsweise Schwellenländern eine alternde Gesellschaft: „Betrachtet man die Ressourcen des Landes, etwa das demographische Profil mit seinem hohen Anteil an jungen Menschen und dazu die steigenden Investitionen in das Bildungssystem, ist ein weiteres Wachstumspotenzial in diesen Dienstleistungsbereichen sehr zu erwarten“, führt Braga in einem Interview mit dem Fachdienst Competence Report des Krefelder Customer Contact Centers Sitel aus.

Offensichtlich spielt beim so genannten Offshoring neben den niedrigeren Lohnkosten auch die Qualifikation eine große Rolle. Der Faktor „niedrige Lohnkosten“ von ausländischen Spezialisten wird generell überschätzt: „Es stimmt, dass an einen Call Center-Agent in Indien sieben mal weniger ausgezahlt werden muss als an einen vergleichbaren Mitarbeiter in den Industrieländern, und dass die Produktionskosten durch Offshoring oft um zwei Drittel reduziert wer-

den können. Um jedoch hierbei erfolgreich zu sein, muss ein Unternehmen alle Transaktionskosten berücksichtigen, die mit dem Outsourcing-Vertrag verbunden sind“, so Braga. Somit sei Offshoring für westliche Unternehmen keine risikofreie Maßnahme mit hundertprozentiger Erfolgsgarantie.

„Die Globalisierung hat viele Facetten. Der internationale Handel bringt sowohl Verlierer als auch Gewinner hervor“, betont der Weltbank-Analyst. Das bedeutet nicht, dass Industrieländer als Gewinner und Entwicklungsländer als Verlierer dastehen. In jedem Land gebe es Gewinner und Verlierer. Entwicklungsländer profitierten vom freien Handel, indem sie ein Aufblühen des Arbeitsmarktes mit gut ausgebildeten Arbeitskräften erlebten. Allerdings mache dieser Fortschritt nur einen Bruchteil des Arbeitsmarktes eines Landes aus und könne insofern die Gesamtsituation in Entwicklungsländern nur teilweise bessern. Für Industrieländer sei der freie Handel ein Spiel mit positivem Endergebnis, da seinetwegen niedrige Preise von Konsumgütern ermöglicht würden. Globalisierungsgegner halten den inländischen Arbeitsmarkt von Industrieländern für den Verlierer, weil die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland einen Stellenabbau im Inland bewirke. Diese Meinung wird von amerikanischen Handelsprotektionisten und mittlerweile auch von einigen Politikern in Europa vertreten. So bezeichnete Bundeskanzler Gerhard Schrö-

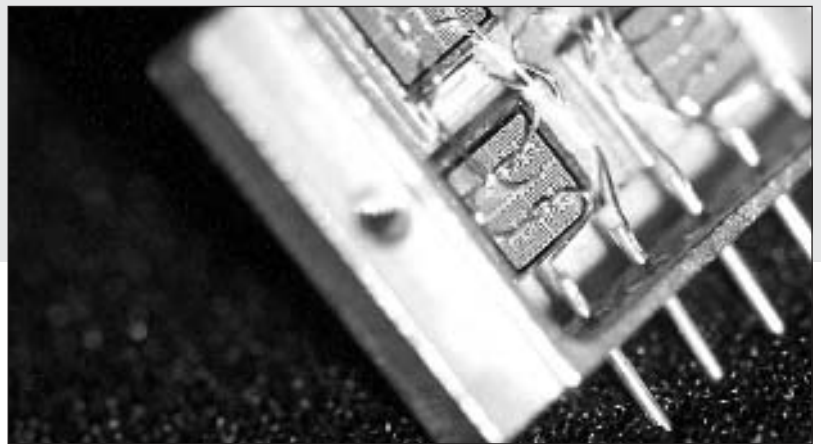
der den Vorschlag des DIHK-Präsidenten, mehr Internationalisierung zu wagen, als „unpatriotischen Akt“. Für die neue Welle des Protektionismus hat Braga wenig Verständnis. Er hält den Einfluss des freien internationalen Handels auf die Arbeitsplätze für viel geringer als den Einfluss der inländischen Wirtschaft. Insgesamt führe der globale Handel für alle Beteiligten mehr Vorteile als Nachteile mit sich und man könne Nachteile durch bestimmte Mechanismen kompensieren. So sei es möglich, die Auslagerung von Arbeitsplätzen durch Weiterbildung auszugleichen.

Gunnar Sohn

Zur Person: Der gebürtige Brasilianer Dr. Carlos Alberto Primo Braga ist Senior Adviser für internationalen Handel bei der Weltbank. Er ist in Genf verantwortlich für Entwicklungsaufgaben von Ländern mit Schnittstellen zu europäischen Organisationen, wie die OECD, die Europäische Kommission, UNCTAD und die World Trade Organisation. Bevor er 1991 zur World Bank kam, lehrte er unter anderem an der Paul Nitze School for Advanced International Studies (SAIS) und an der Universität von Sao Paulo. Braga promovierte an der Universität von Illinois in Wirtschaftswissenschaften.

„Nationalistische Schützengräben“ und „vaterlandslose Gesellen“:

Offshore-Trend bei Hightech-Positionen nicht mehr aufzuhalten



Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, in Nearshore-Standorte in Osteuropa oder in Offshore-Standorte wie Indien und China, ist längst ökonomisch bedingte Realität. „Ob Mittelstandsunternehmen mit nationalem Fokus oder international operierende Konzerne, der weltweite Wettbewerb erlaubt niemandem, unter Inkaufnahme von Standortnachteilen geschäftlich tätig zu sein. Besonders auch das Internet und E-Commerce tragen dazu bei, dass Angebote in kürzester Zeit verglichen werden können und unter Berücksichtigung von Kommunikations- und Transportkosten das attraktivste Angebot ausgewählt werden kann“, sagt Ralf Sürtenich von der Düsseldorfer Unternehmensberatung insieme business.

Während noch große Teile der Öffentlichkeit dies als ein „Billigland-Phänomen“ betrachten, zeigen die aktuellen Meldungen über die Verlagerung von rund 10.000 Siemens-Arbeitsplätzen ins Ausland, dass es hier auch um hochqualifizierte Hightech-Positionen geht. Nachdem bereits schon bekannt war, dass davon die GSM- und DECT-Geräteproduktion betroffen ist, werden nach neuesten Meldungen auch ICN (Netzwerke), TS (Verkehrstechnik), Automatisierung und weitere Bereiche von Siemens Arbeitsplätze international auslagern. Angesichts der Gesamtverteilung im Konzern, der fast 80 Prozent seiner Umsätze im Ausland erwirtschaftet und dort auch schon 60 Prozent seiner Arbeitnehmer beschäftigt, verwundern diese Meldungen eigentlich nicht wirklich.

Experten sehen die Aktivitäten von Siemens im Einklang mit der Erkenntnis, dass Deutschland nicht mehr zwingend ein Top-Standort für Hochtechnologie ist. „Das müssen auch deutsche Politfunktionäre zur Kenntnis nehmen. Wer sich in nationalistische Schützengräben verkriecht und Wirtschaftsvertreter als vaterlandslose Gesellen diffamiert, dokumentiert nur seine ökonomische Inkompetenz“, führt Sürtenich aus. Auch der Verweis auf zu hohe Lohnnebenkosten würde nicht weiterhelfen, wenn aufgrund völlig anderer Lebenshaltungskosten für die gleiche Leistung in Rumänien oder in Indien nur ein Viertel oder weniger gezahlt werden müsse. „Dank konsequenter Investitionen in Bildung und Qualifikation sowie in Kommunikationstechnik befinden sich viele asiatische Länder heute auf der Überholspur. Südkorea etwa hat bereits eine DSL-Penetration, von der man in Deutschland noch nicht einmal zu träumen wagt. Während andere Länder in Europa längst das Selbstverständnis als Technologiestandort abgelegt haben und sich als internationale Finanz- und Dienstleistungsstandorte definieren, orientiert sich Deutschland immer noch an industriellen Produkten“, kritisiert Sürtenich. Dazu trage auch die deutsche Automobilindustrie bei, die

unter den sehr spezifischen Bedingungen des deutschen Marktes – einer hohen Penetration mit Firmenwagen und geschäftlich genutzten Leasing-Fahrzeugen – ein wesentlich schlechteres Abschneiden der deutschen Industrie verhindere.

„Wenn ich an einem Standort weder günstiger produzieren kann, egal ob es sich um Produkte oder Dienstleistungen handelt, noch komparative Vorteile bei Transport und Verteilung in die Zielmärkte habe, ist die Produktion im internationalen Vergleich nicht haltbar. Sind die Unterschiede so gravierend wie zwischen Deutschland und den osteuropäischen und asiatischen Ländern, dann werden daran auch keine Reformen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik oder selbst protektionistische Maßnahmen etwas ändern“, so Sürtenich. Er sieht vielmehr die Notwendigkeit, den Schritt in die Dienstleistungsgesellschaft zu forcieren für innovative Marketing- und Vertriebsideen, international verteilte Service-Modelle, Finanzdienstleistungen, Serviceentwicklung, Anwendungsszenarien und Konzeptualisierung. Gerade das ständig wiederholte Zitat der „Servicewüste Deutschland“ schreie danach, mit Dienstleistungen aktiv zu werden. „Bei PC-Peripherie wie Druckern wäre es völ-

lig abwegig, so etwas in Deutschland zu produzieren. Auch die Technologie-Entwicklung für diese Technik ist kein Thema mit einem Vorteil für unseren Standort. Aber die Konzeption des Produktlebenszyklus, des Marketings für den deutschen Markt, ganz besonders der Aufbau und die Umsetzung des Service, das sind Leistungen, die lassen sich kaum sinnvoll und erfolgreich durch Auslagerung in Offshore-Länder durchführen“, so Michael Müller, Geschäftsführer der a & o aftersales & onsite services GmbH in Neuss.

Müller sieht einen erheblichen Spielraum mit guten Erfolgchancen im Service-Geschäft für Technologie-Produkte: „Nehmen wir den Bereich Netzwerke und Telekommunikation. Zum Leidwesen einiger Hersteller drängen jetzt chinesische Firmen wie Huawei

auch auf die europäischen Märkte. Das wird unweigerlich zu einem Preisverfall führen. Das Entscheidende aber für den Markterfolg wird der Service sein. Ein flexibler, anwenderfreundlicher und dabei preiswerter Service, gepaart mit innovativen Produktkonzepten hinsichtlich Aufrüstbarkeit, Migrationsfähigkeit und Zukunftssicherheit. Diese Faktoren werden über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Die Produkte und die Vertriebskonzepte müssen auf unsere Märkte zugeschnitten sein. Das erfordert spezifisches Know-how – Think global, act local – und der Service muss hier erbracht werden.“ Standortvorteile werden sich nach Ansicht von Müller immer wieder neu herausbilden und auch schnell verlagern: „Heute mag Indien ein Top-Standort für IT-Entwicklung sein. In fünf bis zehn

Jahren kann sich das aber schon wieder verlagert haben, dann ist es vielleicht China. Der Versuch, Standortvorteile künstlich durch staatliche Regelungen zu erhalten oder zu erzeugen, ist ziemlich illusorisch. Man kann generelle Grundlagen schaffen, etwa durch Qualifizierung und Infrastruktur, auch durch Anreize für Unternehmensgründungen, man kann dafür sorgen, dass die Wirtschaft einen soliden Nachwuchs an jungen, innovativen Unternehmen hervorbringt, aber man kann nicht die Dynamik der Märkte aufhalten. Wenn die Entwicklung im internationalen Rahmen an Tempo zulegt, dann muss ich ebenfalls mehr Fahrt aufnehmen“, so Müller, der als Wirtschaftssenator beim Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) aktiv ist.

Matthias Schmitz



Dosenpfand treibt Grünen Punkt in die Enge

Unionsblockade im Bundesrat gegen Pfandregelung chancenlos

Eine Ausweitung des Einwegpfands für Getränkeverpackungen wird von der Vorstandsetage des Müllsammlers Duales System Deutschland (DSD) äußerst kritisch betrachtet und führt zu empfindlichen Einbußen bei den Lizenzeinnahmen für den "Grünen Punkt". Wie der DSD-Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Repnik mitteilte, hat die erste Stufe der Pfandregelung die Lizenzeinnahmen pro Jahr schon um rund 300 Millionen Euro gemindert. Das sind rund 20 Prozent der Einnahmen. Eine Ausdehnung des Pflichtpfands würde einen weiteren Ausfall von 200 bis 210 Millionen Euro zur Folge haben.

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) hatte schon zum Start des Dosenpfandes vor gut einem Jahr verkündet,

dass das Müllmonopol des Grünen Punktes überflüssig sei: „Die Lobby des DSD, die Spitzenverbände des Handels und der Industrie stehen vor dem Trümmerhaufen ihrer Strategie für die Entsorgung des Verpackungsabfalls. Mit dem Dosenpfand hat der Grüne Punkt Verpackungen verloren, die noch halbwegs kostengünstig zu recyceln waren: Metall Dosen, PET-Flaschen und Einwegglas. Was in der Gelben Tonne übrig bleibt, ist Restmüll und ein Mischmasch aus Milchdöschchen, verschmutzten Folien oder kleinen Joghurtbechern und anderen Mini-Portions-Verpackungen“, kritisiert BVMW-Präsident Mario Ohoven.

Weniger Grüne Punkt-Verpackungen bei relativ gleichbleibenden Entsorgungsko-

sten müssten notgedrungen zu höheren Lizenzgebühren führen. „Diese Logik ist in der aktuellen Wirtschaftslage den Verbrauchern und der Industrie aber nicht mehr zuzumuten. Es ist daher längst an der Zeit, den überregulierten und von Machtkartellen beherrschten Entsorgungsmarkt aufzubrechen“, fordert Ohoven.

In den Neuverhandlungen der Entsorgungsverträge versucht das DSD-Management von den hohen Preisen für die Sammlung, Sortierung und Verwertung runterzukommen. Nach Einschätzung von Abfallexperten wird das den Kostendruck beim Grünen Punkt nicht entschärfen. Um so größer sind die Hoffnungen der DSD-Lobbyisten in Richtung der hessischen Gesetzesinitiative im Bundes-

rat, die das Dosenpfand beseitigen will. Sie sieht eine so genannte Kombinationsquote aus Mehrweg- und Verwertungsquote vor, bei deren Unterschreiten eine Einwegabgabe oder ein Einwegzuschlag erhoben werden soll. Die Deutsche Umwelthilfe lehnt es kategorisch ab, das bewährte Instrument Pfandpfand wieder abzuschaffen und durch die Kombiquote zu ersetzen, die beispielsweise in Österreich zum beschleunigten Zusammenbruch des Mehrwegsystems führte. Von der Kombiquote profitiere nur die Einweglobby und das DSD, dessen Vorstandschef Repnik gleichzeitig Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei und von dort aus die Interessen seines Unternehmens durchsetzen wolle. Auch im Lager der Union regt sich Widerstand. So warnt der baden-württembergische Umweltminister Ulrich Müller (CDU) seine Parteikollegen vor den Folgen der Kombiquote: Auch bei diesem Modell gäbe es Quotenregelungen, „deren Erhebung einen nicht unerheblichen bürokratischen und finanziellen Aufwand erfordert. Die jährlichen Erhebungen können von den betroffenen Wirtschaftskreisen angefochten werden. Wie dies die Vergangenheit gezeigt hat, wird davon auch Gebrauch gemacht“, so Müller. Ob es zudem

rechtlich zulässig sei, dass die Ausgleichsabgabe eigener Art vom DSD erhoben werden könne, „erscheint mir wegen des Kontrahierungszwanges bedenklich“, führt Müller aus. Er sieht den Bundesumweltminister Jürgen Trittin keineswegs in einer defensiven Situation. „Es würde ihm höchstwahrscheinlich auch hier gelingen, die CDU/CSU-geführten Bundesländer und die Opposition als ‚Blockierer‘, die ständig mit neuen Vorschlägen an die Öffentlichkeit herantreten, an den Pranger zu stellen“, schreibt Müller.

Auch das von der EU-Kommission eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland, auf das die Dosenpfandgegner in den großen Handelskonzernen bei der Verhinderung eines einheitlichen Rücknahmesystems für Einweg-Getränkeverpackungen gerne verweisen, werde nach Müllers Einschätzung nicht kurzfristig entschieden. „Die Bundesregierung hat ja bereits in diesem Zusammenhang angekündigt, dass sie dieses Vertragsverletzungsverfahren bis zum EuGH bringen wolle. Die EU-Kommission wendet sich in ihrer Stellungnahme vor dem EuGH auch nicht gegen die Pfandpflicht als solche. Sie charakterisiert nur in sehr allgemeiner Form die Bedingungen eines mit dem Ge-

meinschaftsrecht konformen Pfandrücknahmesystems. Konkrete Kritik äußert die Kommission nur gegenüber den so genannten Insellösungen“, so Müller. Selbst dieses Problem dürfte sich nach Informationen aus Branchenkreisen kurzfristig lösen, da die Systemanbieter für Insellösungen über eine Fusion verhandeln und eine bundesweit einheitliche Rücknahmelogistik etablieren wollen. Der baden-württembergische Umweltminister rät seinen Unionskollegen, im Bundesrat eine konstruktive Lösung anzustreben. „Es ist Minister Trittin ja bereits gelungen, die Verantwortlichkeit der B-Länder öffentlich zu machen. Wir sind dadurch in einer gewissen Zwangslage, da das geltende Recht immerhin eine Verordnung einer ehemaligen CDU/FDP-Regierung ist. Trittins Vorschlag für eine Änderung des Dosenpfandes sei die Basis für einen Kompromiss: „Sie macht die Pfandpflicht einfach und klar. Nur die ökologisch nachteiligen Verpackungen der Massengetränke Bier, Mineralwasser und kohlenstoffhaltigen Getränke unterliegen einer Pfandpflicht“. Fruchtsäfte, Wein und Milch sollten von der Pfandpflicht ausgenommen werden.

Silke Landwehr

Beiheft zum Beiheft oder Wenn das Feuilleton zum Luxus wird – Warum das Magazin Cicero den römischen Sandalen abschwören muss



Zugegeben: Einen so vielseitig begabten Menschen wie Marcus Tullius Cicero zum Namenspatron für ein Magazin zu wählen, ist sehr geschickt, um sich die Vielseitigkeit des römischen Philosophen, Rhetorikers und

Politikers zuzuschreiben. Weil der Mythos Cicero zweitausend Jahre alt ist, fällt es uns schwer, diesem Magazin aus dem Weg zu gehen – ebenso wie es unmöglich ist, im schulischen Lateinunterricht der Ikone Cicero aus dem Weg zu gehen.

Wer die sieben Euro für das Monatsmagazin „für politische Kultur“ gezahlt hat, hat entweder den Titel des Magazins richtig ausgesprochen, oder Glück gehabt, dass der

Verkäufer am Kiosk wusste, was mit „Kikero“ oder „Tschitschero“ gemeint war.

Cicero fährt ganze Bataillone an Prominenten auf: Es schreiben Arthur Miller, Umberto Eco, Hellmuth Karasek, Fritz J. Raddatz, Maxim Biller, Christoph Stözl, Wladimir Kaminer und viele andere. Nach einigem Herumblättern hat man herausgefunden, für wen das Magazin schlägt. Schlagzeilen wie der ‚Der einsame Kanzler‘, ‚Berlin – ein schöner, großer, tiefer Schmerz‘ oder ‚Sind die Deutschen faul?‘ zeigen, dass die 146 Seiten eine feuilletonistische XXL-Packung sein sollen.

Feuilleton bedeutet „Beiblättchen“. Im ursprünglichen Sinne fügt es jeder Zeitung einen kulturellen Zusatz, ein Bonbon seelischer Nahrung zu. *Cicero* zuckert über das ursprüngliche Maß hinaus. Der Chefredakteur Wolfram Weimer hat eine Torte geschaffen.

An sich spricht nichts dagegen, feuilletonistischen Luxus anzubieten oder zu genießen. Der Berlin-Beitrag von Maxim Biller dürfte jeden stadtsentimentalen Flaneur begeistern. Die musilsche Periphrasierung Gerhard Schröders als ‚Mann ohne Eigenschaften‘ mag entzückend wirken, denn sie gibt einen

weit verbreiteten Eindruck des Medienkanzlers wieder, von dem man mehr Fotos und Seifenoper-Auftritte als politische Inhalte kennt.

Jedoch: Wer verputzt schon monatlich eine Torte? Selbst regelmäßiger Kaffee und Kuchen ist etwas für „Radikale“. Wer braucht *Cicero*, wenn er das Zeitungsfeuilleton schon hat? Wer braucht ein Beiheft zum Beiheft?

Chefredakteur Weimer hat es auf 50.000 Leser abgesehen. Dabei missachtet er, wie *Spiegel*-Redakteur Reinhard Mohr schreibt, „schon zu Beginn eine Grundregel des ‚gehobenen‘ Journalismus: nicht die Masse macht’s, und sei sie noch so klangvoll, sondern einzig die Qualität.“

Cicero muss nicht verstummen, aber den römischen Sandalen abschwören und sich etwas wärmer anziehen. Viele und regelmäßige Leser zu finden, ist für ein Kultur-Magazin schwierig und kann nur mit herausragender Qualität erreicht werden. Wer monatlichen Luxus anbietet, muss damit rechnen, dass es mehr Menschen gibt, die eher kurzweilig genießen.

Peter Schäfer

FRANK SCHIRRMACHER

Das Methusalem-Komplott

Die Menschheit altert in unvergleichbarem Ausmaß. Wir müssen das Problem unseres eigenen Alterns lösen, um das Problem der Welt zu lösen.

Bonn

Zeit der Jugenddomänen ist vorbei

Die Renaissance der Computerveteranen

„Wir ziehen mit dem falschen Weltbild in die Zukunft. All unsere Parameter über Alter und Jugend stammen aus Zeiten, in denen das Altern die Ausnahme war“, schreibt Frank Schirrmacher in seinem neu erschienenen Buch ‚Das Methusalem-Komplott‘. Wir – damit sind nicht nur Deutschland, sondern alle westlichen Industrienationen gemeint. Das Altern wird bald nicht mehr das sein, was es mal war. Neueste Studien zwingen uns, unsere Einstellung zum Altern zu überdenken, oder gar – wie Schirrmacher schreibt – „neu zu erfinden“.

Altern wird bald ein Massenphänomen sein. Sinkende Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung eröffnen die Vision einer Gesellschaft, in der es erstmalig mehr alte als junge Menschen geben wird. Spätestens im Jahr 2050 wird die Hälfte der Bevölkerung über 48 Jahre alt sein. Es wird eine Welt geben, die „fast nichts mehr mit der heutigen zu tun haben wird“, so Schirrmacher. Die bisherige Gesellschaftsideologie könnte auf die Formel „alt gleich schlecht“ reduziert werden. Diese Peter Pan-Mentalität erscheint vor dem Hintergrund der sich bereits heute abzeichnenden Entwicklungen, wie Schul-Schließungen und Arbeitszeit-Verlängerungen, als vollkommen untragbar.

Wertvolle Ressource

„Die extremistischste Unterstellung, die den älter werdenden Menschen in unserer Gesellschaft trifft, sind die Zweifel an seinem Gehirn. Sie können sportlich sein und gute

Blutwerte haben, Berge besteigen und Weltmeere durchkreuzen: Der Zweifel an ihrem Gehirn sitzt wie Gift an ihrem Körper“, betont der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Die gesellschaftliche Meinung über den Leistungsverfall älterer Menschen ist eine „Konstruktion, die mit der Wirklichkeit so viel zu tun hat, wie die Teletubbies mit der sozialen Beziehung zwischen Menschen“, so Schirrmacher.

Seine Thesen stoßen auf Zustimmung. „Ältere Mitarbeiter bringen besondere Qualifikationen mit, weil sie durch ihren Erfahrungsreichtum im Besitz eines problembewussten Fachwissens sind. Sie vermitteln Seriosität und Zuverlässigkeit. Oft sorgen ihre Geschäftsverbindungen, die sie sich in vielen Jahren angeeignet haben, bei Problemen für Abhilfe. Die Erfahrungen von älteren Mitarbeitern sind eine der wertvollsten Ressourcen unseres Unternehmens“, weiß Peter Juraschek, IT-Spezialist von Harvey Nash, ein Beratungsunternehmen für Personal-, IT- und Engineering Services.

Altersscheu

Leider denken viele Unternehmen anders. „Viele Betriebe haben keine Erfahrung im Umgang mit älteren Mitarbeitern. Zurzeit gibt es in mehr als der Hälfte der deutschen Unternehmen keine über 50-jährigen mehr. Viele meinen, es lohne sich nicht, in einen 50-jährigen zu investieren“, sagt Meinhard Miegel, Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn, in einem In-

terview mit dem Magazin *McK*. Juraschek hat für die Altersscheu vieler Arbeitgeber kein Verständnis und meint, dass sogar im IT-Service, der sonst als Jugenddomäne gilt, ältere Mitarbeiter den jungen weit voraus sind:

„Wenn wir als Personaldienstleister eine IT-Stelle von einem Unternehmen besetzen müssen, haben wir oft keine andere Wahl, als einen älteren Kandidaten einzusetzen. Ein junger Mitarbeiter kommt überhaupt nicht in Frage, wenn es gilt, einen Großrechner zu programmieren, denn sie kennen keine auch weiterhin gefragten Programmiersprachen wie Assembler und Cobol. Die Kenntnisse solcher Programmiersprachen werden an deutschen Universitäten einfach nicht vermittelt. So kommt es vor, dass ein junger Programmierer trotz seiner Internet- und Java-Kenntnisse passen muss. Zwar hatten wir kürzlich mit einem Automobilkonzern den Fall, dass wir einen Großrechner auf eine neue Programmiersprache umstellen konnten, jedoch brauchten wir auch da jemanden, der sich an die alte Sprache erinnerte.“ Die schnelle Entwicklung der IT-Welt ohne Gedächtnis ist ebenso ein Anzeichen für einen blinden Fortschritt, wie die Unterstellung einer jungen Generation, die ältere sei nicht leistungsstark genug. „Besonders vor dem Hintergrund des anstehenden demografischen Wandels muss ein gesellschaftliches Umdenken erfolgen“, so die Forderung von Juraschek.

Peter Schäfer

rundy

Titelschutz

J O U R N A L

Zeitung, Zeitschrift, Buch, Hörfunk, TV, Film, Tonträger, Software

Titelschutzanzeigen

nur:

€ 99,--

- für 1 Titel -

Jeder weitere Titel: € 20,--

Der seit 30 Jahren erscheinende Medienfachdienst 'rundy' ergänzt sein Angebot um ein wöchentliches Titelschutz-Journal.

Das 'rundy Titelschutz-Journal' bietet

- verglichen mit herkömmlichen Titelschutz-Anzeigern - einen identischen rechtlichen Schutz

und erreicht über den exklusiven rundy-Abonnentenstamm sowie weitere 1.000 kostenlos belieferte Adressaten (Medienanwälte und -verbände, Zeitschriftenverlage, Tonträger-, Hörfunk-, TV-, Film- sowie Software-Produzenten und Titelschutz-Agenturen) eine Verbreitung von ca. 3.500 Exemplaren.

- Effektiver rechtlicher Schutz*
- Exklusive Verbreitung: 3.500 Exemplare

Auf der Suche nach dem "Schumpeter'schen Politiker"

Vetospieler und der Reformstau in Deutschland

**Yvonne Heiniger; Thomas Straubhaar;
Hans Rentsch; Stefan Flückiger; Thomas Held:**
Ökonomik der Reform – Wege zu mehr Wachstum in Deutschland.
Zürich, Orell Füssli Verlag 2004
160 Seiten
24,- Euro (CHF 39,80)
ISBN 3-280-05045-6



von Matthias Schmitz

Warum ist es so schwer, Deutschland zu reformieren? Ein Jahr Agenda 2010 und schon verlässt die Deutschen der Mut.

Dabei haben andere Länder längst vorgemacht, wie erfolgreiche Reformen gehen können. Die Slowakei brilliert mit einem Steuersatz von 19 Prozent für alle und ist das Investorenparadies in Osteuropa. Und Finnland hat sich zum Musterknaben in der EU gemauert. Zwei Denkfabriken – Avenir Suisse aus der Schweiz und das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv HWWA – haben nach den Ursachen geforscht, warum Deutschland besonders schwer zu reformieren ist. Das Ergebnis: In kaum einem anderen Land gibt es so viele Vetospieler wie hierzulande. Vetospieler sind Individuen oder Gruppen, deren Zustimmung für eine Änderung des Status quo notwendig ist. Jede Gesellschaft entwickelt sich über die Zeit in eine so genannte «rent-seeking society»: Interessengruppen versuchen, Wett-

bewerb und Marktmechanismen zu ihren Gunsten außer Kraft zu setzen.

Dafür wenden sie sich an die Politik. Regierungen, Legislative und die staatliche Bürokratie lassen sich für wirtschaftliche Sonderinteressen einspannen, wenn dies dem eigenen Fortkommen dient.

Problematisch an den Marktverzerrungen durch «rent seeking» sind große versteckte Effizienzverluste. Die Belastung für die gesamte Volkswirtschaft ist größer als der wirtschaftliche Nutzen für die «rent seekers».

Faktoren für eine erfolgreiche Reform

Die Autoren der Studie ‚Ökonomik der Reform‘ haben in den sechs Ländern Dänemark, Finnland, Großbritannien, Neuseeland,

die Niederlande und Schweden, die in jüngerer Vergangenheit tief greifende Reformen durchgeführt haben, nach Bedingungen gesucht, unter denen eine Modernisierung der Strukturen möglich war. Dabei ließen sich sechs «Reformfaktoren» ableiten, die für den Anstoß, die Umsetzung und die Aufrechterhaltung von Veränderung ausschlaggebend waren. Dieses «Reformparadigma» war in fast allen Veränderungsprozessen enthalten:

- **Problembewusstsein wecken:** Die Einsicht in die Notwendigkeit der Veränderung steht am Anfang der Reform. Nicht überraschend bilden schockartige Krisen oft den Anstoß für Veränderungen.

- **Leadership fördern:** Erfolgreiche Reformen sind geprägt von Führungspersönlichkeiten oder Teams, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Veränderungsprozesse erfordern einen politischen Unternehmer, den «Schumpeter'schen Politiker».

Radikale Reformen werden von starken und glaubwürdigen Persönlichkeiten durchgesetzt.

- **Glaubwürdigkeit herstellen:** Je schneller es der politischen Führung gelingt, eine aufrichtige, kohärente Politik glaubhaft zu kommunizieren, desto höher sind die Chancen auf Erfolg. Förderlich dafür sind früh etablierte feste Regeln, unideologisches Vorgehen, zielgerichtete, langfristige Programme ohne Schielen auf Partikularinteressen.

- **Verbündete gewinnen:** Koalitionen und Allianzen, auch außerhalb der gewohnten Strukturen oder im Rahmen von ad-hoc-Übereinkünften, mündeten oft in zielführenden Reformen.

- **Vetokräfte schwächen:** Reformer waren dann erfolgreich, wenn es gelang, etablierte Interessengruppen zwar anzuhören, aber aus dem unmittelbaren Entscheidungsprozess heraus zu halten. Zeitlich beschränkte Kompensationen für «Verlierer» können die Akzeptanz von Reformen erhöhen.

- **Abgestuftes Vorgehen:** In entwickelten Demokratien gibt es kaum erfolgreiche Muster eines Big Bang. In der Regel sind Reformprogramme stufenweise eingeführt worden. Je länger der Reformprozess dauert, desto größer sind jedoch die Gefahren der Behinderung, vor allem bei zahlreichen einflussreichen Vetospielern.

criticón sprach mit dem Co-Autor der Studie, Stefan Flückiger von Avenir Suisse in Zürich:

criticón: Für den Erfolg von politischen Reformen kommt es nach den Erkenntnissen Ihrer Studie vor allem auf Personen und nicht so sehr auf Institutionen an.

Wie kommen Sie zu dieser Schlussfolgerung?

Stefan Flückiger: Unsere Studie kommt zu dem Schluss, dass in Deutschland das institutionelle Gefüge, die "Spielregeln" allgemein, ein Haupthindernis für Reformen darstellen: der fein austarierte Föderalismus, die "runden Tische". Aber um diese Institutionen zu ändern, sind immer Personen nötig. Wir haben einfach beobachtet, dass in Ländern mit erfolgreichen Reformen immer ein überzeugendes Reformteam mit einer Persönlichkeit, die sich glaubwürdig mit den Veränderungen identifiziert, am Werk war. Jetzt kann man sagen das sei banal, nur muss man sich dann auch fragen, wieso macht man es denn nicht so in Deutschland.

Was muss ein Politiker mitbringen, um politische Reformen durchzusetzen?

Glaubwürdigkeit, Überzeugungskraft, Beharrlichkeit, Unabhängigkeit, und den Willen, das Risiko einzugehen, unter Umständen in der nächsten Wahlperiode nicht mehr gewählt zu werden, weil Reformen immer sehr vielen potenziellen Wählern und Wählerinnen wehtun, siehe aktuelles Beispiel Frankreich.

Sie verweisen in Ihrer Abhandlung auf Persönlichkeiten wie Margaret Thatcher oder Mikula Dzurinda, die radikale Reformer waren. Wie beurteilen Sie den amtierenden deutschen Kanzler Gerhard Schröder im Vergleich zu den von Ihnen untersuchten politischen Führungspersönlichkeiten?

Wir machen keine Persönlichkeitsbeurteilungen, schon gar nicht als Schweizer über deutsche Politiker. Aber man muss sich schon fragen, ob die deutsche Regierung heu-

te nicht besser dastünde, hätte sie nicht 1998 nach gewonnenen Wahlen mutig und entschlossen genau die Reformen angepackt, die sie heute unter viel schwierigeren Umständen ja ohnehin durchführen muss. Die Fakten lagen ja bereits damals auf dem Tisch. Sie hat klar ein "window of opportunity" verpasst.

In öffentlichen Debatten wird die deutsche Harmoniesucht in der Reformdiskussion kritisiert. Man quält sich mit Scheindebatten, Spiegelgefechten und Rhetorik durch einen der härtesten Veränderungsprozesse der jüngeren Geschichte. Leidet Deutschland an der Sehnsucht zum Konsens?

Ja. Das ist eine Eigenschaft, die Deutschland mit der Schweiz teilt, wenn auch historisch aus unterschiedlichen Gründen. Das hat auch in "guten Zeiten" sehr lange funktioniert, solange es immer genug zu verteilen gab. Schlägt das Wetter um – und das tut es mit der Globalisierung und der demographischen Alterung definitiv, längerfristig und tiefgreifend – dann werden die Schwierigkeiten sichtbar.

Der Radikalreformer David Lange, Ex-Premierminister von Neuseeland, hält Mut und Schnelligkeit für die entscheidenden Erfolgsfaktoren, um Reformen durchzusetzen. Politische Führer müssten dafür auch bereit sein, sich politisch das Genick zu brechen. Wie beurteilen Sie das?

Ich bin ein überzeugter Anhänger dieser Ansicht. Aber diese Spezies ist rar. Politiker wollen gewählt und geliebt werden. Reformer werden in der Regel erst in der nächsten und übernächsten Generation honoriert.

Impressum

Herausgeber:
Gunnar Sohn

Redaktion:
Kurfürstenstr. 40
53115 Bonn
Telefon: 0228/62 04 474
Fax: 0228/62 04 475

Abo- und Leserservice:
Mühlenstr. 93
53347 Alfter
Tel.: 0228/74 87 840
Fax: 0228/98 63 894

**Verantwortlicher
Redakteur:**
Gunnar Sohn

Politischer Korrespondent:
Wolfram A. Zabel

**Ressortleiter Politik &
Wirtschaft:**
Gunnar Sohn

Ressortleiterin Kultur:
Silke Landwehr

**Ressortleiterin Buch &
Medien:**
Bärbel Goddon

Die Redaktion ist immer
montags bis donnerstags von
9:00 – 12:00 Uhr erreichbar.

e-mail:
redaktion@criticon.de
www.criticon.de

Gründer der Zeitschrift:
Caspar Frhr. von Schrenck-
Notzing

GES Verlag
Kurfürstenstr. 40
53115 Bonn

Anzeigen
Jutta Sohn
Mozartstraße 14
77654 Offenburg
Telefon/Fax: 0781/43234
anzeigen@criticon.de

Druck:
DCM Meckenheim
Eichelnkampstraße 2
53340 Meckenheim

Satz:
Steffi Ringel, Bonn
ringeldesign@t-online.de

Bildnachweis:

S. 5 privat (Braga)
S. 19 projectphotos
S. 15 www.hanshoppe.com
Titel, S. 26, S. 27 Kerry Pressematerial
Titel, S. 28, 29 Ann Ek/Johan Norberg
Titel, S. 43 privat (Marquard)

**Erscheinungsweise
vierteljährlich**
Jahresbezugspreise
Euro 32,80 / sFr 52,-
(Schüler / Studenten mit
Nachweis Euro 21,50)
Auslandsabonnements zuzgl.
Porto.
Das Abonnement verlängert
sich nur dann um einen wei-
teren Jahrgang, wenn es
nicht bis zum 1.11. des lau-
fenden Jahres schriftlich
gekündigt wird.

Zahlungen im
Bankeinzugsverfahren
(bitte Formular anfordern)
oder durch Überweisung an
GES Verlag
VR-Bank Bonn eG

Kto.-Nr. 6108826019
BLZ 381 602 20

Für unverlangte
Einsendungen keine
Gewähr.

Nachdruck – auch
auszugsweise – nur mit
Einwilligung der Redaktion.

Bitte unterstützen Sie die
Arbeit von criticón auch mit
Geldspenden, Patenschafts-
abos oder einer Mitglied-
schaft im criticón-Club.

Kto.-Nr. 6108826019
BLZ 381 602 20

criticón

Das demokratische Zwangsmonopol

und die Vorzüge der Privatrechtsgesellschaft

Libertäre Strategien gegen die Allmacht des Staates

von Gunnar Sohn

In den USA sorgt der libertäre Wirtschaftswissenschaftler Hans-Hermann Hoppe mit seinem provokanten Buch ‚Democracy – The God That Failed‘ bereits in der fünften Auflage für erhitzte Debatten. Nun liegt das Werk in deutscher Übersetzung vor: Der Titel ‚Demokratie – Der Gott, der keiner ist‘ deutet schon an, dass der Autor eine intellektuelle Zeitbombe zünden will. Hoppe ist Lehrstuhlnachfolger des legendären Murray N. Rothbard an der Universität in Las Vegas, dem Begründer der konsequentesten Freiheitslehre unserer Tage – Libertarianism genannt. Wie Rothbard steht auch Hoppe in der Tradition der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die von Ludwig von Mises in die USA exportiert wurde. Während seine geistigen Vorbilder Mises und Rothbard die Demokratie trotz scharfer Kritik an deren Schwächen für einen Fortschritt gegenüber dem Feudalismus hielten, sieht Hoppe sie als „zivilisatorischen Abstieg“. Entscheidend sei dabei das unterschiedliche Eigentums-Bewusstsein des Monarchen im Vergleich mit den politischen Eliten der Massendemokratie. So führt der Autor aus:

„Als Erbmonopolist betrachtet der Fürst das Territorium und das Volk unter seiner Gerichtsbarkeit als sein persönliches Eigentum und betreibt eine monopolistische Ausbeutung seines Eigentums. Unter der Demokratie verschwindet die Ausbeutung nicht. Auch wenn es jedermann erlaubt ist der Regierung beizutreten, wird der Unterschied zwischen Herrschern und Beherrschten nicht eliminiert. Regierung und Regierte sind nicht ein und dieselben Personen. Anstatt eines Fürsten, der das Land als sein Privateigentum betrachtet, wird ein vorübergehender austauschbarer Verwalter in monopolistischer Leitungsposition eingestellt. Sowohl Erbfürsten wie auch demokratische Verwalter können ihre laufenden Ausgaben durch höhere Steuern steigern. Doch ein Fürst tendiert dazu, Steuererhöhungen dann zu vermeiden, wenn diese zum Kapitalverzehr führen – zu einem Sinken des diskontierten Gegenwartswerts des Kapitalstocks, dessen Eigentümer er ist. Im Gegensatz dazu zeigt ein Verwalter keine solche Zurückhaltung. Während er das gegenwärtige Steuereinkommen besitzt, ist er doch nicht der Besitzer des Kapitals, mittels dessen sein Einkommen erzielt wird – andere besitzen dieses Kapital. Entsprechend geht

das Maß der Besteuerung unter demokratischen Bedingungen weit über das unter fürstlicher Herrschaft erreichte Niveau hinaus“.

Schröpfen der Ressourcen

Programmiert sei somit auch die Entwicklung zum umverteilenden Wohlfahrtsstaat. In feudalen Zeiten hingegen wurden Staatsausgaben als die persönlichen Ausgaben des Monarchen betrachtet, die er aufgrund seiner Position auf sich nimmt. Er war mit Eigentumsrechten ausgestattet, die ihm ein Einkommen sicherten. Es ist ungefähr so, als würde von einer Regierung unserer Zeit erwartet, dass sie ihre normalen Ausgaben aus den Einnahmen der im Staatsbesitz befindlichen Industrien deckt. Das Gegenteil ist der Fall. Anstatt den Wert des Regierungsbesitzes zu erhalten oder gar zu steigern, wie es ein Privateigentümer täte, wird ein vorübergehender Verwalter einer demokratischen Regierung so schnell wie möglich so viele Ressourcen wie nur möglich aufbrauchen, denn was er nicht jetzt konsumiert, wird er nach seiner Abwahl möglicherweise niemals konsumieren können. Als Beispiel führt Hoppe die Entwicklung der Staatsausgaben, Steuerlast, Geldmenge,

Staatsbediensteten und Gesetzesflut an. Selbst zur Zeit des Ersten Weltkrieges lag der Anteil der Regierungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland selten über 10 Prozent. Im deutlichen Gegensatz dazu wuchsen mit Beginn des demokratisch-republikanischen Zeitalters die Gesamtausgaben im Verlauf der 1920er Jahre auf 20 bis 30 Prozent an und ab Mitte der 1970er Jahre erreichten sie generell etwa 50 Prozent. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lag der Anteil der Regierungsbeschäftigten nur bei drei Pro-



Sorgt für erhitzte Debatten: Hans-Hermann Hoppe

zent. In den 1970er Jahren waren es 15 Prozent. Dazu Hoppe: „Nach mehr als einem Jahrhundert Zwangsdemokratie sind die vorhersehbaren Resultate offensichtlich. Die Eigentümern und Produzenten auferlegte Steuerlast lässt die ökonomische Last von Sklaven und Leibeigenen vergleichsweise moderat erscheinen. Regierungsschulden sind auf atemberaubende Höhen gestiegen. Gold ist durch Regierungspapiergeld ersetzt worden, dessen Wert kontinuierlich gesunken ist. Jede Einzelheit des Privatlebens, Eigentums, Handels und von Verträgen wird durch ständig wachsende Ber-

ge von Papierrecht (Gesetzgebung) reguliert. Im Namen sozialer, öffentlicher oder nationaler Sicherheit ‚beschützen‘ unsere Verwalter uns vor globaler Erwärmung und Abkühlung, dem Aussterben von Tieren und Pflanzen, vor Ehemännern und -frauen, vor Eltern und Arbeitgebern, zahllosen öffentlichen Feinden und Gefahren. Die einzige Aufgabe jedoch, die eine Regierung jemals annehmen sollte – unser Leben und Eigentum zu schützen –, wird von unseren Verwaltern nicht erfüllt. Je höher die Ausgaben für soziale, öffentliche und nationale Sicherheit gestiegen sind, umso mehr sind unsere Privateigentumsrechte erodiert worden, umso mehr ist unser Eigentum enteignet, beschlagnahmt, zerstört und entwertet worden und umso mehr wird uns die Grundlage jeden Schutzes entzogen: persönliche Unabhängigkeit, wirtschaftliche Stärke und privates Vermögen. Je mehr Papierrechte produziert wurden, umso mehr Rechtsunsicherheit und moralisches Risiko ist erzeugt worden.“

Interessenkartell

Hoppe ist mitnichten ein Monarchist. Er hält beide – Monarchie und Demokratie – für „defekte Sozialordnungen“ und streitet mit zwingender Logik für eine „natürliche Ordnung“, eine Privatrechtsgesellschaft, die Freiheit und Eigentum der Person sowie ihr Streben nach Glück schützt. Sein Plädoyer für den bedingungslosen Schutz der Privatrechte ist kein Angriff auf die Demokratie. Im Fokus seiner Kritik stehen die allmächtigen Apparatschicks, die mit demokratischer Legitimation kräftig in die Kasse greifen auf Kosten der Allgemeinheit. Hoppe steht dabei mit seiner fundamentalen Abrechnung nicht alleine. „Die Parteien haben unseren Staat fest im Griff und bedienen sich nach Belieben“, skizziert beispielsweise der ehemalige BDI-Chef Olaf Henkel die Lage. Es ist ein uneinnehmbares Interessenkartell, wenn es um die Verteidigung von gemeinsamen Pfründen geht. Die Parteifunktionäre, oder nach dem Duktus von Hoppe, die Verwalter, zersetzen die Fundamente des Staates. Das hat der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek schon vor über zwei Jahrzehnten gesehen: Die heute praktizierte Form der Demokratie

ist für ihn ein Synonym für den Prozess des Stimmenkaufs, für das Schmieren und Belohnen von unlauteren Sonderinteressen. Ein Auktionssystem, in dem alle paar Jahre die Macht der Gesetzgebung denen anvertraut wird, die ihren Gefolgsleuten die größten Sondervorteile versprechen. Es werden Kumpereien gepflegt, die der gegenseitigen Absicherung bei Fehlverhalten dienen – wer klüngelt, verteilt! Landtage und Bundestag haben sich zu Basaren und Umverteilungsgagenturen gewandelt – eine Börse von Gruppeninteressen auf Gegenseitigkeit. Für Hoppe sind die Systemdefizite der Demokratie allerdings kein Grund, auf einen ökonomischen Zusammenbruch zu hoffen. Die Zustände könnten dann schlimmer statt besser werden. Was zusätzlich zu einer Krise notwendig ist, sind Ideen – richtige Ideen – und Menschen, die in der Lage sind, sie zu verstehen und zu verwirklichen, wenn die Gelegenheit dazu kommt. Hoppe verweist auf die Geistesgrößen Etienne de la Boétie, David Hume und Ludwig von Mises. Sie erkannten, dass die Macht der Regierung, ob eines Fürsten oder eines Verwalters, letzten Ende auf Meinung statt auf bloßer physischer Macht beruht. Die Regierungsagenten stellen immer nur einen kleinen Anteil der sich unter ihrer Kontrolle stehenden Bevölkerung dar, ob unter fürstlicher oder demokratischer Herrschaft. Wenn die Macht einer Regierung jedoch nur auf Meinung und zustimmender Kooperation ruht, dann kann jede Regierung auch durch eine schlichte Meinungsänderung und die Ausübung bloßer Willenskraft gestürzt werden. Für Hoppe genügt der massenhafte Entzug der Zustimmung:

„Liebesentzug“

„Das heißt, um der Regierung ihre Macht zu entreißen und sie auf den Status einer freiwilligen Mitgliederorganisation zurückzustutzen, ist es nicht notwendig, die Herrschaft zu übernehmen, gewalttätige Schlachten gegen sie zu führen oder gar Hand an die eigenen Herrscher zu legen. Die zu tun würde das Prinzip des Zwangs und der aggressiven Gewaltanwendung, dem das gegenwärtige System unterliegt, nur bestätigen und unweigerlich zum bloßen Austausch einer Regierung oder eines Tyrannen führen“, so Hoppe.

Er plädiert stattdessen für einen Akt der persönlichen Sezession. Im modernen Jargon könnte man auch von Liebesentzug sprechen.

„Die Entscheidung zu sezedieren bedeutet, dass man die Zentralregierung als illegitim erachtet und sie und ihre Agenten entsper-

chend als rechtlose Agentur und ‚fremde‘ Besatzungsmacht behandelt. Das heißt, wenn von ihr gezwungen, gibt man nach, aus Klugheit und aus keinem anderen Grund als dem der Selbsterhaltung, aber man tut nichts, um ihre Handlungen zu unterstützen oder zu erleichtern. Man versucht soviel Eigentum wie möglich zu behalten und zahlt sowenig Steuern wie möglich. Man betrachtet das Staatsrecht, alle Gesetzgebung und Regulation als null und nichtig und ignoriert es wo immer möglich. Man arbeitet nicht für die Regierung und stellt sich ihr nicht freiwillig zur Verfügung, weder ihrer Exekutive, Legislative oder Judikative, und man verkehrt mit keinem, der dies tut. Man beteiligt sich nicht an der Politik der Zentralregierung und trägt nichts zum Betrieb der politischen Maschine bei. Man unterstützt keine politische Partei oder politische Kampagne, noch hilft man Organisationen, Agenturen, Stiftungen oder Denkfabriken, die mit dem Leviathan kooperieren oder von ihm finanziert werden“, führt der Autor in seinem Buch aus.

Der antietatistische Strategie Hoppe gleicht dem Anarchen aus Ernst Jüngers Roman *Eumeswil* oder auch *Bartleby*, der rätselhaften Figur von Herman Melville: „I would prefer not to.“ Ich möchte mich nicht definitiv auf etwas festlegen, ich möchte mir die Freiheit erhalten, einen Rückzieher zu machen, wenn mir etwas nicht passt. Betrachtet man die tagaktuellen Eskapaden der Politiker, so erscheint Hoppes Empfehlung der staatlichen Enthaltsamkeit überhaupt nicht abwegig: Im vergangenen Jahr überraschte SPD-Fraktionschef Franz Müntefering die Öffentlichkeit mit der Forderung: „Weniger für den privaten Konsum – und dem Staat Geld geben, damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben erfüllen können“. Der Staat soll noch mehr Finanzen von den Bürgern absaugen, um seine Funktionen weiter auszudehnen. Müntefering kommt einem dabei vor, wie die französische Königin Marie Antoinette, die dem nach Brot hungernden Volk empfahl, „doch Kuchen zu essen“. Man weiß, wie derlei Hochmut endet. Nun muss die politische

Klasse unserer Tage nicht mehr die Guillotine befürchten. Aber was passiert, wenn die braven Steuerbürger in einer konzertierten Aktion der Forderung des sozialdemokratischen Vordenkers folgen und den Konsum verweigern? Das Ancien Régime würde aus den Latzchen kippen. Kein Konsum, keine Steuern. Die Öffentlichkeit erkennt dann sehr schnell die Nacktheit des Kaisers mit den neuen Kleidern. Ein Sturm auf die Bastille ist überhaupt nicht erforderlich.

Hans-Hermann Hoppe:
Demokratie – Der Gott, der keiner ist.
Waltrop und Leipzig: Verlag Manuskriptum
2003, 547 Seiten, 24,80 Euro.

In dieser Ausgabe veröffentlichen wir aus dem Hoppe-Buch die gekürzte Fassung des Kapitels ‚Über Konservatismus und Libertarismus‘.

Über Konservatismus und Libertarismus

von Hans-Hermann Hoppe

Der moderne Konservatismus in den Vereinigten Staaten und in Europa ist verwirrt und verzerrt. Unter dem Einfluss der repräsentativen Demokratie und mit der seit dem Ersten Weltkrieg stattgefundenen Verwandlung der USA und Europas in Massendemokratien, wurde der Konservatismus von einer anti-egalitären, aristokratischen, anti-staatlichen ideologischen Kraft in eine Bewegung kulturell konservativer Etatisten verwandelt: in den rechten, bürgerlichen Flügel der Sozialisten und Sozialdemokraten. Die meisten selbsternannten Konservativen sind besorgt, und das mit Recht, über den Zerfall der Familie, die Scheidung, die unehelichen Kinder, den Verlust der Autorität, den Multikultura-

lismus, die alternativen Lebensstile, die soziale Auflösung, den Sex und die Kriminalität. Alle diese Phänomene repräsentieren Anomalien und skandalöse Abweichungen von der natürlichen Ordnung. Ein Konservativer muss sich in der Tat gegen all diese Entwicklungen stellen und versuchen, Normalität wiederherzustellen. Die meisten zeitgenössischen Konservativen jedoch (zumindest die meisten Sprecher des konservativen Establishments) erkennen entweder nicht, dass ihr Ziel der Wiederherstellung der Normalität die drastischsten, sogar revolutionären, anti-staatlichen sozialen Veränderungen notwendig macht, oder (wenn sie es wissen) sie sind als Mitglieder der „fünften Kolonne“ damit

beschäftigt, den Konservatismus von innen zu zerstören und müssen daher als böse betrachtet werden.

Dass dies für die so genannten Neokonservativen zutrifft bedarf hier keiner weiteren Erläuterung. Was deren Führungskräfte betrifft, kann man in der Tat den Verdacht hegen, dass die meisten von ihnen der letzteren (böseartigen) Sorte angehören. Sie machen sich nicht wirklich über kulturelle Angelegenheiten Sorgen, sondern sie spielen die Karte des kulturellen Konservatismus, um nicht die Macht zu verlieren und ihr gänzlich anderes Ziel der globalen Sozialdemokratie zu fördern. Dies trifft jedoch ebenfalls auf viele Konservative zu, die sich wirkliche Sorgen



über zerfallene und dysfunktionale Familien und kulturelle Verrottung machen. Ich denke hier insbesondere an den Konservatismus, wie er von Patrick Buchanan und seiner Bewegung repräsentiert wird. Buchanans Konservatismus ist keineswegs so verschieden von dem des konservativen Establishments der Republikanischen Partei, wie er und seine Gefolgschaft sich einbilden. In einem entscheidenden Punkt ihrer Marke des Konservatismus befinden sie sich in vollständiger Übereinstimmung mit dem konservativen Establishment: beide sind Etatisten. Sie streiten sich darüber, was genau zu tun ist, um Normalität in den USA wiederherzustellen, aber sie stimmen darin überein, dass dies durch den Staat zu geschehen hat. In keinem von beiden gibt es eine Spur von prinzipieller Antistaatlichkeit.

„Amerika Zuerst“-Bewegung

Lassen Sie mich das darstellen, indem ich Samuel Francis zitiere, einem der führenden Theoretiker und Strategen der Buchanan-Bewegung. Nachdem er „anti-weiße“ und „anti-westliche“ Propaganda beklagt, „militanten Sekularismus, raffgierigen Egoismus, ökonomischen und politischen Globalismus, demographische Überschwemmung und unkontrollierten Staatszentrismus“ erläutert er den neuen Geist der „Amerika Zuerst“-Bewegung, der „nicht nur bedeutet, die nationalen Interessen über die anderer Nationen und Abstraktionen wie ‚Weltführerschaft‘, ‚globale Harmonie‘ und die ‚neue Weltordnung‘ zu setzen, sondern auch der Nation vor der Befriedigung individueller und subnationaler Interessen Priorität zu geben“. Aber was schlägt er vor, um das Problem des kulturellen Verfalls zu lösen? Jene Teile des föderalen Leviathans, die für die Vermehrung der moralischen und kulturellen Verschmutzung verantwortlich sind, wie das Bildungsministerium, die Nationale Kunststiftung, die Kommission für Beschäftigungs- und Chancengleichheit und die zentralstaatliche Gerichtsbarkeit sollten gestrichen oder gestutzt werden. Aber es gibt keine Opposition gegen die staatliche Einmischung in Bildungsangelegenheiten. Es gibt keine Erkenntnis, dass natürliche Ordnung auf dem Gebiet der Bildung bedeutet, dass der Staat nichts damit zu tun hat. Bildung ist eine reine Familienangelegenheit.

Ferner gibt es keine Erkenntnis, dass moralische Degeneration und kultureller Verfall tiefere Ursachen haben und nicht einfach durch staatlich verordnete Veränderungen im Bildungsplan oder durch Ermahnungen oder Tiraden geheilt werden können. Im Gegenteil,

Francis schlägt vor, dass die kulturelle Wende – die Wiederherstellung der Normalität – ohne fundamentale Veränderung in der Struktur des modernen Wohlfahrtsstaates erzielt werden kann. Tatsächlich verteidigen Buchanan und seine Ideologen ausdrücklich die drei zentralen Institutionen des Wohlfahrtsstaates: die Sozialversicherung, die staatliche Gesundheitsfürsorge und die Subventionen für Arbeitslosigkeit. Sie wollen die „soziale“ Verantwortung des Staates sogar ausweiten, indem sie dem Staat die Aufgabe zuschreiben, mittels nationaler Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen amerikanische Arbeitsplätze zu „schützen“, insbesondere in Branchen von nationalem Belang, und „die Löhne der US-amerikanischen Arbeiter vor ausländischen Arbeitern, die für einen Dollar pro Stunde oder weniger arbeiten müssen, abzuschotten.“

Die Buchananisten geben freizügig zu, dass sie Etatisten sind. Sie verachten und verhöhnen den Kapitalismus, laissez-faire, freie Märkte und Handel, Wohlstand, Eliten und Adel; und sie werben für einen neuen populistischen – tatsächlich proletarischen – Konservatismus, der sozialen und kulturellen Konservatismus mit einer sozialen oder sozialistischen Ökonomie verknüpft. Somit, fährt Francis fort,

Neue Identität

Während die Linke die Mittel-Amerikaner durch ihre ökonomischen Maßnahmen für sich gewinnen konnte, verlor sie sie durch ihren sozialen und kulturellen Radikalismus, und während die Rechte die Mittel-Amerikaner durch ihren Appell an Recht und Ordnung und die Verteidigung sexueller Normalität, konventioneller Moral und Religion, traditionelle soziale Institutionen und Beshwörungen des Nationalismus und Patriotismus anlocken konnte, verlor sie die Mittel-Amerikaner, wenn sie ihre alten bürgerlichen ökonomischen Formeln aufgaben.

Daher sei es notwendig, die Wirtschaftspolitik der Linken und den Nationalismus und kulturellen Konservatismus der Rechten zu kombinieren, um „eine neue Identität“ zu erzeugen, „die die wirtschaftlichen Interessen und die kulturell-nationalen Loyalitäten der proletarisierten mittleren Klasse synthetisiert und zu einer separaten und vereinigten politischen Bewegung zusammenführt.“ Aus offensichtlichen Gründen wird diese Doktrin nicht so benannt, aber es gibt einen Begriff für diese Art von Konservatismus: Er nennt sich sozialer Nationalismus oder National-Sozialismus.

Buchanan und seine Theoretiker glauben, Politik sei eine reine Angelegenheit des Willens und der Macht. Sie glauben nicht an so etwas wie ökonomische Gesetze. Wenn Menschen nur etwas wollen und ihnen die Macht gegeben wird, ihren Willen durchzusetzen, kann alles erreicht werden. Der „tote österreichische Ökonom“ Ludwig von Mises, auf den sich Buchanan während seiner Kampagne verächtlich bezog, charakterisierte diesen Glauben als „Historizismus“, die intellektuelle Einstellung der deutschen Kathedersozialisten, die eine jede etatistische Maßnahme rechtfertigten.

Umverteilung

Aber historizistische Verachtung und Ignoranz der Ökonomie ändert nichts an der Tatsache, dass es unumstößliche ökonomische Gesetze gibt. Man kann seinen Kuchen nicht essen und gleichzeitig behalten. Oder was man heute konsumiert kann nicht nochmals in der Zukunft konsumiert werden. Oder mehr von einem Gut zu produzieren erfordert, dass weniger von einem anderen Gut produziert wird. Kein Wunschdenken kann solche Gesetze verschwinden lassen. Etwas anderes zu glauben kann nur in praktischem Versagen enden. „In der Tat“, schreibt Mises, „ist Wirtschaftsgeschichte ein langes Register von politischen Maßnahmen der Regierungen, die genau deshalb versagt haben, weil sie mit kühner Missachtung der Gesetze der Ökonomie entworfen wurden.“ Im Lichte elementarer und unabänderlicher ökonomischer Gesetze ist das Buchanan-Programm des sozialen Nationalismus lediglich ein weiterer kühner, aber unmöglicher Traum. Kein Wunschdenken kann die Tatsache abändern, dass das Aufrechterhalten der zentralen Institutionen des gegenwärtigen Sozialsystems und der Wunsch, zurück zu traditionellen Familien, Normen, Verhaltensweisen und Kultur zu kehren unvereinbare Ziele sind. Man kann das eine – Sozialismus (Wohlfahrt) – oder das andere – traditionelle Moral – haben, aber man kann nicht beides zugleich haben, denn eine sozial-nationalistische Wirtschaftspolitik, die Säule des gegenwärtigen Wohlfahrtsstaatssystems, die Buchanan unverändert beibehalten möchte, ist gerade die Ursache der kulturellen und sozialen Anomalitäten. Um dies zu verstehen, ist es lediglich nötig, sich eines der fundamentalsten Gesetze der Ökonomie wieder zu vergegenwärtigen, das besagt, dass jede Zwangsumverteilung von Vermögen oder Einkommen, unabhängig auf welche Kriterien sie gegründet ist, bedeutet, von einigen – den Habenden von etwas – etwas wegzunehmen und es anderen – den Nicht-Habenden von etwas – zu geben. Ent-

sprechend ist der Anreiz, ein Habender zu sein, reduziert, und der Anreiz, ein Nicht-Habender zu sein, vergrößert. Ein Habender hat etwas, was normalerweise als „gut“ betrachtet wird, und was der Nicht-Habende nicht hat, ist „schlecht“ oder ein Mangel. Dies ist der Gedanke, der jeder Umverteilung unterliegt: einige haben zuviel des Guten und andere zu wenig. Das Resultat jeder Umverteilung ist, dass zukünftig weniger Güter produziert werden und zunehmend mehr Ungüter, weniger Perfektion und mehr Mangel. Indem mit Steuergeldern (mit Geldern, die anderen entwendet wurden) arme Menschen („schlecht“) subventioniert werden, wird mehr Armut erzeugt. Indem Menschen subventioniert werden, weil sie arbeitslos sind („schlecht“) sind, wird mehr Arbeitslosigkeit erzeugt. Indem unverheiratete Mütter („schlecht“) subventioniert werden, wird es mehr unverheiratete Mütter und mehr uneheliche Geburten geben, usw.

Zwangssysteme

Offensichtlich ist diese grundlegende Einsicht auf das gesamte so genannte Sozialversicherungssystem anwendbar, das in ganz Westeuropa (seit den 1880er Jahren) und den USA (seit den 1930er Jahren) implementiert worden ist: die Regierungs-Zwangs„versicherung“ gegen Altersarmut, Krankheit, Verletzungen am Arbeitsplatz, Arbeitslosigkeit, Armut usw. In Verbindung mit dem noch älteren Zwangssystem der öffentlichen Bildung summieren sich diese Institutionen und Praktiken zu einem massiven Angriff auf die Institution der Familie und der persönlichen Verantwortung. Indem Individuen von der Pflicht befreit werden, für ihr eigenes Einkommen, ihre Gesundheit, Sicherheit, ihre Rente und die Ausbildung ihrer Kinder zu sorgen, sinkt die Reichweite und der Zeithorizont der privaten Vorsorge und der Wert der Ehe, Familie, Kinder und verwandtschaftlicher Beziehungen wird vermindert. Unverantwortlichkeit, Kurzsichtigkeit, Nachlässigkeit, Krankheit und sogar Zerstörungswut (Ungüter) werden gefördert und Verantwortung, Weitblick, Fleiß, Gesundheit und Konservatismus (Güter) werden bestraft. Insbesondere die Zwangsrentenversicherung, bei dem die Rentner (die Alten) mit Steuern subventioniert werden, die gegenwärtigen Einkommensverdienern auferlegt werden (den Jungen), hat den natürlichen Intergenerationenverbund zwischen Eltern, Großeltern und Kindern systematisch geschwächt. Die Alten brauchen sich nicht mehr auf die Unterstützung durch ihre Kinder zu verlassen, wenn sie für ihr eigenes hohes Alter nicht vorgesorgt haben; und die

Jungen (normalerweise mit weniger akkumuliertem Vermögen) müssen die Alten (mit normalerweise mehr akkumuliertem Vermögen) unterstützen, statt andersherum, wie innerhalb von Familien normalerweise der Fall. Infolgedessen wollen Menschen nicht nur weniger Kinder haben – und Geburtenraten sind seit Einsetzung der modernen Sozialversicherungs- (Wohlfahrts-)politik halbiert worden – auch der Respekt, den die Jungen traditionell Älteren gegenüber zollten, hat sich vermindert, und alle Indikatoren von Familienzerfall, wie Scheidungsquoten, uneheliche Kinder, Kindesmissbrauch und Abtreibung haben sich erhöht.

Sozialversicherung

Darüber hinaus ist mit der Sozialisierung des Gesundheitsversorgungssystems und der Regulierung der Versicherungsindustrie eine monströse Maschinerie der Vermögens- und Einkommensumverteilung zugunsten verantwortungsloser Akteure und Hochrisikogruppen und auf Kosten verantwortungsbewusster Individuen und Gruppen mit niedrigem Risiko in Gang gesetzt worden. Man kann nichts Besseres machen als den „toten österreichischen Ökonom“ Ludwig von Mises nochmals zu zitieren:

Kranksein ist kein vom bewussten Willen unabhängiges Phänomen. ... Die Effizienz eines Menschen ist nicht lediglich das Ergebnis seiner physischen Kondition; sie hängt weitgehend von seinem Geist und seinem Willen ab ... Der zerstörerische Aspekt der Unfall- und Krankenversicherung liegt vor allem in der Tatsache, dass solche Institutionen Unfälle und Krankheiten fördern, die Erholung behindern und sehr oft die funktionalen Störungen, die einer Krankheit oder einem Unfall folgen, intensivieren und in die Länge ziehen ... Sich gesund zu fühlen ist etwas gänzlich anderes als gesund im medizinischen Sinne zu sein. ... Indem der Wille, gesund und arbeitsfähig zu bleiben geschwächt oder gänzlich zerstört wird, erzeugt Sozialversicherung Krankheit und Arbeitsunfähigkeit; sie produziert die Angewohnheit, sich zu beschweren – welches selbst eine Neurose ist – und Neurosen anderer Art. ... Als eine soziale Institution macht sie ein Volk körperlich und geistig krank oder führt zumindest dazu, dass sich Krankheiten vermehren, in die Länge ziehen und intensivieren. ... Die Sozialversicherung hat somit die Neurosen der Versicherer in eine gefährliche öffentliche Seuche verwandelt. Im Falle der Erweiterung und Entwicklung der Institution wird sich die Seuche weiter ausbreiten. Keine Reform wird

irgendwelche Abhilfe schaffen. Wir können nicht den Willen zur Gesundheit schwächen oder zerstören ohne Krankheiten zu erzeugen.

Ökonomischer Destruktivismus

Ebenso unsinnig sind die noch weiter gehenden Ideen einer Schutzzoll Politik von Buchanan und seinen Theoretikern. Wenn sie recht hätten, würde ihr Argument zugunsten ökonomischer Protektion zu einer Verurteilung jeglichen Handels führen und zur Verteidigung der These, dass jeder (jede Familie) besser dran wäre, wenn er (sie) niemals mit irgendjemand anderem Handel treiben würde. Sicherlich würde in einem solchen Fall niemand seine Arbeit verlieren, und Arbeitslosigkeit aufgrund „ungerechten“ Wettbewerbs wäre auf Null reduziert. Eine solche Vollbeschäftigungsgesellschaft wäre jedoch nicht wohlhabend und stark; sie wäre aus Menschen zusammengesetzt, die, obwohl sie von morgens bis abends arbeiteten, zur Armut und zum Verhungern verdammt wären. Buchanans internationaler Protektionismus würde im Ergebnis genau dieselbe Wirkung haben. Das ist nicht Konservatismus – das ist ökonomischer Destruktivismus.

Der kulturelle Verfall und die Entzivilisierung sind die zwangsläufigen und unvermeidbaren Ergebnisse des Wohlfahrtsstaates und seiner zentralen Institutionen. Klassische Konservative der alten Schule wussten dies und bekämpften die öffentliche Bildung und die Sozialversicherung mit aller Kraft. Ihnen war klar, dass Staaten überall darauf abzielen, Familien und Institutionen, Schichten und Hierarchien sozialer Autorität zu zerstören, um ihre eigene Macht zu vergrößern und zu stärken.

Wohlfahrts-Etatismus

Im Gegensatz dazu zeugt der auch in Deutschland weit verbreitete populistisch-proletarische Konservatismus mit seinem sozialen Nationalismus von vollständiger Ignoranz hinsichtlich alldem. Kulturellen Konservatismus mit Wohlfahrts-Etatismus zu kombinieren ist unmöglich und daher ökonomischer Unsinn. Wohlfahrts-Etatismus – soziale Sicherheit in jeder Art, Gestalt oder Form – fördert den moralischen und kulturellen Verfall. Eine Rückkehr zur Normalität erfordert nichts geringeres als die vollständige Eliminierung des gegenwärtigen sozialen Sicherheitssystems: der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe, der Krankenversicherung, der öffentlichen Bildung usw. – und damit die fast vollständige Auflösung und De-

konstruktion des gegenwärtigen Staatsapparates und der Regierungsmacht. Wenn man jemals Normalität wiederherstellen möchte, müssen die Finanzmittel und die Macht der Regierung auf oder sogar unter das Niveau des 19. Jahrhunderts fallen. Echte Konservative müssen von daher libertäre Hardliner (Anti-Etatisten) sein. Der soziale Nationalismus der populistisch-proletarischen Konservativen ist verfehlt: er möchte zur traditionellen Moral zurückkehren, fordert aber gleichzeitig, dass gerade die Institutionen erhalten bleiben, die für die Pervertierung und Zerstörung traditioneller Moral verantwortlich ist.

Rothbardismus

Die meisten zeitgenössischen Konservativen, sind daher keine Konservativen, sondern Sozialisten – entweder der internationalistischen Art oder der nationalistischen Sorte. Echte Konservative müssen sich beiden widersetzen. Um soziale und kulturelle Normalität wiederherzustellen, müssen echte Konservative radikale Libertäre sein und den Abriss der gesamten Struktur der Sozialversicherung – als einer moralischen und ökonomischen Perversion – fordern. Wenn Konservative Libertäre sein müssen, weshalb müssen Libertäre Konservative sein? Wenn Konservative von Libertären lernen müssen, müssen Libertäre auch von Konservativen lernen?

Zunächst sind einige terminologische Klärstellungen nötig. Kulminierend im Werk Murray N. Rothbards, dem Schöpfer der modernen libertären Bewegung, und insbesondere in seiner *Ethics of Liberty*, ist Libertarianismus ein rationales System der Ethik (des Rechts). Rothbard arbeitet innerhalb der Tradition der klassischen politischen Philosophie – von Hobbes, Grotius, Pufendorf, Locke und Spencer – und er verwendet im wesentlichen dieselben analytischen Werkzeuge und logischen Verfahren wie die Klassiker. Libertarianismus ist ein systematischer Rechtskodex, der mittels logischer Deduktion von einem einzigen Prinzip abgeleitet wird, dessen Gültigkeit nicht bestritten werden kann ohne sich dabei in einen logisch-praktischen (praxeologischen) oder performativen Widerspruch zu verwickeln. Dieses Axiom ist das uralte Prinzip der ursprünglichen Aneignung: Eigentum an knappen Ressourcen – das Recht an der ausschließlichen Kontrolle über knappe Ressourcen (Privateigentum) – wird durch die Handlung ursprünglicher Aneignung erworben (wodurch Ressourcen aus einem natürlichen Zustand in einen zivilisatorischen Zustand übertragen werden). Wenn dem nicht so wäre, könnte niemand jemals anfangen zu han-



Wird der Intergenerationenverbund zwischen Eltern, Großeltern und Kindern systematisch geschwächt?

deln (irgendetwas vorschlagen oder tun); daher ist jedes andere Prinzip praxeologisch unmöglich (und argumentativ nicht zu verteidigen). Vom Prinzip ursprünglicher Aneignung – dem Prinzip „erster Benutzer-erster-Besitzer“ – werden Regeln bezüglich der Verwandlung und des Transfers (des Austauschs) ursprünglich angeeigneter Ressourcen abgeleitet, und die gesamte Ethik (das Recht), einschließlich der Prinzipien der Bestrafung, wird dann in eigentumstheoretischen Begriffen rekonstruiert: alle Menschenrechte sind Eigentumsrechte und alle Menschenrechtsverletzungen sind Eigentumsrechtsverletzungen. Das Ergebnis dieser libertären Theorie des Rechts ist in diesen Kreisen wohlbekannt: der einflussreichsten Strömung der libertären Theorie zufolge, dem Rothbardismus, ist der Staat eine außergesetzliche Gangster-Organisation und die einzige gerechte Sozialordnung ist das System einer Privateigentumsanarchie.

Inhaltliche Affinität zweier Doktrinen

Einige oberflächliche Kommentatoren, meist von der konservativen Seite, haben Libertarianismus und Konservatismus als unvereinbare, gegnerische oder sogar antagonistische Ideologien bezeichnet. Tatsächlich ist diese Ansicht ein kompletter Irrtum. Die Beziehung zwischen Libertarianismus und Konservatismus ist eine der praxeologischen Vereinbarkeit, soziologischer Ergänzung und wechselseitiger Verstärkung. Um dies zu erklären, muss ich darauf hinweisen, dass die meisten führenden libertären

Denker faktisch sozial-kulturelle Konservative waren: Verteidiger der traditionellen, bürgerlichen Moral und Verhaltensweisen. Am bedeutendsten war Murray Rothbard ein ausgesprochener kultureller Konservativer. Ebenso war es auch Rothbards wichtigster Lehrer, Ludwig von Mises. Während dies nicht viel beweist, deutet es auf eine inhaltliche Affinität zwischen den zwei Doktrinen hin. Es ist nicht schwer zu erkennen, dass die konservative und libertäre Sicht der Gesellschaft perfekt vereinbar sind. Konservative sind überzeugt, dass das „natürliche“ und „normale“ alt und weitverbreitet ist und somit immer und überall erkannt werden kann. Ähnlich sind Libertäre überzeugt, dass die Prinzipien der Gerechtigkeit ewig und universell gültig sind und somit der Menschheit von ihrem Anbeginn an im wesentlichen bekannt gewesen sein müssen. Die libertäre Ethik ist nicht neu und revolutionär, sondern alt und konservativ. Selbst Kinder sind in der Lage, die Gültigkeit des Prinzips ursprünglicher Aneignung zu begreifen und die meisten Menschen erkennen es normalerweise als unumstößliche Tatsache an.

In ihrem Versuch, eine freie natürliche Sozialordnung zu etablieren, müssen Libertäre danach streben, das im Privateigentum inhärente Recht des Ausschlusses vom Staat zurückzugewinnen. Doch bevor sie dieses Ziel erreichen und um sein Erreichen überhaupt möglich zu machen, können Libertäre nicht früh genug damit beginnen, sofern die Umstände ihnen dies noch erlauben, ihr Ausschlussrecht im Alltagsleben wieder zu beanspruchen und auszuüben. Wie echte Konservative, die sich vom falschen sozial(istischen) Konservatismus trennen müssen.

criticón als Abonnement

Ja, schicken Sie mir criticón ab sofort per Post.

Das Jahresabonnement (4 Ausgaben) kostet 32,80 Euro (im Ausland zuzgl. Versandkosten). Studentinnen und Studenten erhalten gegen Vorlage einer Studienbescheinigung einen Rabatt.

Nur wenn ich auf criticón nach einem Jahr wieder verzichten möchte, teile ich Ihnen dieses bis zum 1.11. des Jahres mit. Sollte eine solche Mitteilung nicht erfolgen, verlängert sich mein Abonnement jeweils um ein weiteres Jahr.

Meine Adresse:

Name, Vorname

Anschrift

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

Das Geschenkabonnement erhält:

Name, Vorname

Anschrift

PLZ, Wohnort

criticón als Geschenk

Ja, ich möchte criticón verschenken.

Ich zahle bequem per Bankeinzug. Hiermit ermächtige ich den GES Verlag, Kurfürstenstr. 40, 53115 Bonn widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit von dem angegebenen Girokonto durch Lastschrift einzuziehen.

Kontoführendes Institut

BLZ

Kontonummer

Datum und Unterschrift

Ich zahle gegen Rechnung

**Coupon bitte einsenden an: GES Verlag • Abo- und Leserservice • Mühlenstr. 93 • 53347 Alfter
Oder per Fax an: 02 28 / 62 04 47 5**

Werden Sie Mitglied im criticón club!

Mitglied im criticón club kann jeder Abonnent werden. Durch die Mitgliedschaft wird der Wille bekundet, die Zeitschrift criticón als Plattform und Sprachrohr konservativer Publizistik zu fördern und zu stärken. Als Mitglied im criticón club erhalten Sie (mindestens zweimal jährlich) kostenlos den criticón club Brief mit Aufsätzen und Buchbesprechungen. Darüber hinaus werden wir mindestens einmal jährlich ein Jahrestreffen der Clubmitglieder organisieren, um den Zusammenhalt und Gedankenaustausch zu fördern. Seminarangebote und ein exklusiver Veranstaltungskalender dienen dem gleichen Zweck. Wir freuen uns über weitere Ideen und Anregungen. Bei Fragen können Sie uns unter 0228 / 7487840 erreichen.

Mindestbeiträge / Jahr:

criticón Abonnenten	Euro 17,50
weitere Familienangehörige	Euro 12,50
Studenten, Schüler etc.	
mit Nachweis	Euro 12,50
Firmen/Vereine	Euro 50,00

criticón

GES Verlag • Kurfürstenstr. 40 • 53115 Bonn

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre(n) ich/wir meinen/unseren Beitritt zum criticón club.

Vorname, Name

Straße PLZ, Ort

Den Mitgliedsbeitrag in Höhe von (mind. Euro 17,50; Studenten etc. mit Nachweis mind. Euro 12,50) Euro lasse ich per Lastschrift einziehen / überweise ich auf das Konto: VR Bank Bonn eG, BLZ 38160220, Kto.-Nr. 6108826019 (Nichtzutreffendes streichen).

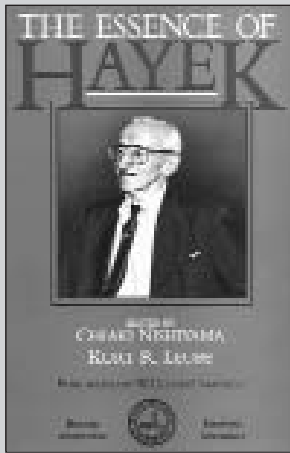
Lastschriftverfahren

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige(n) ich/wir den GES Verlag bis auf Widerruf, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen für meine/unser Mitgliedschaft im criticón club zu Lasten meines/unseres nachstehend angegebenen Girokontos durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein/unser Girokonto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Name, Vorname des Kontoinhabers Kontoführendes Institut

Kontonummer Bankleitzahl

Ort, Datum Unterschrift



Anarcho-kapitalistische Theorie



Der Staat ist die eigentliche Utopie

von Michael Kastner

Die Hauptkritik, die dem Anarchokapitalismus von Anhängern des Staates und selbst von staats-skeptischen Liberalen entgegengehalten wird, lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Utopie!

Diesem Vorwurf möchte ich im folgenden entgegenzutreten – ausgerechnet mit Hilfe eines theoretischen Ansatzes, den einer der liberalen Hauptverfechter des Verfassungsstaates, Friedrich August von Hayek, in verschiedenen Schriften, insbesondere in seiner Aufsatzsammlung ‚Die Anmaßung von Wissen‘ herausgearbeitet hat.

Entwicklungstheorie und die Theorie komplexer Phänomene

Die Entwicklungstheorie beschreibt einen Auswahl- und Replikationsprozess, bei dem nach Hayek jene Elemente ausgewählt werden, „die fähig sind, komplexere Strukturen zu bilden; und die Vermehrung ihrer Mitglieder wird zur Bildung noch komplexerer Strukturen führen“. Eine evolutorische Entwicklung, d.h. die Auslese von Verfahren mit Hilfe von Versuch und Irrtum wird überhaupt erst notwendig, weil es sich bei menschlichen Gesellschaften um solch komplexe Phänomene handelt. Ein komplexes Phänomen existiert, vereinfacht ausgedrückt, wenn die Anzahl der Elemente eines Systems und deren Handlungsmöglichkeiten so groß ist, dass eine Voraussage über das einzelne Element unmöglich ist. Bestenfalls ist gemäß Hayek eine Vorhersage über bestimmte Muster möglich.

Spontane Ordnung und Tradition

Gesellschaften können als solche komplexe Phänomene verstanden werden. Die Handlungsmöglichkeiten und Wünsche der Individuen in den Gesellschaften sind nahezu unbegrenzt und verändern sich permanent. Gleichzeitig verändert sich aber auch die Umwelt der Gesellschaften und es entstehen wiederum neue Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten, die die Komplexität des Systems weiter erhöhen. In diesem Chaos bilden sich spontan, basierend auf den Handlungsalternativen des Individuums, Ordnungen, Verhaltensweisen und Regeln. Können sich diese über einen längeren Zeitraum durchsetzen, so werden sie zu Traditionen. Aufgrund des geringen Wissens, welches einzelne Individuen über die einzelne Gesellschaft und über die erweiterten Ordnungen außerhalb der Gesellschaften haben, bildet die Tradition den größten und brauchbarsten Teil des Wissens im Umgang mit einer komplexen sozialen Umwelt.

Individuum, Gesellschaft und erweiterte Ordnung

Nur dort, wo sich Individuen freiwillig zusammenschließen, kann überhaupt von Gesellschaft gesprochen werden. Nur in solchen Gesellschaften können Anpassungsprozesse an den Wandel durchgeführt werden. Die Arten der gesellschaftlichen Organisation und die Regeln des Zusammenlebens können in

den gesellschaftlichen Gebilden sehr unterschiedlich sein. Für die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft ist lediglich die Freiwilligkeit der Teilnahme ausschlaggebend.

Über die Gesellschaften hinaus interagiert der Einzelne auch mit Individuen, die sich außerhalb seines bekannten Erkenntnis-horizonts befinden. Er nutzt Güter und Leistungen von Menschen, deren Gesellschaften er nicht angehört. Hayek nennt dies die "erweiterte Ordnung".

In dem Maße, in dem Bevölkerungen wachsen, wächst auch die Anzahl der Gesellschaften und es wächst die Anzahl anonymer Transaktionen. Umgekehrt wird die einstmalig für das Individuum vermeintlich oder tatsächlich überschaubare Welt immer kleiner im Verhältnis zu einer wachsenden erweiterten Ordnung. Gleichzeitig führt das Wachstum der Tauschprozesse zu einer immer besseren Allokation von Ressourcen. Dies führt wiederum zu einem stärkeren Wachstum der Bevölkerungen.

Erweiterte Ordnung und Kleingruppenorganisation

Der Prozess der Bildung erweiterter Ordnungen hat sich in Europa seit dem Mittelalter stark beschleunigt. Überkommene Herrschafts- und Organisationsstrukturen, die noch während der Zeit der Völkerwanderung und noch bis einige Jahrhunderte danach durchsetzbar waren, gerieten zunehmend unter Druck. Der Herausbildung erster bürgerli-

cher Neuordnung in Form freier Reichsstädte, der Hanse oder der oberitalienischen Städte hatten Fürsten, Feudalherren und Kaiser außer an militärischer Macht wenig entgegenzusetzen, zumal auch ihre militärische Macht zunehmend von den Früchten der erweiterten Ordnung abhing.

Der Prozess der Ausweitung einer von zentralen Entscheidungsträgern unkontrollierbaren anonymen Ordnung machte den einzelnen Menschen Angst. Die Welt begann sich immer schneller zu verändern. Die Menschen in England oder Deutschland waren mit dem Beginn der industriellen Revolution Veränderungen ausgesetzt, deren Ursachen sie nicht kannten und deren Folgen sie fürchteten. Verhaltensmuster und Traditionen, die in agrarischen Kleingruppen bzw. dörflichen Gemeinschaften eventuell noch für ein Überleben ausreichten, wurden teilweise nutzlos oder gar hinderlich.

Aufstieg der Marktarchie

Es waren städtische Strukturen, die den Informationsfluss, den Warenaustausch und auch die Experimentierfreudigkeit des Einzelnen förderten. Die Städte erweiterten die Anzahl der Handlungsalternativen auf kleinem Raum. Es war in den Städten leichter, Gleichgesinnte für eine Sache zu finden als auf dem Lande, wo die Dorfgemeinschaften klein, die Entfernungen groß und die Traditionen starr waren. Gleichzeitig gab es erstmals auch verstärkt Möglichkeiten, in der Anonymität einer Menschenmasse abzutauschen.

In den Städten entstand eine Ordnung, die zunehmend von obrigkeitlicher Entscheidung unabhängig war. Es entstand eine neue Ordnung, die nicht mehr kontrollierbar war und die sich außerhalb des Einflussbereichs fürstlicher Herrschaft befand. Städtische Entwicklung, Bevölkerungswachstum und Zunahme der Handlungsspielräume des Einzelnen begünstigten sich gegenseitig. Und dies nicht nur innerhalb der Stadtmauern, sondern in der Folge auch im Umland.

Der Aufstieg des Staates als Reaktion gegen den Wandel

Die neue Ordnung war nicht gewollt oder gar geplant. Sie war kein Komplott anarchistischer Umstürzler. Sie war oftmals selbst von jenen Stadtbürgern nicht gebilligt und nicht gewollt, die unbewusst halfen, sie mit herbeizuführen. Hayek formuliert es so: „Die Schritte in einem Prozess der Entwicklung auf etwas zu, das vorher unbekannt war,

können den Menschen nicht gerecht erscheinen, weil die Erfolge größtenteils unbeabsichtigt und unvorhergesehen waren.“ Was den Erfolg der Marktordnung ausmachte, war die schlichte ökonomische und soziale Notwendigkeit. Nicht die Einsicht. Wer sich der Notwendigkeit nicht anschloss, war von den Möglichkeiten des ökonomischen Erfolges und des sozialen Aufstiegs ausgeschlossen.

Es ist kein Zufall, dass mit dem Überflüssigwerden überkommener Ordnungen und dem Entstehen neuer Ordnungen und Gesellschaften die Idee der Nation und des Staates an Zulauf gewann. Hayek erklärt: „Die Abneigung gegen solche Zufallsergebnisse, die mit dem Vorgang des Experimentierens untrennbar verbunden sind, lassen die Menschen wünschen, die Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen und mit ihren Wünschen in Einklang zu bringen.“

In dieser Situation konnte die Idee des Staates gedeihen. Einerseits versprach die Idee der Nation bei Arbeitern, Bauern und dem Bürgertum den Ersatz für Familie, verlorengegangene kollektive Idylle und die Wiederherstellung der Verankerung in einer Gemeinschaft. Andererseits betrachtete das Bürgertum, das seit dem Ende des 18. Jahrhunderts im Erfolgstaumel des technisch Machbaren lebte, den Staat als technokratisches Mittel, um die Veränderungen zu kanalisieren und planbar zu machen. Das Bürgertum und auch die Sozialisten glaubten, man könne Ordnung per Verfassung konstruieren.

Das staatliche Chaos

Die Gründer von National- und Sozialstaat waren davon überzeugt, es genüge, die Ergebnisse sozialer Prozesse zu kopieren. Und schon würde man das gleiche Ergebnis erzielen wie der Markt.

Frühzeitig wurden so die Ergebnisse von Marktprozessen, etwa die Sicherheitsproduktion, das Geldwesen und die Gerichtsbarkeit verstaatlicht. Es folgten Mitte des 19. Jahrhunderts das Bildungswesen, die Infrastruktur und Teile des Versicherungswesens. Dies führte dazu, dass viele Entdeckungsverfahren, die sich in der Marktarchie abspielten, plötzlich unterbunden wurden. Auch Verfahren, die nach den bestmöglichen Ergebnissen suchen sollten, wurden verhindert. Wo der Markt zuvor eine Vielfalt von Lösungen anbieten konnte, aus denen sich im Rahmen des Wettbewerbs die beste herausbildete, gab nun der Staat eine einzige Lösung vor.

Reaktions- und Suchverfahren, die die Ordnung überhaupt erst ermöglichten, die der Staat nun zu beherrschen versuchte, wurden außer Kraft gesetzt. Je größer die Kom-

plexität der erweiterten Ordnung wurde, d.h. je höher die Anzahl der teilnehmenden Menschen, ihre Interaktionen pro Zeiteinheit und je größer die Anzahl der bestehenden Wahlmöglichkeiten, desto katastrophaler gestalten und gestalten sich die Folgen dieses Eingriffs.

Ordnung aus dem Chaos

Der staatliche Zentralismus war dem Marktarchismus bereits zum Zeitpunkt der ersten Staatsgründungen unterlegen. Die Eingriffe der Nationalstaaten waren zu deren Gründerzeit jedoch recht gering und die Vielfalt der Transaktionsmöglichkeiten noch nicht in dem Maße gegeben wie es gegenwärtig der Fall ist.

Mit wachsender Bevölkerung versuchten die Staaten immer stärker vom Markt vorgegebene Funktionen zu übernehmen, um die ihnen dennoch entgleitende Kontrolle nicht zu verlieren.

Für Staaten ist das Szenario einer auf stetigen Wandel reagierenden, stetigen Wandel auslösenden und zunehmend anwachsenden Bevölkerung eine Bedrohung. Die Erhöhung der Systemkomplexität stellt eine permanente Schwächung der staatlichen Macht dar. Auch wenn die staatliche Welt ein Chaos erzeugt, so bilden sich in diesem Chaos verstärkt und immer schneller an vielen Stellen erfolgreiche spontane und erweiterte Ordnungen. Sie bilden sich ohne von außen vorgegebenen Masterplan, vielmehr aus dem Wettbewerb mit anderen Ordnungen.

Trotz des Chaos, das Staaten mit ihrem Interventionismus im ökonomischen und sozialen Bereich anrichten, bilden sich nicht kontrollierbare Ausgleichsmechanismen in Form von Schmuggel, Schwarzmärkten und anderen illegalen Selbsthilfestrukturen. Die Anzahl und der Anteil dieser Strukturen wachsen ständig.

Staaten waren seit ihrer Gründung niemals fähig, Ordnungen zu schaffen. Sie bedienten und bedienen sich lediglich der menschlichen Sehnsucht nach Kleingruppensicherheit in einer sich immer schneller wandelnden Welt. Sie erreichen dies, indem sie die technokratische Vorstellung der Verwaltbarkeit gesellschaftlicher Komplexität als Pragmatismus deklarieren.

Der Staat - das ist die Utopie, nicht der Anarchokapitalismus.

Erstveröffentlicht in: eigentümlich frei Nr. 39/2004.

Demokratie – eine Methode der Kollektiventscheidung wird zur Ideologie

von Gerard Radnitzky

Das paradigmatische Beispiel einer artifiziellen, prozeduralen Methode ist die demokratische Methode der Kollektiventscheidung (Majoritätsprinzip, definiertes Stimmrecht usw.). Sie ist eine Unterklasse der prozeduralen Methode. Sie kann funktionieren für eine gewisse Art von Problemen, wenn sie auf eine „kleine“ Einheit von Handelnden (eine Gemeinde, allenfalls bis zur Größe eines schweizerischen Kantons) bezogen wird. Ihre große Popularität besteht im Glauben, sie sei die beste Methode, um den „Willen“ der Allgemeinheit („Volonté Générale“) zu ermitteln. Allgemeine demokratische Wahlen seien die beste Methode, um herauszufinden, welches Mandat der Auftraggeber (the principal), nämlich „das Volk“ oder „die Gesellschaft“ dem Staat zur Zeit gibt. Der Staat, oder die Regierung fungiert dabei als Auftragnehmer eines Auftraggebers, des „Volkes“ (the principal-agent problem). Da die demokratische Methode nur eine der vielen prozeduralen Methoden ist und die gesamte Gruppe dieser Verfahren daran scheitert, dass ein mechanisches Verfahren keine substantiven Probleme lösen kann, bietet sie keine Lösung des Problems der Kollektiventscheidung. Man sollte offen eingestehen, dass dieses Problem bisher ungelöst ist. Vielleicht ist es unlösbar. Mit dieser Feststellung ist die logische Analyse der demokratischen Methode abgeschlossen.

Aber da sich diese Methode so großer Beliebtheit erfreut, mag es sich lohnen, sich näher anzusehen, wie diese Methode im Alltag angewandt wird und welche Tricks dabei verwendet werden, um ihr Plausibilität zu verleihen.

Das einfachste Modell der demokratischen Politik ist ein Drei-Personen-Spiel.

Wir können eine Gesellschaft beschreiben als ein Aggregat von drei Gruppen, geordnet nach Einkommen: Unter-, Mittel- und Oberschicht. Die Mittelgruppe ist der „Medianwähler“, das Zünglein an der Waage (in der BRD die FDP). Der potenzielle Gewinn aus der demokratischen Spielregel wird dann maximiert, wenn Unter- und Mittelgruppe sich zusammen tun, um einen Teil des Einkommens der Obergruppe zu sich umzuverteilen. Im Modell können wir die Gruppen idealisieren als jeweils 50 Prozent der Gesamtsumme minus 1 (den Medianwähler) und 50 Prozent plus 1, also z.B. bei einer Gesamtzahl von 1001, 500 plus 1 (den Medianwähler) und 500. In der Wirklichkeit kann man sich die Gruppierungen mit etwa jeweils 40-45 zur Mittelgruppe („Medianwähler“) von 10-20 Prozent vorstellen.

Hat man die demokratische Methode gewählt, dann ergeben sich einige Folgeprobleme wie: Für welche Art von Problemen kann diese Methode rational verwendet werden? In welchen Arten von Aktivitäten kann

sie nützlich sein? Einige Bereiche scheiden hier a priori aus wie zum Beispiel die wissenschaftliche Forschung und der militärische Betrieb. In welchen sozialen Einheiten kann diese Methode funktionieren, d. h. mehr Nutzen als Schaden machen? (Vermutlich in kleineren, einigermaßen überschaubaren Einheiten, wie Gemeinden, evt. Kantone o.ä.)¹ Und wie wählt man politische Einheiten? (Etwa Irland oder Nordirland?) Verwendet man die proportionale- oder die Mehrheitsmethode? Welche Selektionskriterien sollen für das aktive Wahlrecht gelten? Je nach dem, was man bei den einzelnen Alternativen gewählt hat, wird man ganz verschiedene Resultate bekommen. Sogar die Agenda einer Abstimmung beeinflusst die Resultate.

Zu unserem Wissen, das wir als gesichert betrachten können, gehört Folgendes. Handeln im vollen Sinne des Wortes können nur Individuen, Kollektive können nur Quasi-Handlungen mittels Individuen ausführen.

¹ Die griechische Polis, die als klassisches Modell angeführt wird, ähnelte mehr einer Stammesgemeinschaft als einer modernen Demokratie; nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung hatte aktives Wahlrecht. Auch in Amerika hatten im Anfang nur etwa ein Fünftel Wahlrecht.

Alle echten (nicht-instrumentellen) Werturteile sind subjektiv. Das Aggregieren von Nutzen verschiedener Personen ist genau so unsinnig wie der Versuch, fünf Äpfel aus einer Menge von acht Orangen herauszunehmen. Diese Einsichten müssen wir also berücksichtigen.

Die Gretchenfrage ist, welche Kriterien für das aktive Wahlrecht gelten sollen. In unserer Epoche hat man sich für ein unqualifiziertes Wahlrecht entschieden. Man abstrahiert von allen Eigenschaften, die als Kandidaten für Kriterien in Frage kämen, wie Intensität der Präferenz oder Risikobeteiligung, relevantes Wissen und Information usw. Das heißt Wähler und Stimmen werden behandelt als ob sie homogen wären. Das Homogenisieren ist notwendig, denn man will Stimmen addieren können.

Deshalb muss man versuchen, die bekannte Unmöglichkeit interpersoneller Nutzenaggregation zu umgehen. Wenn Peter die Ziege und Paul das Grünzeug vorzieht, wie sieht dann die gemeinsame Präferenzordnung von Peter & Paul aus? Wie sollte man Peters Freude mit Pauls Schmerz verrechnen? Von den vielen möglichen Gleichheitsaxiomen wählt man die Zugehörigkeit zur biologischen Spezies Mensch aus. Mit dem biologischen Kriterium will man den Anschein erwecken, nun sei es möglich, die inkommensurablen Entitäten kommensurabel zu machen. Denn, wenn man an sich verschiedene Entitäten addieren will, dann muss man sie mittels einer höheren Kategorie eines klassifikatorischen Systems beschreiben. Fünf Äpfel und drei Pflaumen zu „addieren“ – interpretiert als physisches Zusammenlegen – ist keine sinnvolle Operation; aber wenn wir sie als Früchte beschreiben, dann sind einige arithmetische Operationen auf diese Domäne sinnvoll anwendbar. Ob die arithmetische Operation des Addierens sinnvoll angewandt werden kann, hängt von der Domäne ab: Nüsse können sinnvoll addiert werden, Quecksilbertropfen nicht. Die auf diese Weise konstruierte Kommensurabilität der Stimmen ist jedoch für das Problem der (nicht-einstimmigen) Kollektiventscheidung – des Ermittels einer „kollektiven Präferenz“ – irrelevant. Anderes zu behaupten ist Betrug oder Selbsttäuschung. Nehmen wir dieses Vorgehen einmal unter die logische Lupe.

(1) Die Methode kann nur eine ordinale Rangordnung von Präferenzen ausdrücken; sie unterdrückt kardinale Präferenzen. Wenn man diese Methode verwendet, dann muss man entweder annehmen, dass die Intensität der Präferenzen so gleichmäßig ist, dass man sie ignorieren kann oder dass einfach die Präferenzen erraten werden können.

Beides ist offensichtlich erkenntnistheoretisch und moralisch Unfug. (2) Die arithmetische Operation der Stimmen-Aggregation ist sinnlos und zwar in derselben Weise wie interpersonelle Nutzenaggregation. (Es ist wie wenn man Hausnummern addierte.) Als Methode, um herauszufinden, was der fiktive holistische Akteur „die Gesellschaft“ will, ist sie ebenso sinnlos. Sie ist nur sinnvoll als Methode des Zusammenzählens von Stimmen (oder „head counting“). Aus der erhaltenen Summe lassen sich keine holistischen Werte ableiten. Das Stimmenzusammenzählen verführt aber geradezu zum Missbrauch: indem man vorgibt, das erhaltene Resultat sei lediglich die „Summe der Teile“, wird eine holistische Entität eingeschmuggelt: „die Wahl, welche ‚die Gesellschaft‘ (als Abstraktum) getroffen habe“. So etwas kann es jedoch auf Grund der konfligierenden Interessen reeller Individuen nicht geben. Entitäten wie die „Wahl der Gesellschaft“ oder der „Wille der Gesellschaft“ usw. haben nicht nur keinen ontologischen Status in unserer Welt (sind nicht-existent), sondern sie sind nicht einmal Begriffe, weil sie einer selbstwidersprüchlichen Konstruktion entspringen. Wenn man von den realen Individuen abstrahiert, dann bleibt die fiktive Entität, der „Wille der Gesellschaft“ zurück wie das Lächeln der Cheshire Katze in Alice in Wonderland, das zurück blieb als die Katze längst verschwunden war.

Anstatt dieses Problem zuzugestehen, greift man wiederum zum Moralisieren. Wie bereits oben erwähnt, wird anbefohlen, das Ergebnis einer korrekten Anwendung des demokratischen Verfahrens solle als „gut“ bewertet werden – so wird hier ein bestimmtes Gleichheitsaxiom gegen Kritik immunisiert, zur Heiligen Kuh erhoben. Eine Kritik wird dann eo ipso „undemokratisch“, also böse. Allerdings ist die Demokratie oft nur Façade und de facto herrscht eine kleine politische Klasse. Die BRD und die EU bieten Beispiele dafür. In kleinen Einheiten kann Demokratie funktionieren; man denke an die Plebiszite in der Schweiz. In der BRD würde die classe politique dem Bürger niemals so viel Mündigkeit einräumen.²

Wenn die Methode, einfach die Stimmen zu addieren, akzeptiert wird, dann ist nur die Majoritätsregel möglich. Wegen der Dynamik des demokratischen Verfahrens ist jede Regel die qualifizierte Majoritäten vorschreibt, der Erosion ausgesetzt. Indem sie die Verlierergruppe maximiert kann die Gewinnermajorität ihren Gewinn aus der Umverteilung maximieren. „One-man, one-vote“ ist das entscheidende Gambit für das Demokratiespiel. Aus ihm folgt alles weitere. Zu-

erst, dass die entscheidende Teilmenge – und es kann nur eine geben – größer sein muss als 50 Prozent: 50 Prozent + 1 Stimme. Es geht gar nicht mehr um die „tyranny of the majority“, sondern um die „tyranny of minorities“. Und Mehrheiten werden gewonnen, indem die Parteien versprechen, Forderungen vieler Minderheiten zu erfüllen. Der neue König ist die dominante Koalition.

Rationale Spieler, die im Anreizsystem einer demokratischen Verfassung operieren, werden ihren Gewinn auf zwei Weisen maximieren. (1) Direkte „payoffs“ sind erreichbar, indem die Regeln (legislation) im politischen Prozess (also innerhalb der gegebenen Meta-Regeln) beeinflusst wird. (2) Indirekte „payoffs“ sind erreichbar, indem die Meta-Regeln geändert werden. Sie werden lernen, die Meta-Regeln so zu ändern, dass der Bereich für die umverteilende Legislatur maximiert wird. Die der demokratischen Methode inhärente Dynamik (unqualifiziertes Wahlrecht und rationale

² Der bekannteste Kritiker der strukturellen Schwächen der bundesdeutschen Demokratie, der Juraprofessor Hans Herbert v. Arnim, hat das deutsche Parteienwesen als ein Kartellparteiensystem bezeichnet. Dieses zeichnet sich durch ein kollusives Zusammenwirken der politischen Kräfte aus, die nach der von Joseph Schumpeter entwickelten Konzeption, wonach Demokratie als Wettbewerb um die vorübergehende Mehrheit eines Volkes zu verwirklichen sei, eigentlich um die beste Verwirklichung der Wähleranliegen im harten Wettbewerb stehen müssten. Das Zusammenwirken der gegnerischen Kräfte erklärt, warum in der Bundesrepublik in wesentlichen politischen Bereichen – zu nennen sind etwa die Abschaffung der europäischen Währungswettbewerbs, der Umsturz im Staatsangehörigkeitsrecht und die geduldete Masseneinwanderung – gegen die Mehrheit der Deutschen regiert werden kann. Ein Kennzeichen für den „deutschen Sonderweg Bundesrepublik“ ist eine staatliche Einrichtung, die unter dem Vorwand die Verfassung zu schützen, de facto die Ideologie des Kartellparteiensystems schützt. (Das dokumentiert der im Jahr 2000 erschienene, von H.-H. Knütter und St. Winckler 2000 herausgegebene Sammelband ‚Der Verfassungsschutz‘). Wie Hans-Herbert von Arnim feststellt: Das Dilemma der deutschen Demokratie besteht darin, dass sie keine ist. Etwas was für die Brüsseler Eurokratie a fortiori gilt.

Spieler vorausgesetzt) führen zu unbegrenzter Zuständigkeit (unrestricted domain) und reiner Majoritätsregel (bare majority rule). Das heißt, sie führen notwendigerweise zur uneingeschränkten Demokratie (unlimited democracy).³ Und in einer totalitären Demokratie kann es keine Individualrechte geben.

Eine demokratische Verfassung bietet keinen Schutz gegen Totalitarismus. Das ist keine Kritik speziell der Demokratie. Keine Verfassung kann einen solchen Schutz bieten.

In der sozio-politischen Evolution schließt sich der Kreis. Holistische Werte, also Werte, die einem holistischen Akteur, wie dem „Volke“ zugeschrieben werden, oder „Soziale Gerechtigkeit“, oder „Gleichheit der Lebensbedingungen“ usf. werden beschworen, um Eigentum, die Schlüsselkonvention (den Schlüsselwert), dessen Schutz die Hauptaufgabe jeder Sozialordnung ist, zu unterminieren und zu zerstören. Der Kreis hat sich geschlossen: vom Privatrechtsstaat (protective state) zum umverteilenden und produktiven Staat (redistributive-productive state), zur Wohlfahrts-Umverteilungsdemokratie.

Zusammenfassung:

(1) Die Kollektiventscheidung (nicht-einstimmig) ist moralisch befleckt oder verdorben, weil sie einer Gruppe, die weniger mächtig ist als die dominierende Gruppe, etwas aufoktroiert, also zumindest implizit Zwang ausübt.

(2) Bei welchen Kollektiventscheidungen, wenn überhaupt für irgendeine, kann der Zwang gegenüber der weniger mächtigen Gruppe legitimiert werden? Diese theoretische Frage lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage, welche Alternativen es zum Staat gibt, ob er unentbehrlich ist, oder ob „geordnete Anarchie“ eine realistische Alternative bietet.

(3) Das praktische Problem ist: wie erschwert man den Rekurs zur Kollektiventscheidung, wie verhindert man die Tendenz, dass wirtschaftliche oder rechtliche Probleme in politische Probleme verwandelt werden.⁴

(4) Wenn die demokratische Methode als Problemlösung für das Problem der Kollektiventscheidung angeboten wird, so wird da-

mit das Problem verschleiert – denn für ein substantives Problem kann es keine prozedurale Lösung geben.

(5) Es gibt keine neutralen Meta-Regeln (Verfassungsregeln). Jede Regel, gleichgültig auf welcher Ebene, favorisiert identifizierbare Interessen.

(6) Die Majoritätsregel einer demokratischen Verfassung führt zu dem oben im Modell dargestellten Drei-Personen-Umverteilungsspiel. (Der Endzustand ist dann dem des fundamentalistischen Sozialismus analog: Bankrott – wie es Ludwig von Mises bereits 1920 prognostiziert hat.)

(7) Das o.g. „Drei-Personen-Umverteilungsspiel“ ist instabil (zirkulärer Wechsel in der Rolle der Enteigneten). Im Zeitalter der modernen Massendemokratie erweist sich der Staat als ein Zwangsinstrument, mit dem die Gewinnerkoalition die Verliererkoalition (den Rest der Bürger) ohne Gewaltanwendung ausbeuten kann. Doktrinen, die behaupten, der Staat sei notwendig (für bindende Verträge usf.) oder er sei nützlich, erhöhen die Effizienz dieses Prozesses (Jasay 1997, p. 2).

Es gibt zwei Wege, den Prozess zu dezelerieren: von oben und von unten.

Von oben: die „Goldene Henne“ Version. Die Henne, welche die goldenen Eier legt, soll man nicht beschädigen oder vertreiben. Der schwedische, sozialdemokratische Finanzminister Gunnar Sträng nannte das Modell so. Er ermahnte seine Genossen, die Umverteilungspolitik nicht so weit zu treiben, dass die Großindustrien das Land verlassen. Auch bei dieser Fassung bleibt die Grundidee intakt: ein Teil der Gesellschaft nutzt die prozedurale Kollektiventscheidungsmethode dazu, Einkommen und Vermögen auf Kosten eines anderen Teils zu erzielen (rent seeking). Ein Teil der Gesellschaft (vom Bürokraten bis zum Sozialhilfeempfänger) parasitiert am produktiven Teil der Gesellschaft. Eine PR-Etikette für dieses System ist „Soziale Marktwirtschaft“: die Wirtschaft soll das Nationaleinkommen erwirtschaften, der Staat umverteilt es dann im Sinne einer von ihm erkann-

ten „höheren Moral“. Das bringt bestenfalls eine Verzögerung des Niedergangs.⁵

Dezelerieren von unten. Wenn der Bürger sich ausgebeutet fühlt greift er zu Verteidigungsmaßnahmen: Er transferiert seine Firma in mehr hospitable Länder, transferiert sein Kapital, oder schließlich auch sein Humankapital – er emigriert. Wenn er im Lande bleibt, hat er zwei Optionen: er reduziert seinen Arbeitseinsatz oder er wandert ab in die „Parallelökonomie“, in die so genannte Schattenwirtschaft. Diese Vorgänge zeigen, dass Entscheidungen, die zwar prozedural korrekt zustande gekommen sind, aber den realen Machtverhältnissen nicht entsprechen, sehr wohl in den Ring gerufen, herausgefordert werden können. Die Methode, die Jasay „natürliche“ Methode genannt hat, taucht dann aus der Versenkung auf. Die tatsächlichen Machtverhältnisse machen sich geltend, wengleich offiziell die majoritäre Demokratie eine Alleinherrschaft ausübt. Das zeigt gleichzeitig auch die Grenzen der „Volkswillen-Souveränität“ (popular sovereignty).

Will man die demokratische Methode der Kollektiventscheidung behalten und verbessern, dann müsste zuerst die Heilige Kuh des unqualifizierten Wahlrechts geschlachtet werden. Wenn man meint, der Staat sei unentbehrlich, dann müsste man versuchen herauszufinden, für welche Art von Fragestellungen welche Art von Gleichheitsaxiomen adäquat sind. Nur bei reinen Bewertungen – eigentlich der Wahl eines Lebensstils – könnte man ein „breites“ Wahlrecht einräumen. Allerdings würde m. E. dann anstelle des arbiträr festgesetzten Mindestalters eine gewisse Lebenserfahrung zu fordern sein. Die Besteuerung an der Quelle dient vor allem der Camouflage. An ihrer Stelle sollte der Steuerzahler selbst seine Zahlung an den Staat entrichten. Und als Mindest-Lebenserfahrung sei zu fordern, ein paar Jahre Steuer gezahlt zu haben und zwar von einem Einkommen, das nicht aus politischer Tätigkeit verdient wurde.

Abschließend möchte ich es nicht unterlassen, auf die kürzlich erschienene deutsche Übersetzung von Hans-Hermann Hoppe's ausgezeichnetem Demokratiebuch – H.-H. Hoppe, ed.: *Demokratie. Der Gott, der keiner ist*. Leipzig: Manuscriptum 2003 – und auf die Aufklärungsbücher von Roland Baader im Resch-Verlag (zuletzt *Totgedacht. Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören.*) hinzuweisen.

⁵ Ludwig von Mises nannte sie die jüngste Version des Interventionismus: 3. erw. Aufl. von ‚Human Action‘, p. 723.

³ Die rein repräsentative Demokratie erlaubt es den Parteien, die Res Publica zu durchtränken, zu verunreinigen, wie ein undichter Öltank das unter ihm liegende Erdreich. Österreich und die BRD sind Vorzeigebeispiele, wie der Staat zur Beute der Parteien werden kann, vom Parteienstaat. Politik wird institutionalisierter Kuhhandel.

⁴ Man denke an die hochpolitischen Urteile des Bundesverfassungsgerichts in der rechtlichen Frage der Rückgabe von Eigentum an die so genannten Alteigentümer (z.B. Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 23.11.2000) Allerdings wird hier von einem offen politisierten Gericht versucht, den Schein zu bewahren, so zu tun als ob es ein rechtlicher Vorgang wäre.

US-Wahlkampf



Flip-Flop-Kerry und die Irrwege des Neo-Protektionismus

von Guido Hülsmann

Die Große Depression der frühen 30er Jahre wird vornehmlich mit dem „Schwarzen Freitag“ des Oktober 1929 in Verbindung gebracht, an dem die New Yorker Börse seinerzeit ihren ersten großen Einbruch erlitt. Aber dieser Einbruch hätte nicht eine langjährige Krise der Weltwirtschaft hervorrufen können. Der eigentliche Auslöser der Depression war die Handelspolitik der Vereinigten Staaten. Im Juni 1930 wurde der Hawley-Smoot Tariff Act verabschiedet, mit dem die höchsten Einfuhrzölle in der Geschichte der USA in Kraft traten. Die anderen Staaten erhöhten daraufhin ebenfalls die Zölle und brachen damit dem Welthandel endgültig das Genick. Der Westen stürzte in einen langen ökonomischen und politischen Winter. Überall wuchs der Staat auf Kosten der Gesellschaft – in Deutschland wurde er sogar totalitär.

Krise der Weltwirtschaft

Heute besteht die Gefahr, dass der gleiche Fehler wiederholt wird – mit ähnlichen oder vielleicht sogar schlimmeren Folgen. Wie in den späten 20er Jahren befindet sich die heutige Weltwirtschaft in einer Kri-

se, die durch eine inflationäre Währungspolitik hervorgerufen wurde. Und heute genau wie damals will kein Politiker an die Währungspolitik rühren. Die expansive Geldpolitik soll munter weiter gehen, da der Staat ja zu den wichtigsten Nutznießern dieser Expansion gehört. Stattdessen machen heute einflussreiche Kreise – genau wie in den frühen 30er Jahren – den freien Welthandel zum Sündenbock. Aber diese Diagnose ist falsch, und die aus ihr abgeleiteten politischen Empfehlungen würden katastrophale Folgen zeitigen.

Expansive Geldpolitik

Seit dem Zusammenbruch der Börsenkurse im Frühjahr 2001 hat die amerikanische Zentralbank versucht, mit expansiver Geldpolitik einen neuen Aufschwung in Gang zu setzen. Allen nüchternen Beobachtern ist heute klar, dass dabei im Ergebnis nur eine künstliche „Blase“ der Börsenkurse herauskam. Mit anderen Worten: Es wurde viel Geld in den Sand gesetzt, aber der viel beschworene Wirtschaftsaufschwung will einfach nicht kommen. Anfang März 2004 kamen neue Hiobsbotschaften vom Arbeits-

markt: nur 21.000 neue Stellen, statt der erhofften 200.000. Für viele Beobachter liegen nun die Ursachen dieser Lage in der Handelspolitik. Sie weisen darauf hin, dass die amerikanischen Konsumenten seit Jahren schon immer mehr ausländische (vor allem chinesische) Produkte kaufen und dass die chinesischen Unternehmen jetzt auch auf den Märkten für Produktionsgüter nachziehen. Immer mehr amerikanische Firmen verlegen mehr oder minder große Teile ihrer Produktion ins Ausland („Offshore-Outsourcing“). Die Folge sei vermehrte Arbeitslosigkeit und Verarmung unter den Amerikanern.

Ruf nach Schutzmaßnahmen

Als besonders skandalös wird der Bezug ausländischer Dienstleistungen empfunden. Dramatische Kostensenkungen in der Telekommunikation machen es zum Beispiel möglich, dass amerikanische Unternehmen indische Telefonisten beschäftigen – natürlich zu einem Bruchteil des Lohnes, den sie in den USA zu bezahlen hätten. Banken, Versicherungen und viele andere Anbieter machen davon zunehmend Gebrauch. Der Freihandel scheint also nicht nur die einfa-

chen Leute im Blaumann zu bedrohen, sondern auch die feinen Leute, die mit Telefon und Computer arbeiten. Seit Monaten mehrten sich daher die Stimmen, die nach politischen Schutzmaßnahmen rufen. Präsident Bush machte sich im vergangenen Jahr daran, die Stahlzölle zu erhöhen, ließ aber schließlich davon ab. Doch im Wahljahr 2004 könnte sich das Blatt wenden. Sein Konkurrent Kerry hat bereits öffentlich das Outsourcing als „unpatriotische Praxis“ gegeißelt; im Falle seiner Wahl will er alle Handelsverträge im Lichte amerikanischer Umwelt- und Arbeitsnormen revidieren.



Mehr Schein als Sein? Kerry im Wahlkampf

Patriotismus-Debatte

Während die Patriotismus-Debatte in Deutschland gerade startet, ist sie in den USA bereits in vollem Gange – mit Konsequenzen. „Der US-Senat hat bereits ein Gesetz verabschiedet, das die Vergabe von IT-Aufträgen ins Ausland erschwert. Mehr als ein Dutzend US-Bundesstaaten erwägen ähnliche Initiativen. Und Kerry hat Ende 2003 ein Offshore-Gesetz eingebracht“, berichtet die *Financial Times Deutschland*. Vor allem die von Mitgliederschwund bedrohten amerikanischen Gewerkschaften witterten eine Chance, sich über das Thema zu profilieren. „Diverse Arbeitnehmervertretungen initiierten im vergangenen Jahr Postkarten- und E-Mail-Kampagnen, die sich an die US-Kongressabgeordneten richteten. Anders als bei der Verlagerung von Produktionsarbeitsplätzen ins Ausland rechneten sie sich mehr Resonanz bei den Volksvertretern aus. Denn die Bedrohung erstreckt sich nun auf Mittelschicht-Jobs; sie trifft jene Bevölkerungsgruppe, aus der die meisten Abgeordneten stammen. Die Proteste zeigen mittlerweile Wirkung. Im November kündigte der Gouverneur des Bundesstaats Indiana einen 15,2 Milliarden Dollar schweren Vertrag mit einer indischen Firma. Den Zuschlag bekam ein

einheimischer Anbieter“, schreibt die *FTD*. Aktuelle Gesetzesinitiativen sehen vor, dass die öffentliche Hand nur eingeschränkt Aufträge an Firmen in Niedriglohnländern vergeben dürfen. Nach Kerrys Vorstellungen sollen sogar Call Center-Agenten bei jedem Kundenkontakt via Telefon oder E-Mail erklären müssen, in welchem Land sie stationiert sind. Damit werde, so glaubt er, „ein großer Schritt getan, amerikanische Jobs zu erhalten“. Für den Wirtschaftswissenschaftler Robert Barro von der Harvard Universität gehen Kerrys Vorstellungen in die völlig falsche Richtung. „Die Verlagerung von Arbeitsplätzen ist eine Form internationalen Handels, diesmal in Form von Diensten. Der Angriff auf das Outsourcing ist nichts anderes als Protektionismus in neuem Gewand“, kritisiert Barro. Auch die Aufnahme von amerikanischen Arbeits- und Umweltnormen in Handelsabkommen wäre eine Form des Protektionismus. „Es ist doch ganz offensichtlich, dass sich einer der größten Vorteile aus dem Handel vor allem mit ärmeren Ländern aus den niedrigeren Lohnkosten dort ergibt“, so Barro.

Protektionismus

Den Befürwortern des Freihandels ist es zu verdanken, dass Präsident Bush im letzten Jahr von der Erhöhung der Stahlzölle abließ. Sie weisen darauf hin, dass die freie internationale Zusammenarbeit – auch im Bereich der Dienstleistungen – für alle beteiligten Nationen große Vorteile bringt. Und sie haben Kerry bereits als Heuchler entlarvt, der seine Wahlkampagne mit Hilfe kanadischer Telefonisten und ausländischer Praktikanten betreibt. Die Polit-Strategen im Lager der Republikaner sprechen schon vom Flip-Flop-Kandidaten, bei dem Schein und Sein weit auseinander klaffen.

Zyniker werden hier eine Konstante der amerikanischen Politik sehen. Während des gesamten zwanzigsten Jahrhunderts haben amerikanische Politiker den freien Markt gepredigt, aber dann doch immer wieder dem Protektionismus gefrönt, wenn dies im Interesse der tonangebenden Gruppen zu sein schien. Aber der grundsätzliche Einwand reicht sehr viel weiter und tiefer. Der Protektionismus ist nicht allein deshalb verwerflich, weil er die traditionelle Heuchlerei amerikanischer Handelspolitiker entlarvt; er ist verwerflich, weil er den Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit entgegensteht.

Heuchelei

Das ist ganz offensichtlich der Fall, wenn man das Problem vom globalen Standpunkt der Weltbevölkerung betrachtet. Protektionismus in einem Land bedeutet immer auch Einkommensverluste in anderen Ländern. Der Protektionismus der westlichen Länder, vor allem im Bereich landwirtschaftlicher Produkte ist sicherlich das größte Hemmnis für die Entwicklung der Dritten Welt. Wir in Europa sehen uns ja gerne als die humanen Förderer der armen Länder. In Wirklichkeit jedoch steht die europäische Heuchelei der amerikanischen nicht nach. Wir verteilen ein paar milde Gaben an ausländische Regierungen („Entwicklungshilfe“), aber die Arbeitsfrüchte ausländischer Bauern haben bei uns Hausverbot, weil ja sonst unsere Bauern vom Land in die Städte ziehen müssten und dort die Löhne der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter drücken würden. Die Folge: statt afrikanischer und asiatischer Waren strömen uns nun afrikanische und asiatische Menschen zu. Das vorläufige Zwischenergebnis unserer Handelspolitik ist die gewaltigste Wanderungsbewegung der letzten 1500 Jahre; und es steht zu befürchten, dass am Ende der Bürgerkrieg steht.

Neue Börsenblase

Auch vom engen Standpunkt der eigenen nationalen Interessen ist und bleibt der Protektionismus ein Irrweg. Er kann allenfalls sehr kurzfristige Vorteile für einige tonangebende Gruppen wie z.B. Gewerkschaften und Politiker bringen. Den Kapitalabfluss und die damit einhergehende Ausgleichung der Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt kann er letztlich doch nicht verhindern.

Niemand wird behaupten wollen, dass mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung alles zum Besten bestellt ist. Aber ihre strukturellen Mängel liegen eben nicht im Handel – der freie Handel operiert immer und überall zum Vorteil der breiten Masse. Jene Mängel liegen vielmehr im Bereich der Währungspolitik. Hier gilt es, das Übel an der Wurzel zu packen. Die neuerlich heraufziehende Börsenblase zeigt überdeutlich, dass eine gesunde Wirtschaft ein gesundes Geld verlangt, d.h. ein Geld, das nicht von Politikern manipuliert werden kann. Das ist insbesondere bei Silber und Gold der Fall, deren monetärer Gebrauch bei uns seit vielen Jahren schon vom Gesetzgeber behindert wird.



Die Feinde der offenen Gesellschaft und ihre Bildungslücke

Der schwedische Wissenschaftler Johan Norberg kritisiert im Gespräch mit criticón die Anti-Globalisten



criticón: Herr Norberg, welche Reaktionen haben Sie hier in Schweden, nach der Veröffentlichung Ihres Buches ‚Das Kapitalistische Manifest‘ erfahren? Schweden galt ja lange als das „sozialdemokratischste“ Land der Welt.

Johan Norberg: Es gab schon heftige Kritik vom linken Flügel der hiesigen Sozialdemokraten. Allerdings möchte ich betonen, dass Schweden historisch betrachtet ein sehr internationales Land ist, ein kleiner Markt, der vom Import und Export abhängig ist. Deswegen gab es auch viele positive Besprechungen und Reaktionen nach der Veröffentlichung des Buches, sogar aus dem linken Spektrum. Mein Buch erschien ja zu einem Zeitpunkt, als die Anti-Globalisierungsbewegung diese Thematik dominierte und möglicherweise wurde mein Buch als eine Art Balance, als ein Ausgleich in dieser Debatte betrachtet.

Wurde im Ausland grundlegend anders auf Ihr Buch reagiert als beispielsweise in Schweden?

Nein eigentlich nicht, grundsätzlich gab es die gleiche Art von Kritik und Zustimmung.

Als Gymnasiast waren Sie überzeugter Anarchist. Welche Gemeinsamkeiten und Schnittpunkte gibt es zwischen dem Anarchismus und dem Liberalismus? Existieren gemeinsame Grundsätze zwischen beiden politischen Theorien?

Ja sicher, es existieren eine Menge Gemeinsamkeiten zwischen beiden politischen Theorien. Der Kampf für individuelle Freiheit und auch der Kampf gegen die Zentralisierung von politischer Macht sind in beiden Weltanschauungen zu finden. Für mich persönlich hat sich diesbezüglich nichts an meiner politischen Überzeugung verändert. Nur meine Einstellung zur Frage, wie man diese Ziele erreichen und erhalten kann. Zum Beispiel halte ich die Globalisierung und internationale Konkurrenz für absolut notwendig, um Machtkonzentrationen und Monopolbildungen, egal in welchem Bereich, zu begrenzen. Meine Einstellung zur Regierung hat sich ebenfalls verändert. Ich denke heute nicht mehr, dass wir Freiheit durch die Beseitigung des Staates erreichen werden, sondern eher durch Transparenz der Verwaltung und indem wir die Regierung einer permanenten Kontrolle unterwerfen. Alles in allem habe ich immer noch die gleiche Vision einer freien Welt ohne Grenzen, wie zu meinen anarchistischen Zeiten. Wir benötigen allerdings

andere Institutionen, um diese Ziele zu erreichen.

Welche Institutionen?

Kleine Regierungen und ein funktionstüchtiges Rechtssystem sind Grundvoraussetzungen, um die persönliche Freiheit zu erhalten. Daran krankten viele Entwicklungsländer und machen es dort fast unmöglich, menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen.

Wie würden Sie sich heute politisch definieren. Als ein Liberaler im klassischen Sinne, als libertär oder möglicherweise als anarcho-libertär?

Ich denke als liberal im klassischen, europäischen Sinne. Als ein Adam Smith-Liberaler, dieses dürfte wohl am ehesten zu treffen.

Wer hat Ihr politisches Denken stärker beeinflusst? Der österreichische Philosoph Karl Popper oder der ebenfalls aus Österreich stammende Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek?

Beide waren für mich sehr wichtig und beide haben mir ein großes Wissen vermittelt, allerdings auf verschiedenen Gebieten. Popper mehr im Politischen und Hayek

im Wirtschaftlichen. Ich denke, beide haben im Endeffekt dieselbe Analyse, die mich sehr beeindruckt und mein politisches Denken geprägt hat. Man sollte nicht davon ausgehen, dass Menschen von Natur aus vernünftige und großzügige Individuen sind.

Momentan ist weltweit der Aufstieg der Anti-Globalisierungsbewegung zu beobachten, eine Bewegung, die höchst unterschiedliche Akteure vereint und möglicherweise immer stärker wird. Sind Sie persönlich über diese Entwicklung beunruhigt?

Man sollte diese Entwicklung gut im Auge behalten. Ja ich bin besorgt. Sicherlich könnte man einwenden, es gäbe wichtigere Erscheinungen, die politisches Handeln beeinflussen als diese Anti-Globalisierungsbewegung. Politische Ideen sind sehr wichtig, das sollten wir als Lektion aus der Geschichte gelernt haben. Würde man nicht dauerhaft beobachten, was weltweit passiert, könnte man plötzlich mit der Tatsache konfrontiert werden, dass eine ganze Generation politische Ideen vertritt, welche im krassen Gegensatz zu dem stehen, was ich als wünschenswert für die Welt betrachte. So war es ja auch bei der Studentenrevolte der 68er Bewegung. Ein Ereignis, welches das politische Denken unserer Politiker bis zum heutigen Tage stark geprägt hat, nachdem sie Ihren langen Marsch durch die Institutionen angetreten haben. Ähnliches kann sich natürlich wiederholen.

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum es so schwierig erscheint Ihre politischen Ideen, also die Ideale von individueller Freiheit im Verbund mit freien Märkten, populär zu machen?

Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Einer der Gründe, warum ich persönlich früher der Globalisierung und dem Big Business skeptisch gegenüberstand, basierte auf einer Bildungslücke über historische Prozesse – speziell über langfristige historische Entwicklungen. Die Menschheit ist im Allgemeinen eher schwach darin aus der Geschichte zu lernen und die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Deshalb wissen wir es ja auch nicht zu schätzen, wo wir stehen, was wir an Positivem erreicht haben und vor allem, durch welche Entwicklungen wir dahin gekommen sind. Noch vor 100 Jahren waren fast alle Länder der Welt das, was wir heute Entwicklungsländer nennen würden. In Schweden gehörten Armut, Analphabetismus und Unwissenheit zum Alltag der breiten Bevölkerung. In einem Prozess der kreativen Zerstörung lernten wir unser Leben effizienter zu gestalten. Menschen verließen das Land

und hinterfragten die alten Lebensstile. Kurzfristig kam es dadurch zu Arbeitslosigkeit, aber langfristig verbesserte sich das Leben und die Gesellschaft wurde zu der, in der wir heute leben. Rückblickend sind wir also in der Lage, diese Prozesse zu verstehen und zu analysieren. Oberflächlich betrachtet allerdings nicht. Heute haben wir es uns zur Angewohnheit gemacht, die Schattenseiten der Globalisierung wahrzunehmen, ohne den Gesamtzusammenhang zu erkennen. Man kommt zu dem Entschluss, die Welt krankt an zuviel Globalisierung. Allerdings ist das Gegenteil richtig. Insbesondere in unseren ausgeprägten Mediengesellschaften werden die Menschen mit Bildern und individuellen Geschichten überflutet, die keine langfristige Perspektive vermitteln und somit ein falsches Bewusstsein erzeugen. Deshalb ist es auch so schwierig den Kapitalismus zu unterstützen und ihn als liebenswert zu betrachten.

Betrachten Sie die Antiglobalisierungsbewegung als einen Feind der „offenen Gesellschaft“ im Sinne von Karl Popper?

Man sollte diese Bewegung nicht als eine homogene Einheit betrachten. Es gibt Menschen in dieser Bewegung, mit denen ich durchaus sympathisiere. Aber die Grundsätze, die Gesamtausrichtung der Anti-Globalisten, halte ich für gefährlich. Auf zwei verschiedene Arten handelt es sich bei Ihnen um "Feinde der offenen Gesellschaft". Zu aller erst herrscht bei diesen Menschen nicht das Bewusstsein vor, dass ihre politischen Visionen gefährlich sind und dass kollektive Mächte einen Nachteil für die Menschheit darstellen. Stattdessen dominieren extrem utopische Vorstellungen, nach dem Motto, wenn wir erst die Macht in den Händen halten, wird sich alles zum Guten wenden. Andererseits haben diese Leute auch kein Verständnis für die Vorzüge offener Gesellschaften und die Vorteile von freien Märkten. Sie lehnen Gesellschaften ab, in denen es eine Konkurrenz von Ideen gibt, die von außerhalb kommen. Die Argumentation dieser Bewegung ist monokausal und es dominieren simple schwarz-weiße Bilder, wenn auch intellektuell verpackt.

Was denken Sie eigentlich über die schwedische Gesellschaft. Sind Sie mehr oder weniger zufrieden mit der sozialdemokratischen Regierung oder neigen Sie eher zu Frustration und haben schon mal an Emigration gedacht?

Sicherlich bin ich manchmal frustriert. Aber das Schweden von heute ist ja auch eine widersprüchliche Gesellschaft. In den vergangenen 15 Jahren hat es schon be-

merkenswerte Fortschritte gegeben. Nur wenige westliche Länder haben Ihre Wirtschaftspolitik im gleichen Maße liberalisiert wie die schwedischen Sozialdemokraten und die schwedische Politik. Das ist ein großer Unterschied zu Deutschland. Deshalb geht es uns momentan im Vergleich zu anderen europäischen Gesellschaften recht gut. Allerdings halte ich diesen ökonomischen Glanz für nicht sehr stabil. Es wurde versäumt etwas gegen den ausufernden öffentlichen Sektor und gegen die hohe Besteuerung zu unternehmen. Die Steuergelder werden vom öffentlichen Sektor verschlungen, anstatt damit die notwendigen Reformen durchzuführen. Das Wohlfahrtsystem, der Sozialstaat, hat den Menschen jahrzehntelang eingetrichtert, nicht auf eigenen Beinen stehen zu können. Deshalb sind die Schweden im Speziellen und die Europäer im Allgemeinen auf eine Art abhängig geworden von eben diesem Wohlfahrtsstaat. Daher bin ich auch etwas pessimistisch über das öffentliche Bewusstsein hier in Europa. Wenn wir etwas verändern wollen, schauen wir zuerst auf den Staat, die einzige Institution von der wir etwas erwarten. Das betrachte ich nicht als Grundlage für eine gesunde Gesellschaft. Ans Auswandern habe ich aber noch nicht gedacht.



Johan Norberg

Der 1973 geborene Historiker ist Mitarbeiter von Timbro, einer liberalen Denkfabrik in Stockholm. Durch sein Buch ‚In Defence of global Capitalism/Das kapitalistische Manifest‘ wurde Norberg international bekannt.

Im vergangenen Jahr wurde er mit der Hayek-Medaille ausgezeichnet.

Das Gespräch führte Ramon Schack

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservative Zeitung für Unabhängigkeit,
Föderalismus und Freiheit

**... weil demokratische Machtteilung,
Selbstverantwortung und die Souveränität
des Volkes**

**nicht aber internationaler
Zentralismus**

**Frieden, Freiheit und Demokratie
gewährleisten.**

Ich möchte die «Schweizerzeit» während 2 Monaten gratis
kennen lernen und erhalte deshalb die nächsten 5 Ausgaben
unverbindlich zur Ansicht.

Ich möchte die 34 mal erscheinende «Schweizerzeit»
abonnieren. Kosten für ein Jahresabonnement:
Euro 50.- / CHF 60.--.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/ Nr. _____

PLZ / Ort: _____

«Schweizerzeit», Postfach 23, CH-8416 Flaach

Telefon +41 052 301 31 00

Fax +41 052 301 31 03

E-Mail abonnement@schweizerzeit.ch

Internet: <http://www.schweizerzeit.ch>

«Schweizerzeit»:

**... damit das
gesagt wird,
was nicht
ungesagt bleiben darf.**

EccE!

Blick

auf die Zeit



In den vergangenen Monaten mischte sich in die Dauerdebatte über die so genannten „Reformen“ in Sachen Renten, Steuern und Gesundheit ein thematischer Doppeldecker, in dem die türkischen Mitbürger oder solche, die es werden sollen, eine zentrale Rolle spielen. Es ging und geht um die zwei Fragen, ob nach der Osterweiterung im Mai dieses Jahres die Europäische Union sich mit der Türkei auch nach Asien ausdehnen soll, und wie im Zuge dessen die weibliche Kleiderordnung – etwa 75 Prozent der deutschen Muslime sind Türken – zu verstehen ist.

Um der üblichen Verdächtigung als „Christenclub“ zu entgehen, setzten sich die Atheisten der Bundesregierung so vehement für ein EU-Mitglied Türkei ein, dass sich die CDU/CSU mit einer konträren Position einmal wieder als Opposition profilieren wollte. Vertreten durch die Frau Angela Merkel, handelte man sich allerdings mit dem Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“ bei den regierenden Männern in Ankara eine prompte Abfuhr ein. Mit Rückenwind aus den USA wollen sie die Mitgliedschaft mit Potenzial zur Führerschaft, weil innerhalb eines vergeisenden Europa die Türken zum vorgesehenen Termin im 2013 den mit Abstand stärksten demographischen und militärischen Faktor bilden werden.

Noch tiefere Gräben wurden bei der geschlechterspezifischen Uniformierung – Stichwort Kopftuch – sichtbar, bei der es sich offenbar um eine überpolitische Angelegenheit handelt. Hier scheinen sich völlig neue Allianzen zu bilden, die allmählich auch die MultikulturalistInnen an der Rot/Grün-Front zu erfassen beginnen. Auslöser war eine islamische Lehrerin, die auf Zulassung zum öffentlichen Dienst mit Kopftuch klagte und das Bundesverfassungsgericht in Verlegenheit brachte: Man wies die Länder an, die Sache auf Gesetzesbasis zu klären.

Wie der Sprecher des Mehrheitsvotums dieser „Entscheidung“, BVG-Vizepräsident Hassemer, Anfang Februar in einem Vortrag vor hessischen Juristen in Wiesbaden erläuterte, soll sich eine breite Öffentlichkeit an der Diskussion des Kopftuchthemas zwar beteiligen, dabei allerdings, diffamiert durch die Gewalt der Kreuzzügler, ihre Toleranz hinsichtlich des Islam nicht relativieren dürfen. Der Verfassungsjurist nahm also weder die Säkularisierung Europas, noch die dominante Rolle des islamischen Rechtswesens (Scharia) zur Kenntnis, das sich religiös legitimiert und einen klar antidemokratischen Geltungsanspruch erhebt.

Wer indessen nicht nur Regierung und Rechtsprechung, sondern auch EU-Spitzen beim Wort nahm, konnte sich beruhigt zurücklehnen, da in ihrer Wahrnehmung die Türkei schon immer zu Europa gehörte, die Osmanen toleranter als die Europäer waren und ihre Nachfahren Europa vor dem Ansturm des arabischen Terrorismus schützen werden. Auch der Europa-Abgeordnete Özdemir, der bis vor kurzem nicht wusste, dass es in Deutschland eine Steuerpflicht gibt, gab sich als Historiker und plädierte für den Beitritt, weil die Seldjucken, die türkische Kalifensoldateska des 11. und 12. Jahrhunderts, „Vorläufer der Säkularisierung“ gewesen seien.

Aus derlei Perspektiven massierter Inkompetenz muss die Verhüllung der islamischen Frau als „Zeichen der Religionsfreiheit“ erscheinen. Hier kann weder eine Rolle spielen, dass der Islam selbst keine Religionsfreiheit kennt, noch dass die Verhüllung primäre Voraussetzung für die zweitklassige, vom Mann kontrollierte weibliche Existenz ist. Erst verhüllt, im Westen mit der Mindestversion des Kopftuchs bedeckt, darf sie in den öffentlichen Bereich vordringen. Im bekenntnisfreien Staat bestätigt dieses „Stück Stoff“ nicht nur das religiöse Bekenntnis und die politi-

sche Abwertung der Frau; es etabliert vor allem auch ihre islamrechtlich verankerte, sexuelle Verfügbarkeit als Besitz des Mannes und damit die Ungleichheit der Geschlechter in der „demokratischen Praxis“.

Über Jahre sind die deutschen „Verantwortlichen“ den Forderungen der Muslime so einseitig nachgekommen, dass deren Vertreter inzwischen aus demokratiefeindlichen Islamisten bestehen. Mit dem Diktat ungeprüfter „Toleranz“ pressen beide dem Rechtsstaat immer weiter reichende Zugeständnisse ab, wobei sie mit Moscheebau, Muezzinruf, Islamunterricht etc. die Freiheitsrechte der Mehrheitsgesellschaft zunehmend einschränken.

Was bedeutet es, wenn man in den Schulen Rücksicht auf „islamische Pflichten“ wie Absenz der Mädchen von „islamwidrigem Unterricht“ nimmt, während die türkischen Eltern fordern, die geltende Schulpflicht durchzusetzen? Wie kommt es, dass deutsche Richter muslimischen Straftätern „kulturbedingte“, d.h. mildernde Umstände einräumen und einer ihrer Kollegen einen Kurden trotz Lebensgefahr abschob, weil er die Folter zum „Kulturgut der Türkei“ zählte?

Kann es sein, dass der islamistische Druck die schweigende Mehrheit der Türken zu besseren Demokraten macht, als es den deutschen „Eliten“ genehm ist? Zur Rettung einer Restdemokratie, nicht zur Wiederwahl ihrer Politiker, sollen daher manche Beobachter bereits resigniert genug sein, den Türkeibeitritt – verhüllt oder unverhüllt – zu fordern. Sie haben noch nicht die Zweischneidigkeit des – noch verbalen – Schwertes erkannt, das Allahs Gesetz sowohl den „gemäßigten Islamisten“ in Ankara, als auch ihren Helfern in Europa in die Hand legt.



Was kostet uns der

Öko-Dogmatismus?

Wer die Ökologie mit einer Ersatzreligion verwechselt, gefährdet Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

von Edgar Gärtner

Eine Nachricht, die leicht im deutschen Reformstrudel untergeht, aber dennoch Symbolwert haben dürfte: Im Rheingau hat gerade mit dem Weingut Graf von Kanitz das letzte von einer Reihe bedeutender Weingüter, die sich dem ökologischen Weinbau verschrieben hatten, aufgegeben. Wegen des hohen Arbeitsaufwandes bei der Bekämpfung hartnäckiger Schädlinge wie Mehltau und der ungünstigen Entwicklung der Absatzmärkte für vergleichsweise teure Öko-Produkte hatte sich die Öko-Methode nicht gerechnet. Denn in Zeiten knapper Kassen scheuen auch Weinkenner nicht den Gang zu ALDI, zumal selbst das *Öko-Test-Magazin* einige der dort angebotenen Tropfen mit Bestnoten bewertete. Schon Jahre zuvor waren die Hessischen Staatsdomänen, die einst vom damaligen Umweltminister Joschka Fischer in die Rolle von Vorreitern des ökologischen Weinbaus gedrängt worden waren, aus Kostengründen wieder zu herkömmlichen Methoden zurückgekehrt.

Zur ernüchternden Kostenbilanz kommt noch ein weiteres Problem: Der im Öko-Weinbau für die Mehltaubekämpfung einzig zugelassene Einsatz von Kupferverbindungen führt zur nachhaltigen Vergiftung des Bodens, da Kupfer im Unterschied zu moder-

nen synthetischen Präparaten nicht biologisch abbaubar ist. In den kupferbelasteten Böden machen sich zuerst die für die Fruchtbarkeit wichtigen Regenwürmer rar. Nach und nach verschwindet alles höhere Leben aus der Krume und am Ende muss der Boden komplett ausgetauscht werden, um überhaupt noch etwas darauf anbauen zu können. Der österreichische Landbauexperte Professor Heinrich Wohlmeyer, bis 2002 Präsident der Österreichischen Vereinigung für agrarwissenschaftliche Forschung (ÖVAF) und heute an der Universität für Bodenkultur in Wien tätig, mahnt die Öko-Winzer: „Entscheiden sie sich nicht bald für eine umweltschonende Alternative zum Kupfereinsatz gegen Mehltau, wobei auch die Gentechnik kein Tabu bleiben sollte, wird die gute Idee des ökologischen Weinbaus unwiderruflich Schaden nehmen.“ Doch obwohl es inzwischen in Versuchen bereits gelungen ist, Weinstöcke mithilfe der Gentechnik gegen Mehltau resistent zu machen, halten die Ökologischen Weinbauverbände an ihrer strikten Ablehnung der Gentechnik fest.

Hier zeigt sich, wie Dogmatismus dem begründeten Anliegen der Ökologie schaden kann. Würden ökologische Begriffe wie „Gleichgewicht“ oder „Kreislauf“ allzu wört-

lich genommen, warnt der Buch-Autor Josef H. Reichholf, Abteilungsleiter in der Zoologischen Staatssammlung und Professor für Naturschutz an der Technischen Universität München, dann komme es zum Overkill, weil man sich dann vom offenen Weltbild der Wissenschaft verabschiede und in der geschlossenen Welt einer Ideologie lande. Reichholf wörtlich: „Leider wird heute in der politischen Debatte nicht mehr zwischen Ökologie als Wissenschaft und dem Ökologismus als Ersatzreligion unterschieden. Das viel zitierte 'ökologische Gleichgewicht' ist wissenschaftlich nicht definierbar. Wer jede Veränderung der Natur durch die Menschen zur Störung einer paradiesischen Harmonie erklärt und darauf besteht, diese Sünde in Form eines Ablasshandels, eines Totalumbaus der Wirtschaft oder eines Verzichts auf neue Techniken zu sühnen, kann sich nicht auf die Naturwissenschaft berufen.“

Regenerative Energien und Arbeitsplatzverluste

Noch deutlicher als im Weinbau zeigen sich die schädlichen Konsequenzen des Öko-Dogmatismus in der Energiepolitik. Be-

sonders augenfällig ist das Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der Windenergienutzung (siehe *DMEURO* 9/2003). Seit kurzem machen sich die Zweifel am Segen der so genannten regenerativen Energien nicht mehr nur an der Unzuverlässigkeit der dem Naturschutz hohnsprechenden Windräder fest. Davon gibt es in Deutschland inzwischen schon über 15.000. Sie drehen sich allerdings im Schnitt nur zwei Stunden am Tag. Auch das von Bundesumweltminister Jürgen Trittin dafür ins Feld geführte Arbeitsplatzargument wackelt, seit das Bremer Energieinstitut aus einer Firmenbefragung geschlossen hat, dass der Bau von Wind- und Sonnenenergieanlagen tendenziell mehr Arbeitsplätze vernichtet als neu schafft. Zwar entstünden in der Windbranche rund 28.000 neue Arbeitsplätze, die mithilfe gesetzlich festgelegter hoher Einspeisevergütungen für Windstrom jährlich mit je 150.000 Euro (das heißt dreimal so hoch wie die Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau) subventioniert werden. Doch bewirkt die Umlage dieser Subventionen auf alle Energieverbraucher eine zusätzliche Belastung von durchschnittlich 1,5 Cent je Euro Umsatz, was vor allem in energieintensiven Wirtschaftszweigen zu massiven Arbeitsplatzverlusten führen müsse. Während ihres angenommenen 20-jährigen Betriebs vernichte eine einzige Windkraftanlage in Deutschland per saldo acht Arbeitsplätze. „Nimmt man das Investitionsvolumen des Jahres 2002, so führt dies über 20 Jahre zu einer Beschäftigungseinbuße von insgesamt 19.000 Personengängen“, heißt es in der Ende 2003 von Wolfgang Pfaffenberger, Khanh Nguyen und Jürgen Gabriel vorgelegten Studie (www.bei.uni-bremen.de).

Stromerzeugungs-Mix

Die Gesamtkosten des beschlossenen Ausstiegs aus der Kernenergie-Nutzung und der Ausweitung des Einsatzes erneuerbarer Energien lassen sich recht gut beziffern. Der Ingenieur Helmut Alt, in Düren zuständig für die Geschäftskunden der RWE Rhein-Ruhr AG und Professor an der Fachhochschule Aachen, rechnet vor: Beim derzeitigen deutschen Stromerzeugungs-Mix belaufen sich die Produktionskosten für Strom in Deutschland auf insgesamt etwa 15 Milliarden Euro. Bei dem im Atomausstieg-Kompromiss und in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie programmierten zukünftigen Mix ergäben sich bei konstanten Preisen Produktionskosten von 45 Mrd. Euro, das heißt glatt das Dreifache. Auf Seiten der Privathaushalte, die derzeit bei einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von etwa 4.000 Kilowattstunden (kWh) 17 c/kWh

bezahlen, dürfte der Preissprung ähnlich ausfallen. Privathaushalte werden also in Zukunft höchstwahrscheinlich über 50 Eurocent je Kilowattstunde zahlen müssen.

Mögliche technische Fortschritte bei der Gewinnung von Wind- und Solarstrom dürften daran nicht viel ändern, zumal die Stromerzeugung durch die schon projektierten 30 Offshore-Windparks voraussichtlich deutlich teurer werden wird als die zur Zeit durch das Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) garantierte Einspeisevergütung von 9,1 Eurocent je Kilowattstunde. Auch Strom aus Gaskraftwerken dürfte deutlich teurer werden, weil es in Deutschland kaum Erdgas gibt, während die ausländischen Gasvorkommen sich in der Hand weniger Anbieter (vor allem Russlands) befinden und weil aufgrund weltweit steigender Nachfrage (sowie höchstwahrscheinlich auch politischer Einflüsse) mit einem starken Anstieg des Gaspreises gerechnet werden muss.

Explodierende Strom- und Gaspreise

Dennoch drängte Jürgen Trittin im Gerangel um die Ausgestaltung des Nationalen Allokationsplanes (NAP) für den europäischen Handel mit Treibhausgasemissionslizenzen auf eine Bevorzugung von Gaskraftwerken, indem er die Zuteilung der Zertifikate an Kraftwerke vom Kohlenstoffgehalt ihres Brennstoffs abhängig machen wollte (www.bmu.de). Damit wollte er die Übertragung von Zertifikaten von Kohle- auf Gaskraftwerke anregen. Energiekonzerne, die stillgelegte Kohlekraftwerke durch Gaskraftwerke ersetzen, sollten die einmal zugeteilten Emissionsrechte versteigern können, um damit die neuen Kraftwerke zu finanzieren. Dadurch würde die Braunkohle, Deutschlands preisgünstigster und langfristig verlässlichster heimischer Brennstoff, mittelfristig ganz vom Markt verdrängt. Und die Stromrechnungen für Unternehmen und Privathaushalte dürften noch höher als von Professor Alt geschätzt ausfallen. Alt warnt: „Wenn Herr Trittin mit seinen Plänen durchkommt, werden in Deutschland keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut. Stromintensive Industrien werden ins Ausland gehen und die deutschen Privathaushalte werden sich auf explodierende Strom- und Gaspreise einstellen müssen.“

Begründet wird die von Trittin und seinen Verbündeten in der Berliner Regierung bewusst herbeigeführte Verteuerung der Le-

benshaltung mit der Notwendigkeit des Klimaschutzes. Dazu Jürgen Trittin: „Wir müssen den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich vermindern. Deutschland ist hier ein Vorreiter. Ein Kernelement ist der massive Ausbau erneuerbarer Energien.“ Unter dem parteilosen Werner Müller hatte das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) die Kosten der Ende 1997 in Kioto von der deutschen Bundesregierung übernommenen Verpflichtung zur Reduktion der „Treibhausgase“ Kohlendioxid, Methan, Lachgas usw. bis zum Jahre 2020 auf insgesamt nicht weniger als 250 Milliarden Euro geschätzt. Inzwischen hat die zweite rot-grüne Bundesregierung verkündet, sie werde an der Kioto-Zusage auch dann festhalten, wenn das Kioto-Protokoll, wie nun absehbar, gar nicht in Kraft treten sollte.



Aus Kostengründen kehren Öko-Winzer zu herkömmlichen Methoden zurück

Klimawandel

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingesetzte Sachverständigenkreis „Globale Umweltaspekte“, dem nicht nur bekannte Klimaforscher wie Guy Brasseur (Hamburg), Martin Claussen (Potsdam) und Jörn Thiede (Bremerhaven), sondern mit dem Volkswirtschaftler Gunter Stephan (Bern) und dem Soziologen Peter Weingart (Bielefeld) auch Sozialwissenschaftler angehörten, beklagt demgegenüber in seiner Ende 2003 vorgelegten Studie „Herausforderung Klimawandel“ (www.bmbf.de), Politik und Medien hätten sich in den letzten Jahren darauf versteift, im Klimawandel etwas Böses zu sehen, das es zu verhindern gelte – koste es, was es wolle. Doch es sei unmöglich, den Klimawandel aufzuhalten. Erst ab 2070 könnten die in Kioto vereinbarten Maßnahmen überhaupt die Durchschnittstemperatur beeinflussen. „Die bisherige pauschale Annahme, dass Klimaänderungen ‚negativ‘ zu sehen seien, sollte durch eine vorurteilsfreie

Sicht ersetzt werden, da es nicht um ‚gut‘ und ‚schlecht‘ geht, sondern darum, wie mit dem, was da kommt, rational umgegangen wird“, betonen die Wissenschaftler. Sie kritisieren damit in verklausulierter Form das Festhalten der Bundesregierung am Kioto-Prozess, denn es liegt auf der Hand, dass es für 250 Milliarden Euro nützlichere Verwendungsmöglichkeiten gäbe.

Die Kosten eines vermeintlich klimaschützenden Totalumbaus unserer Stromversorgung sind allerdings nur die sichtbare Spitze des Eisberges. Hinzu kommen versteckte „opportunity costs“ (entgangene Gewinn- und Wachstumschancen) in kaum bezifferbarer Größenordnung infolge der Hemmung, wenn nicht Vereitelung technischer Fortschritte durch Bedenkenräger, die sich auf die Ökologie berufen. So zum Beispiel die infolge der Ablehnung der „grünen“ Gentechnik verpassten volkswirtschaftlichen Wachstumsimpulse sowie Entlastungen der Umwelt und des Arbeitsmarktes.

Der amerikanische Star-Ökonom Lester Thurow, Professor am MIT in Boston (kein Bush-Anhänger), sieht in der „grünen“ Gentechnik den Beginn der „dritten industri-

ellen Revolution“. In seinem neuesten Buch über die Zukunft der Weltwirtschaft (zu Beginn dieses Jahres auf deutsch im Frankfurter Campus Verlag erschienen) wirft er den Europäern vor, aus Furcht vor der Entstehung von Monstern ein noch weniger kalkulierbares Risiko einzugehen: den Anschluss an die industrielle Entwicklung zu verlieren und sich am Ende dem Entwicklungsniveau Afrikas anzunähern.

Nach einer Studie des australischen Instituts für Agrar- und Ressourcenökonomie (ABARE) könnte die weltweite Nutzung der Agrarbiotechnologie das globale Bruttosozialprodukt bis zum Jahre 2015 um mehr als 300 Milliarden US-Dollar steigern. Laut ABARE reduziert das bislang geltende EU-Moratorium für den Anbau gentechnisch veränderter Nutzpflanzen den weltweiten BSP-Zugewinn bis 2015 um 27 Milliarden US-Dollar. Nach einer Studie des US-amerikanischen National Center for Food and Agricultural Policy (NCFAP) schmälert der Verzicht der EU auf biotechnisch verbesserte Nutzpflanzen das Einkommenspotenzial der EU-Landwirte um rund eine Milliarde Euro jährlich.

„Grüne“ Gentechnik

Die „grüne“ Gentechnik erscheint derzeit als der bei weitem aussichtsreichste Weg, auf Äckern und Weinbergen mit weniger Gift auszukommen. Das Beispiel Mehltau-resistenter Reben wurde bereits genannt. Bei der „grünen“ Gentechnik der zweiten und dritten Generation geht es nicht mehr nur, wie bislang, um Pflanzen, denen Resistenzgene gegen Unkrautvernichtungsmittel, Insekten, Pilze und andere Schädlinge eingebaut wurden. Schon in naher Zukunft soll es auch Pflanzen geben, die als umweltschonende „grüne Fabriken“ für Medikamente, Fasern, Kunststoffe, Fette und Öle dienen. Auch an der Vermittlung von Resistenzen gegen Trockenheit, Hitze oder Kälte wird gearbeitet. Weltweit bauen bereits sieben Millionen Landwirte auf etwa 70 Millionen Hektar transgene Pflanzen an.

In Deutschland dagegen hat die Blockadepolitik des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) unter der Grünen Renate Künast zu einem faktischen Stillstand der „grünen“ Biotechnologie geführt. Während

Vorausblicken und informieren!

Worauf warten Sie noch?

Nutzen Sie die Möglichkeiten der criticón Werbeaktion!

Sie werben bei uns zu günstigen Preisen!

Ob es sich um eine kleinformatige oder größere Anzeige handelt, der Erfolg ist Ihnen sicher. Oder nutzen Sie die Banner-Werbung im Internet unter www.criticon.de

criticón hat für Sie die richtige Lösung: zuverlässig und kundennah.

Rufen Sie an oder senden Sie ein Fax.

Wir nehmen uns Zeit für Sie!

Ihre Ansprechpartnerin in der Anzeigenabteilung: **Jutta Sohn**

Fon/Fax: 0781-43234

info@criticon.de

das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter Hildegard Bulmahn Biotechnologieprojekte mit insgesamt fast einer Milliarde Euro fördert und jungen Biotech-Firmen bei der Mobilisierung von Beteiligungskapital hilft, haben die Frau Künast unterstehenden Behörden bislang fast alle Versuche, die Ergebnisse der Biotechnologie ins Freiland zu bringen, unterbunden. Und was die Grüne Ministerin nicht schaffte, haben oft rabiate Gegentechnik-Gegner durch das Zertrampeln von Versuchsfeldern besorgt. Nun geht Start-ups das Geld aus. Firmen und junge Forscher wandern nach Amerika ab. Die Ausbildungskette droht abzubrechen. Professor Gerhard Wenzel von der Technischen Universität München, Freising, schätzt den bei uns bereits

Risikotechnologie?

Nun gilt die Umsetzung der inzwischen von der EU verabschiedeten Richtlinie für die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in deutsches Recht als letzte Chance, um das Label „Green Biotechnology made in Germany“ noch zu retten (so Harald Seulberger, Geschäftsführer von SunGene, Gatersleben). Mit dem Inkraftsetzen der Freisetzung-Richtlinie endet das in der EU auf Druck der Öko-Bewegung ausgesprochene Moratorium für den Anbau transgener Pflanzen. Doch der im Januar 2004 von Ministerin Künast vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts (www.verbraucherministerium.de) sieht eher wie ein

ausschöpfen und Regeln zum Schutze des gentechnikfreien Anbaus schaffen! Deshalb hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf ganz im Sinne eines Schutzgesetzes für alle diejenigen vorgelegt, die auch in Zukunft ohne Gentechnik arbeiten wollen.“

Bei der Herstellung und Vermarktung von Saatgut sollen folglich Reinheits-Anforderungen gelten, wie sie sonst nur bei Arzneimitteln üblich sind. Anders als den großen Pharma-Konzernen fehlen aber den meist mittelständischen Saatgut-Herstellern die Mittel für die aufwändigen Tests, um solche Vorschriften einhalten zu können. Obendrein würden sie aufgrund der im Künast-Entwurf vorgesehenen gesamtschuldnerischen Haftung auf der Basis einer Beweislastumkehr (Verur-



Der Verzicht auf biotechnisch verbesserte Nutzpflanzen schmälert das Einkommenspotenzial der EU-Landwirte um rund eine Milliarde Euro jährlich

eingetretenen Forschungsrückstand auf diesem Gebiet auf fünf bis sechs Jahre. „Unser eigenes Institut arbeitet an einer gentechnisch optimierten Kartoffel, die einen Farbstoff produziert, der Altersblindheit verhindert. Schön wäre es, wenn dieser Fortschritt nicht aus China importiert werden müsste. Doch leider wurde unser genehmigtes Versuchsfeld von fanatischen Gentechnik-Gegnern zerstört“, klagt Prof. Wenzel.

Gesetz zur Abschreckung vor der Gentechnik aus. Denn anders als die EU-Richtlinie definiert der BMVEL-Entwurf die Gentechnik einseitig als „Risikotechnologie“ und sieht folglich verschärfte Haftungsbestimmungen für den Fall der unbeabsichtigten Einwanderung (Auskreuzung) gentechnisch veränderter Pflanzen in benachbarte Felder mit „gentechnikfreien“ Landbaumethoden vor. Renate Künast sagte es bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Mitte Februar ganz offen: „Es ist von grundlegender Bedeutung, dass wir unsere Spielräume voll

sachervermutung) auch dann zur Kasse gebeten, wenn sie gar nicht für Verunreinigungen verantwortlich sind, ihre Unschuld aber nicht beweisen können. Deshalb weigern sich die Versicherer, Risiken wie Schadensersatzforderungen von Öko-Bauern gegenüber Saatgutherstellern oder konventionell arbeitenden Landwirten zu übernehmen. Selbst Freilandexperimente mit dem Ziel der Verbesserung der Sicherheit transgener Pflanzen wird unter diesen Umständen kaum jemand durchführen wollen.

Emails vom Tage

(5. Folge)

38. Warum schmeißt Schröder den Bettel nicht hin?

Den Zenit seiner Macht hat er unwiderruflich überschritten. Müntefering als SPD Vorsitzender lässt ihn nicht einmal mehr zögerliche Reformschrittchen gehen, womit Schröder die SPD in den vergangenen Jahren immerhin in die politische Mitte führte. Wenn sich Schröder den Traditionsbataillonen unterwirft, verliert er den Respekt, den er sich mit ihrer Disziplinierung erwarb. Schröder ist als Modernisierer der SPD gescheitert, zum Modernisierer Deutschlands kann er es nicht mehr bringen. Was er jetzt braucht, ist ein starker Abgang.



39. Rolf Hochhuth schreit auf,

aber wir hören nur ein schepperndes Jammern. In seinem neuen Theaterstück ‚McKinsey kommt‘ fordert er den „unvermeidbaren“ Mord an einem hohen Repräsentanten der Wirtschaft. Die RAF lässt grüßen. Die Rituale der 68er sind ausgehöhlt. Der Klassenkampf ist weder das Problem noch eine Antwort auf Globalisierung, Überalterung, Islamismus.



40. Was ist deutsch?

Die ewige Frage beantwortet die Bundesregierung im eben erschienenen ‚Handbuch für Deutschland‘: Deutsch ist nichts Eigenständiges, sondern das, was beim Mischen anderer Kulturen rauskommt. Das liest sich so: „Kunst und Kultur sind in Deutschland geprägt durch antikes, jüdisches und christliches Erbe sowie durch die historische Entwicklung innerhalb Europas. In der Neuzeit haben kulturelle Einflüsse der USA, aber auch

Asiens und Afrikas ihren Niederschlag gefunden. Die Formen der französischen Gotik lösten den Baustil der Romanik in Deutschland ab. Die westdeutsche Bildende Kunst und Literatur nach 1945 ist experimentierfreudig und nimmt Anregungen aus fremden Ländern auf, in Ostdeutschland herrschte der sozialistische Realismus vor. Die moderne Architektur und das Design der Güter des täglichen Lebens ist von italienischem und nordischem Einfluss geprägt. In Cafés wird neben Filterkaffee und Tee auch Espresso, Capuccino und Milchkaffee getrunken, als Essensbeilage erhält man neben Kartoffeln auch französisches Baguette oder türkisches Fladenbrot. Die deutsche Unterhaltungsmusik ist stark amerikanisch geprägt. Aber die klassische deutsche Musik Ludwig van Beethovens ist genauso vertreten wie deutsche Volksmusik und Musikrichtungen mit orientalischen und afrikanischen Rhythmen.“ Die Integrationsbeauftragte behauptet nicht, dass alle Kulturen relativ seien, sie gesteht zu, dass es das Antike, Christliche, Jüdische oder Amerikanische gibt, wie die Farben Rot, Schwarz, Gelb oder Blau. Nur die Deutschen sind ein multikulturelles Kompositum, eine Farbmischung – darin schwimmen als deutsche Brocken einzig Beethoven und Kartoffeln.



41. Wir haben Elke Heidenreich immer für eine Emanze gehalten,

aber wie sie sich als liebevolle Ehefrau selbst anpreist, belehrt uns eines besseren: „Meine beiden Männer waren sehr glücklich mit mir. Der eine fünf, der andere 25 Jahre lang. Ich bin eine gute Ehefrau. Ich koche, und ich mach es sehr gemütlich. Es gibt immer Blumen, ich kann Pfannkuchen backen, und ich verweigere mich auch nicht!“

42. Henryk Broder kennt man

als spöttischen Beobachter mit eleganter Feder, die er auch gern mal in Häme taucht. Gewöhnlich bürstet er das glatte Fell des Zeitgeistes gegen den Strich und scheut auch nicht die Konfrontation mit Platzhirschen der Öffentlichkeit. Beim Hören der Lebensbeichte einer Pornoqueen ist ihm sein kritisches Urteilsvermögen jedoch buchstäblich in die Hose gerutscht: „Michaela Schaffrath (Insidern besser bekannt unter Gina Wild, die Red.) ist ein Phänomen, an dem Feministinnen, Sozialarbeiter und Milieuforscher verzweifeln könnten. Sie wurde als Kind nicht missbraucht, sie kommt nicht aus einer problematischen Familie, es waren nicht die üblichen Umstände, die sie in eine Rolle zwangen; sie hat einfach ihr Hobby zu ihrem Beruf gemacht... Was bei Naddel oder Verona mit einem aseptischen Romantik-Schleier daherkommt („Die Nacht, in der wir unser Baby zeugten“), klingt bei Michaela so normal wie eine Einladung zu Kaffee und Kuchen bei ihren Eltern: ‚Ich blase unheimlich gerne... es ist reine Vertrauenssache, sonst macht Blasen keinen Spaß.‘ Blasen oder Haare föhnen? Keine Frage, was Schaffrath, Bild und Broder einem jungen Mädchen empfehlen: Porno macht mehr Spaß und wird besser bezahlt.



43. Die großen Leistungen Johannes Pauls II. sind

sämtlich politisch und markieren zugleich das größte Defizit seines Pontifikats: Bei der spirituellen Erneuerung der Kirche versagte er, förderte gar die konservativen Betonköpfe in den eigenen Reihen. Die neuen Lebensstile werden von der Kirche weder geistig begleitet noch spirituell geprägt. Die Kirche selbst hat vergessen, dass sie mehr sein muss als nur Politik.

44. Otto Muehl ist

große Kunst, will uns die monumentale Ausstellung seiner Bilder im Wiener Museum für angewandte Kunst sagen. Die Exzesse in seiner Kommune werden damit geadelt. Der Ex-Guru durchkreuzt diese Intention jedoch unfreiwillig in einem *Zeit*-Interview: „Ich wär lieber Franzose. In Wien gibt's doch gar keine interessanten Leute mehr. Sind doch alle emigriert. Freud wollte auch kein Österreicher sein. Ich komme mir vor wie ein Jude. Geistiger Jude. Die Österreicher sind alle Idioten. Ein Drittel Nazis. Die Ewiggestrigen. Wirklich ein komisches Land. Ich krieg geradezu einen Ekel. Österreicher zu sein ist eine Beleidigung.“ Was haben die Juden falsch gemacht, dass so ein klebriger Anschleimer sein will wie sie?



45. Die Leitkultur bleibt

deutsch, da braucht sich keiner Sorgen zu machen. Der Film „Gegen die Wand“ des Deutschtürken Fatih Akin folgt ganz dem Sozialkitsch des öffentlich-rechtlich geförderten deutschen Mainstreamkinos und erhielt folgerichtig den goldenen Bären als Zu-

gehörigkeitstrophäe: Die lebensgierige Sibel entzieht sich der Kontrolle ihres Elternhauses durch eine Scheinehe mit dem versoffenen und koksschniefenden Asozialen Cahit. Der Film reproduziert die klassischen Bohemienklischees, die mit der Realität wenig, mit den antibürgerlichen Ressentiments der Szene viel zu tun haben. An die Stelle des deutschen autoritären Familienvaters rückt der türkische Clanchef. Das traditionelle türkische Milieu muss erhalten, um längst abgenützte Bürgerschreck-Parolen wieder zu beleben: Es fließt viel Blut, viel Alkohol und in jeder zweiten Szene ist vom Ficken die Rede. Das Übliche also. Akin liefert keinen einzigen neuen Gedanken. Der zutiefst christliche Glaube, dass echte Gefühle bei gescheiterten Randexistenzen, bei Huren und Pennern, wahrhaftiger zu finden seien, ist Kern der Sozialtheologie von Karl Rahner, der gelegentlich im Obdachlosenheim übernachtete, um dort Gott näher zu sein.



46. Wir hatten schon

vergessen, was Dialektik ist, doch erinnert uns kürzlich Jürgen Habermas wieder daran, wenn er die Zensur, die der Ayatollah

vom Starnberger See ausübt, als Freiheit ausgibt: „Nur durch eine informell errichtete, aber wirksam sanktionierte Schranke zwischen der offiziell zugelassenen öffentlichen Rede einerseits und den privat geäußerten Vorurteilen andererseits hat sich die politische Denkungsart der Bevölkerung im Laufe der Jahrzehnte tatsächlich liberalisiert.“



47. Simple Doppelmoral

charakterisierte auch Habermas' Leitfigur Adorno: 1943 fleht er in einem Brief an seine Eltern: „Möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Ignes den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden.“ 1945 triumphiert er: „Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.“ Konnten die Frankfurter deshalb dem Wiederaufbau nie etwas Positives abgewinnen?

Friedrich Con@n

Marken mit Mehrwert!

wohlfahrtsmarken.de
Kaufen. Kleben. Helfen.



Der Zuschlagspreis kommt der sozialen Arbeit der Wohlfahrtsverbände zugute.

Nach dem Verkauf ist vor dem Verkauf:

After Sales Service

Das Spiel endet nie

von Ralf Sürtenich, Unternehmensberater



Nach dem Verkauf ist vor dem Verkauf. Der Satz ist nicht ganz von Sepp Herberger, aber drückt eine Art universelle Erkenntnis aus: Das gilt auch für Unternehmen der Informationstechnik und Telekommunikation (ITK), trotz oder gerade auch wegen der kurzen Innovationszyklen. Die Feststellung, dass die Verkaufsphase nicht mit dem eigentlichen Geschäftsvorgang „Ware oder Leistung gegen Zahlung“ endet, ist eine der Grundpfeiler, auf denen das Kürzel CRM beruht.

Customer Relationship Management betrachtet die klassische Unterteilung in Marketing, Verkauf und Service unter dem Oberbegriff der Kundenbeziehung. Im Sinne eines dauerhaften Geschäftes ist die Kundenbeziehung ein Aktivposten des Unternehmens, der dauerhaft gepflegt werden will. Nach alten Marketing-Erkenntnissen kostet die Gewinnung eines Neukunden fünf bis zehn mal so viel, wie die Pflege eines Bestandskunden. Zudem berichtet ein unzufriedener oder vernachlässigter Kunde seine schlechten Erfahrungen auch weiteren acht bis zehn potenziellen Käufern. Mangelnde Kundenpflege im Service kann damit sehr leicht jegliche Marketing-Anstrengungen in der Vorverkaufsphase torpedieren. CRM ist daher für den Anbieter kein Luxus, sondern Kernaufgabe seiner

Geschäftstätigkeit. Ein sehr trauriges Beispiel für mangelhaftes CRM liefert ein bekannter deutscher Webdomain-Hoster im unteren Preissegment, der in den vergangenen Jahren immer wieder negative Schlagzeilen mit Problemen bei Prozessabläufen, Server-Ausfällen und mit dem Verlust von Domain-Rechten machte. Dieses Negativ-Image lässt sich durch kein noch so teures Marketing- und Werbe-konzept kompensieren.

Für die Hersteller von IT- und TK-Hardware ist es unter dem herrschenden Preis- und Wettbewerbsdruck besonders schwierig, den so genannten „After Sales Service“ adäquat auszuführen. Die vollständige Abbildung der Wertschöpfungs- und Lebenszykluskette der Produkte ist heute für ein Unternehmen gar nicht mehr profitabel möglich.

Was der Kunde heute kauft, ist eine Marke mit einem bestimmten Image. Die eigentliche Kernkompetenz der „Hersteller“ beruht daher immer mehr auf Marketingfähigkeiten. Produkte werden für Marktbedürfnisse und bestimmte Marktsegmente konzipiert, danach die Herstellung, Marktkommunikation und Werbung geplant und die Vertriebskanäle aktiviert. Ob Monitore oder Drucker, die ei-

gentliche Entwicklung der Kerntechnik wird von den meisten „Herstellern“ eingekauft und schließlich irgendwo in der Welt zur Veredelung und zur Endmontage gegeben. Der After Sales Service, so wichtig er für ein dauerhaft erfolgreiches Geschäft ist, erfordert ganz andere Fähigkeiten und eine andere Struktur als die Konzeption und Planung eines Produktes und seiner Herstellung. Das sind in erster Linie Marketing- und Vertriebsaufgaben. After Sales Service aber erfordert Call Center, Ersatzteillager, Transport und Logistik – aber keine Produkt- und Verkaufsmanger oder Entwicklungs-Ingenieure. Statt dessen Helpdesk-Mitarbeiter, Techniker und Lagerhaltungsexperten.

After Sales Service und Outsourcing, bei näherer Betrachtung ist das daher ein nahe liegendes Begriffspaar. Bei vielen Produkten, auch im Markt für Endkunden, wird der After-Sales Service gar nicht mehr vom Hersteller selbst durchgeführt. Eines dieser Service-Unternehmen ist die Firma a & o after sales & onsite services GmbH in Neuss. Michael Müller, Geschäftsführer von a & o, umreißt die Arbeit seines Unternehmens folgendermaßen: „Unser Kerngeschäft ist grundsätzlich die Wartung und der Reparaturservice. Wir verstehen uns als verlängerte Werkbank von

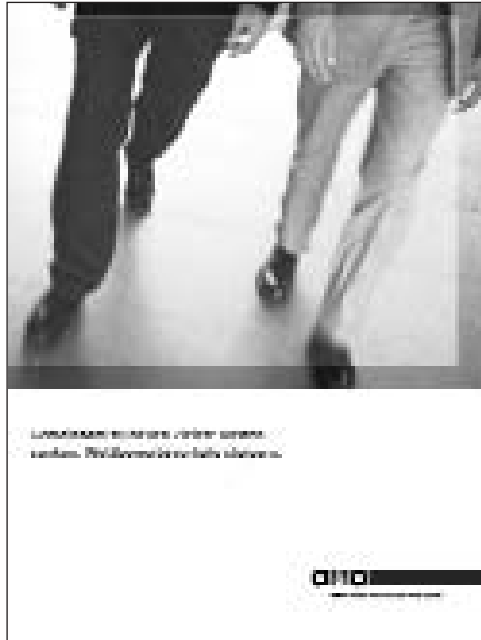
Unternehmen, die in der IT-Branche tätig sind. Außerdem betreiben wir Frontside-Service. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn Sie heute Lotto spielen gehen, wird Ihr Tippschein durch eine Maschine gezogen. Nehmen wir an, an dieser Maschine ist nun der Drucker defekt. Innerhalb von zwei Stunden wird ein Mitarbeiter der Firma a & o die Maschine abholen und wieder reparieren. Und das rund um die Uhr.“

Der Stagnationsphase zum Trotz, oder auch: jede Zeit bietet Chancen

a & o startete Anfang 2003 zunächst mit 40 Mitarbeitern. Dass der Geschäftsansatz sehr erfolgreich ist, zeigt die Tatsache, dass das Unternehmen schon ein Jahr später 130 Mitarbeiter beschäftigt. Eine der großen Stärken von a & o sieht Michael Müller in dem, was er „dezentrale Service-Kultur“ nennt: „Wenn ein Außendienstler von mir morgens um sieben Uhr wegfährt und um 17.00 Uhr noch einen Job hat, dann ist er erst um 19.00, 19.30 Uhr zu Hause. Da gehen wir sehr flexibel vor, was in großen Organisationen eher selten anzutreffen ist. Als mittelständisches Unternehmen arbeiten wir nach den Bedürfnissen des Marktes und sind wesentlich schneller bei der Auftragsbearbeitung“, so die Erfahrung von Müller.

Beim Outsourcing des After Sales Service geht es aber nicht nur um Kosten und Effizienz, sondern um eine intensive Beziehung zu den Kunden. „a & o trägt damit direkt zum Geschäftserfolg seiner Auftraggeber bei. Wenn heute jemand einen Monitor, ein TFT-Display, einen Drucker kauft, so beschäftigt er sich vor der Kaufentscheidung mit den Produkteigenschaften: technische Daten, Leistungsmerkmale oder Normen. In der Regel wird der durchschnittliche Kunde die Hälfte dieser Angaben gar nicht wirklich verstehen. Ist das Produkt gekauft, treten schon nach wenigen Tagen diese technischen Features in der Wahrnehmung des Käufers in den Hintergrund: er erwartet einfach, dass das Produkt über Jahre hinweg einwandfrei funktioniert. In den weitaus meisten Fällen wird erst im Fehlerfall das Produkt wieder in den Fokus der Wahrnehmung des Käufers rücken. Was er nun erwartet, schnellen und günstigen Service, hat nichts mit den Leistungsmerkmalen des Monitors oder Druckers zu tun, sondern resultiert aus der Leistung der After Sales Service“, betont Müller. Ob nun dieser Service vom Hersteller direkt erbracht werde oder von einem externen Dienstleister, spiele für

die Wahrnehmung des Kunden keine Rolle. „a & o tritt nicht werblich auf, kommuniziert nicht direkt mit dem Markt der Endverbraucher. Der Anwender verbindet den guten Service mit dem Hersteller. Wir bauen damit tatsächlich eine Beziehung zwischen dem Käufer und dem Hersteller auf. Und ein Kunde, zu dem eine Beziehung aufgebaut wurde, wird mit großer Sicherheit ein Nachfolgegeschäft mit dem Hersteller tätigen“, weiß Müller.



Produkte werden immer austauschbarer – nur der Service differenziert

Auffällig ist, dass gerade auch in einer Stagnationsphase der ITK-Branche das Geschäft mit dem Outsourcing von After Sales Service ein deutliches Wachstumssegment darstellt. Das hängt auch direkt mit den schmalen Investitionsbudgets der Hersteller zusammen. Nach Schweizer Untersuchungen investieren Unternehmen derzeit generell zunächst in die Beschaffung, Produktion und den Absatz. Der After Sales Service kommt, trotz seiner erkannten Relevanz für den Kaufzyklus, erst an vierter Stelle. Die Hersteller konzentrieren sich stärker auf ihre Kernkompetenz und können den Ausbau von Systemen für den E-Commerce forcieren. Die Spezialanbieter für den After Sales Service nutzen Größeneffekte und Schnelligkeit – arbeiten somit kostengünstiger als der Hersteller.

„Der After Sales Service expandiert auch durch die Gleichartigkeit der Produkte. Nicht der Preis ist bei den Endprodukten ent-

scheidend, sondern das, was an Service folgt“, betont Müller.

Humankapital nicht nur Trend-Schlagwort

Im Unterschied zu den CRM-Strategien, wie sie von den großen Beratungsunternehmen gerne verkauft werden, setzt a & o auch sehr stark auf den Menschen. Im Zeitalter von eCommerce ist der Call Center-Agent, der im Fehlerfall angerufen wird, oder der Techniker, der vor Ort kommt, oft nur noch der einzige Mensch, mit dem der Kunde tatsächlich Kontakt hat. Bei allen optimierten Prozessabläufen, Betriebskennzahlen, ihrem Monitoring und der Auswertung wird der Service von Menschen erbracht. Müller setzt hier, als wirklich typischer Mittelständler, auf einen gesunden Mix von Nachwuchskräften und erfahrenen Mitarbeitern: „Wenn ich einen Hochschulabgänger einstelle, habe ich im Grunde einen gut bezahlten Azubi. Neben jungen Mitarbeitern haben wir deshalb auch über 50jährige Arbeitskräfte, die sofort einsetzbar sind.“

Ältere und erfahrene Mitarbeiter seien sehr engagiert und würden souveräner mit Problemen im Berufsalltag umgehen. Für Müller ist das Scheitern vieler Unternehmen der New Economy auch darauf zurückzuführen, dass es den überwiegend jungen Leuten, die sich dort engagierten, an Praxiswissen fehlte. Brillante Ideen allein reichen nach seiner Meinung nicht aus und der heute häufig von amerikanischen Unternehmen vorgelebte Trend zu Belegschaften mit niedrigem Altersdurchschnitt stößt generell auf sein Misstrauen: „Es gibt eine Statistik, die belegt, dass in Deutschland in jedem zweiten Unternehmen kein über 50jähriger mehr beschäftigt ist.“

Das sind die Sünden der Vergangenheit. Ich frage mich, was die älteren Menschen machen und ob sie alle schon mit 40 des Arbeitslebens überdrüssig sind. Ich kann diesen Trend nicht befürworten und steuere bewusst dagegen.“ Der Vergleich mit den Medizinerinnen ist für den Mittelständler ein treffendes Beispiel: „Wenn Sie einen 50jährigen Internisten und einen Hochschulabgänger aufsuchen, können Sie sich vorstellen, wer weniger Probleme bei der Diagnosestellung hat.“

+ Mittelstandsmeldungen + Mittelstandsmeldungen + Mittel

DIW-Studie warnt vor Strukturproblemen der deutschen Wirtschaft

Breitere Kompetenz statt technische Abarbeitung von Bestehendem

Berlin/Düsseldorf – Die aktuelle Studie ‚Deutschlands forschungsintensive Industrien und wissensorientierte Dienstleistungen: Außenhandel, Produktion und Beschäftigung‘ des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat deutliche Probleme Deutschlands in der strukturellen Entwicklung hervor gehoben. Die Industrie fällt demnach im internationalen Vergleich bei Spitzentechnologien und hochwertigen Technologiegütern weiter zurück. Lediglich der Teilbereich Automobilindustrie sei noch stark und würde zu einer positiven Bilanz beitragen. Angesichts des starken Euros und der zunehmenden Absatzprobleme von VW und Audi auf dem nordamerikanischen Markt ist es aber fraglich, ob diese Position noch lange anhalten kann. Der DIW-Report fordert daher dringend wettbewerbsfähige Alternativen zum Automobilbau.

Eine eindeutige Absage erteilt der Report der Vorstellung, dass die Industrie weitere Arbeitsplätze in Deutschland schaffen könne. Die Beschäftigtenzahl im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ist kontinuierlich rückläufig und lag 2003 noch knapp über 8 Millionen. Nach der DIW-Studie beschäftigt die Datenverarbeitung rund 6 Millionen Arbeitnehmer und wird zusammen mit der Finanz- und Gesundheitsbranche am ehesten einen Beschäftigungsaufbau ermögli-

chen. Damit verbunden ist aber eine höhere spezifische Nachfrage nach höherwertigen Qualifikationen. Die Verfasser der Studie schließen daraus, dass die Anforderungen an eine adäquate Bildungs- und Qualifizierungspolitik zunehmen.

„Was sich aus dem DIW-Report wieder einmal abzeichnet ist ein Strukturproblem der deutschen Wirtschaft. Zu lange hat man sich gerade im internationalen Handel auf den Export von Industrierzeugnissen gestützt“, kritisiert Udo Nadolski, Geschäftsführer von Harvey Nash, einem Beratungsunternehmen für Personal-, IT- und Engineering Services. Der Wandel vom Produktionsstandort zum Dienstleistungs- und Finanzstandort laufe hingegen viel zu langsam, besonders unter Berücksichtigung des rapide zunehmenden Drucks von Nearshore- und Offshore-Anbietern. Dazu reiche aber eine Reform der Bildungspolitik, wie sie Forschungsministerin Edelgard Bulmahn aus dem Ergebnis der Studie ableitet, nicht aus.

Dienstleistungsunternehmen, die transnational arbeiten und internationale Kunden bedienen, mahnen ein generelles Umdenken an. „Die Deutschen sind zu stark auf Sicherheit und Kontinuität aus, nicht so sehr auf Neues und Veränderung. Die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern aber Flexibilität und Kreativität, den Mut zu neuen Wegen“, so die Erfahrung von Nadolski, dessen Beratungsunternehmen in Personalfragen international operiert. Deutsche Bildungspolitik und deutsche Unternehmen seien immer noch viel zu sehr auf technisches Wissen fokussiert und vernachlässigten Prozesskenntnisse. „Wir brauchen eine breitere Kompetenz, die nicht auf Verwaltung und technische Abarbeitung von Bestehendem ausgerichtet ist, sondern die Methoden und Instrumente beherrscht, um neue Märkte und neue Lösungen zu entwickeln“, fügt Nadolski im Hinblick auf die Bildungs- und Qualifizierungspolitik hinzu.

+++

Virtueller Größenwahn – Accenture und die „Wertschöpfungsrevolution“

Bonn/Nürnberg – Die Accenture-Manager Thomas Köhler und Stephan Scholtissek haben große Pläne mit der öffentlichen Hand. Sie proklamieren in einem neuen Fachbuch nichts geringeres als die „dritte Revolution der Wertschöpfung“ (erschieden im Econ-Verlag). Und zwar durch eine neue, radikale Form des Outsourcings. Spürbare Effizienzsteigerungen könnten nur erreicht werden, wenn die Erfahrungen aus der Fertigung auf firmeninterne Dienstleistungsprozesse erweitert würden. Business Process Outsourcing (BPO) heißt das im Fachjargon. Großkonzerne nutzen so genannte Innovationspartnerschaften, indem sie Co-Kompetenzen mit spezialisierten Unternehmensberatungen aufbauen, die dann gesamte Kerngeschäftsfunktionen übernehmen. Das könnten, so die Analyse der Buchautoren, natürlich nur die ganz großen Beratungsunternehmen bieten: Zu beachten beim „Vorzeigeprojekt“ von Accenture, dem virtuellen Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit (BA), das von dem BA-Vizechef Heinrich Alt als das „größte informationstechnologische Projekt“ der Republik gepriesen wurde. Warum für die Technikrevolution Mehrkosten in Höhe von 100 Millionen Euro entstehen, zählt wahrscheinlich für den BA-Cybermanager Alt zu den ungelösten Welträtseln seiner Beamtenkarriere. Denn die von Accenture ausgerufenen Wertschöpfungsrevolution kostet eigentlich nichts. „Unsere Berechnungen zeigen: Von jedem Euro, den die

+ Mittelstandsmeldungen + Mittelstandsmeldungen + Mittel

standsmeldungen + Mittelstandsmeldungen + Mittelstandsm

deutsche Wirtschaft, Bund und Länder für Dienstleistungs- und Verwaltungsfunktionen ausgeben, könnten rein rechnerisch 11,6 Cent eingespart werden. Insgesamt entspricht dies rund 40 Milliarden Euro, ein Potenzial, das wir als ‚Bruttowertschöpfungsreserve‘ bezeichnen“. So steht es in dem Revolutionsbuch von Köhler und Scholtissek. Das Ganze geht sogar noch einen Schritt weiter und wird die angespannte Stimmung auf den Fluren der BA-Vorstandsetage sichtlich entspannen. Der Innovationspartner finanziert die BPO-Projekte vorab mit eigenen Mitteln, die er dann im Laufe des Projekts durch Einsparungen und Effizienzsteigerung wieder hereinholen müsse. So lautet die Accenture-Theorie. Die Praxis beschert den virtuellen Arbeitsmarktarchitekten leider einen handfesten Skandal. Das Outsourcing-Mantra der großen Beratungshäuser erweist sich als teure Luftnummer.

Dass die großen Beratungsunternehmen wie Accenture, Roland Berger oder McKinsey sich mittlerweile auf Behörden und Verbände konzentrieren, ist nach Auffassung des Düsseldorfer Publizisten Rainer Steppan kein Zufall. Viele Konzerne hätten sich in den vergangenen Jahren sämtliche Consultingmoden gefallen lassen und Strategien gewechselt wie Unterwäsche. Mittlerweile sei in der Privatwirtschaft eine regelrechte Berater-

allergie entstanden und Budgets für die klassische Beratung würden radikal gekürzt. „Also weichen die Berater auf die öffentliche Hand aus“, so Steppan. Der schlanke Staat sei immer noch viel zu fett und schreie geradezu nach strategisch verordneten Diäten.

„Der öffentliche Sektor hat sich zu einem attraktiven Markt für die Branche entwickelt, den die Großen des Geschäfts nun unter sich aufzuteilen gedenken“, kritisiert Steppan. Er warnt die Verantwortlichen des Öffentlichen Dienstes, in eine ähnliche Consultinghörigkeit zu fallen, wie die Top-Manager der freien Wirtschaft. „Der Bevölkerung ist nicht klar, dass jedes der anstehenden politischen Vorhaben ebenso scheitern kann wie die Transformationsprozesse der Privatwirtschaft.“ An den tiefgreifenden Reformen, die auf den deutschen Staat und seine Verwaltungen zukommen, wollen die Berater genauso kräftig verdienen wie an der Neuausrichtung fast aller größeren Konzerne in den 1990er Jahren.

„Es darf nicht sein, dass die Beamten hilflos mit den Achseln zucken und die Berater mit geldschweren Taschen von dannen ziehen, wenn ein öffentliches Projekt im Chaos endet“, moniert Steppan. Er ermahnt die Behörden, bei Ausschreibungen sorgfältiger vorzugehen. Es gäbe eine Vielzahl von kleine-

ren und spezialisierten Consultingfirmen, die weitaus bessere Leistungen als die Marktführer erbringen. „Außerdem bieten sie“, unterstreicht Steppan, „gute Arbeit zu attraktiven Preisen“.

Für die FAZ-Redakteurin Claudia Bröll gibt es neben der sinnlosen Verschwendung von Steuergeldern für die virtuellen Spielchen der Nürnberger Mammutbehörde auch noch eine ordnungspolitische Schiefelage. Das Skandalöse an der neuen Affäre der „Agentur“ sei das Projekt selbst. „Mit Hilfe von zwangsweise erhobenen Beitragsgeldern dringt eine Behörde in einen gut funktionierenden Markt ein, auf dem sich Online-Stellenbörsen, Zeitungen, Zeitschriften und private Personaldienstleister einen regen Wettbewerb lieferten. Die ‚Agentur‘ verdoppelt nicht nur Strukturen, die schon längst existieren und verpulvert hierfür Millionen an Beitragsgeldern. Unter dem Deckmäntelchen der Arbeitsmarktpolitik macht sie auch noch den privaten Anbietern Konkurrenz und verdrängt sie vom Markt“. So läuft es halt, wenn der Staat in seiner Planungshysterie alles unter seine Fittiche nehmen will und dafür auch noch großwahn sinnige Beratungsfirmen als Erfüllungshelfen einsetzt.

+ Mittelstandsmeldungen + Mittelstandsmeldungen + Mittel

DIE UNABHÄNGIGE INTERESSENVERTRETUNG DES DEUTSCHEN MITTELSTANDES

Sehr verehrte Unternehmerin, sehr geehrter Unternehmer,

zu zurecht ist mir über mittelständische Unternehmen auch seine Interessenvertreter. Von einer politischen Macht, wie sie in Arbeitsmarktorganisationen oder in der Großindustrie sichtbar ist, kann beim Mittelstand keine Rede sein. Sichtlich ist die Arbeit der einzelnen Unternehmensvertreter aus Handwerk, Handel, freien Berufen u.v.m. isoliert- und sektorenorientiert. Was die unternehmerischen Mittelstand jedoch in Zukunft betrifft, ist ein einheitliches politisches Sprachrohr über die Schirmherrschaft kleiner und mittlerer Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur kein Fehlen!

Der Deutsche Mittelstands Bund (DMB), gegründet am 27. September 1982, hat sich die Aufgabe gestellt, zur Schaffung einer einheitlichen Willensbildung und Meinungsäußerung des unternehmerrischen Mittelstandes einen tatkräftigen Beitrag zu leisten. Seine Arbeit beruht auf drei Säulen:

1. Wirtschaftlich-rechtliche und/oder politische Interessenvertretung für Klein- und Mittelbetriebe, v. H. durch Musterproteste bis zu höchstrechtlichen Instanzen;
2. Erbringung kaufmännischer Leistungen ("Mittelständler", Unternehmer Informationen, Vortragsreihe, Mitgliederbetreuung etc.);
3. Verschaffung von Preisvorteilen. Nach dem Motto "Verbünde Dich mit den Großen, dann hilfst Du den Kleinen" hat der DMB eine Reihe von Rahmenverträgen mit größtmöglicher weltweit spezifizierten Großunternehmern abgeschlossen mit dem Ziel, seinen Mitgliedern die gleichen Preisvorteile zu verschaffen, wie sie sonst nur die Großen erhalten können.

Neugierig geworden? Dann besuchen Sie uns im Internet unter www.dmb.de

Als Mitglied des DMB leisten Sie einen solidarischen Beitrag zur einheitlichen Interessenvertretung des gesamten deutschen Mittelstandes. Aus der DMB Mitgliedschaft erzielen Sie zusätzlich einen individuellen betrieblichen Nutzen.



www.dmb.de

Für Sie! Für Ihren Betrieb! Für Ihre Familie! Für Ihre Zukunft!

Bordeaux – Wein und Mythos

Die Hafenstadt Bordeaux liegt an der Garonne und zählt ca. 650.000 Einwohner. Einige Kilometer nördlich von Bordeaux vereinigen sich Garonne und Dordogne zur Gironde, die in den Atlantik mündet. Bordeaux ist die größte Weinbauregion Frankreichs und repräsentiert mehr Anbaufläche als die gesamte Rebfläche Deutschlands. Historisch betrachtet wurde früher mehr Weißwein als Rotwein erzeugt, dieses kehrte sich in den letzten Jahrzehnten um.

Klassische Bordeaux-Rotweine sind Cuvees aus Cabernet Sauvignon, Merlot, Cabernet Franc und Petit Verdot.

Bei Weißweinen findet man die Sorten Sauvignon Blanc, den Semillon und Muscadelle. Insbesondere werden die Weißweitrauben für den berühmten Süßwein, den Sauternes und Barsac verwendet.

Mit Bordeaux verbindet man in erster Linie kräftige, gut strukturierte und füllige Rotweine mit entsprechender Lagerfähigkeit.

Das Lagerpotenzial kann bis zu 40 Jahren reichen.

Bordeaux-Liebhaber sollten sich gezielt durch die verschiedenen Appellationen von Pomerol und St. Emilion bis hin zu Graves und Medoc trinken, um ihren persönlichen Stil zu finden. Von einem opulenten Pomerol, über einen mineralischen nach Tabak und Kaffee duftenden Graves bis hin zu einem maskulinen, strengen, tiefgründigen Pauillac sowie einem filigranen, eleganten Margaux ergeben sich unabhängig vom Chateau – und davon gibt es im Bordeaux unzählige –, regional unterschiedliche Charaktere, deren Vorzüge man selbst entdecken sollte.

Für Namen wie Cheval Blanc, Chateau Palmer, Mouton Rothschild, Chateau Margaux, Lafite Rothschild, Chateau Haut-Brion oder Chateau Latour geben Kenner ein Vermögen aus, um bestimmte Jahrgänge im Keller zu wissen. Zumeist sind diese Weine limitiert und nur über Subskriptionen (Zuteilungen) zu ergattern.

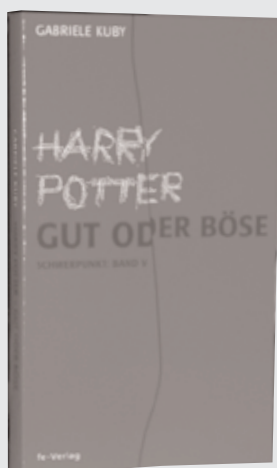
Verwirrend ist nach wie vor die Klassifizierung aus dem Jahre 1855, die auf den Auftrag von Napoleon III zurückzuführen ist. Er forderte eine Klassifikation für die Weine der Weltausstellung im selbigen Jahr. Ob 1 er Cru, zweit oder dritt Gewächs, heute wird diese Klassifizierung grundsätzlich in Frage gestellt.

Die Entwicklung in der Önologie und auch der Wechsel des Kellermeisters haben auf das Niveau der Weine großen Einfluss genommen, so dass auch von der Klassifizierung abgeleitet die niederen Gewächse hervorragende Qualitäten bringen können.

Achten Sie, egal zu welchem Wein Sie tendieren, auf die Bezeichnung „Mise en bouteilles au Chateau“ oder „Mise du Chateau“, welche für die großen und klassifizierten Gewächse gilt, die auf dem Weingut selbst in Flaschen gefüllt werden.

Peter Dostmann

HARRY POTTER GUT ODER BÖSE



Die V. Potterwelle rollt über unsere junge Generation hinweg. Allenthalben helle Begeisterung. Dabei wäre kritisches Hinterfragen dringend geboten. Harry Potter - ein globales Langzeitprojekt - zerstört nämlich das Unterscheidungsvermögen zwischen Gut und Böse und reißt die Hemmschwelle zur Magie ein. Die bekannte Soziologin, Schriftstellerin und Mutter von drei Kindern, Gabriele Kuby, liefert in diesem Buch eine präzise Analyse, wie dies geschieht. Ein Denkanstoß für alle, die sich von einer Massenhysterie nicht manipulieren lassen wollen und Verantwortung für die nächste Generation tragen - für Eltern, Lehrer und Erzieher. Das

Buch enthält eine ausführliche, kommentierte Inhaltsangabe von Band V. Ein mutiges Buch, das sich quer zum Zeitgeist stellt!

GABRIELE KUBY: HARRY POTTER - GUT ODER BÖSE

160 Seiten, 7,80 €, ISBN 3-928929-54-2



**Fe-Medienverlag,
Fr.-Wirth-Str. 4,
88353 Kisslegg, Tel. 07563-92006, Fax: 3381**

Die Autorin:

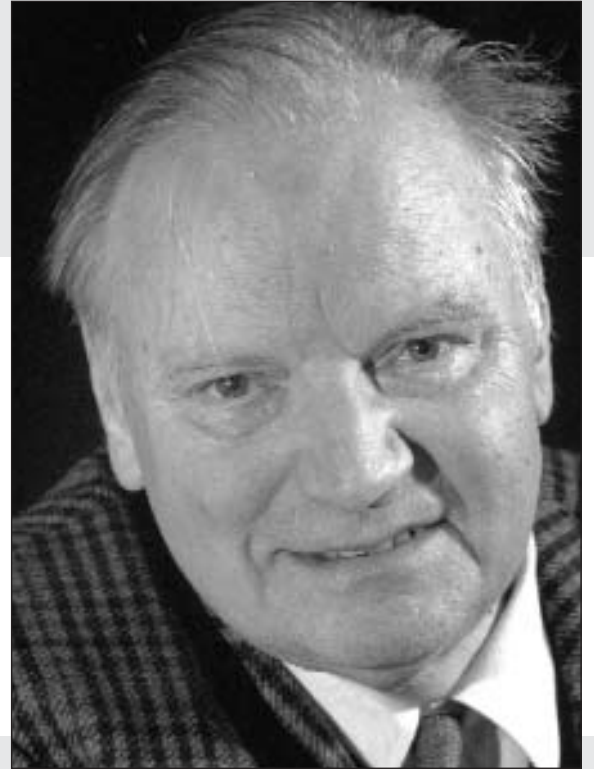
Gabriele Kuby ist Soziologin, Schriftstellerin und Mutter von drei Kindern. Sie ist Autorin des Bestsellers *Mein Weg zu Ma-*



ria - Von der Kraft des lebendigen Glaubens. Darin beschreibt sie ihren Weg der Umkehr von der Studentenbewegung über Esoterik und Psychologie zum katholischen Glauben.

Konservativer Skeptiker

zwischen
Herkunft
und Zukunft



Autorenporträt Odo Marquard

von Felix Dirsch

Nein, ein unverdaulicher und schwer verständlicher Denker ist er nicht. Daran ändert auch so manches Wortungetüm nichts („Inkompetenzkompensationskompetenz“), das sich in seinen Schriften findet. Hat der Leser erst einmal den Sinn und den Inhalt derartiger Formulierungskünste eruiert und sie gekonnt dechiffriert, so ist seine Befriedigung darüber um so größer und er schickt sich an, den Autor zu bewundern, den er zuvor insgeheim verdammt hat.

Die Rede ist von Odo Marquard, einem unverwechselbaren Urgestein in der philosophischen Landschaft der Gegenwart. Wie Sokrates sieht er den Defekt in größerem Maße als die Vollkommenheit, die ohnehin nur selten anzutreffen ist. Beim Men-

schen sowieso. Das Nichtwissen des Griechen ist bei dem Philosophen aus der hessischen Stadt Gießen Inkompetenz. Sie muss nicht nur gewusst, sondern kompensiert werden. In diesem Ausgleich liegt die eigentliche Kompetenz. Es handelt sich dabei also eher um eine minimalistische Fähigkeit. Manchem erscheint dies als wenig, ja zu wenig. Aber muss der menschliche Lebensentwurf darin liegen, maximalistische Forderungen und Zielsetzungen zu vertreten oder anzustreben? Marquard verneint dies. Als bekennender Skeptiker gibt er den grundsätzlichen Anspruch auf, dass Entscheidungen von einem sicheren Wissen geleitet sein müssen; es genüge vielmehr, dass unsere Handlungen auf wahrscheinlichen Überlegungen beruhen.

Eine solche Perspektive rückt notwendigerweise den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtungen, besonders die *conditio humana*. So schwer diese auch zu bestimmen ist: Die Grenzen menschlichen Daseins sind evident. Die Geburtenrate dieses Lebewesens liegt bei hundert Prozent, ebenso die Höhe seiner Mortalität, wie der nüchterne Skeptiker feststellt. Dies mag banal klingen, kann aber zum Ausgangspunkt einer plausiblen philosophischen Anthropologie werden, die die Grundsätze der „*minima moralia*“ beachtet und dabei hilft, die Eigenarten der menschlichen Sitten und Verhaltensweisen, so wie sie sind, also eben ohne vorgefasste Theorie, herauszufinden. Wer den Menschen auf diese Weise zum Gegenstand seiner Erörterungen macht und

sich somit an die Vorgehensweise der abendländischen Tradition der Moralistik („mores“: „Sitten, Anstand“) anlehnt, tut gut daran, seine Person nicht hinter den eigenen Vorstellungen zu verstecken.

Odo Marquard hat daher, was nahe liegt, sein Leben in einigen seiner Aufsätze bereitwillig Revue passieren lassen. 1928 im Pommerschen Stolp geboren, konnte seine Perspektive schon altersspezifisch kaum eine andere als die der „skeptischen Generation“ (Helmut Schelsky) sein. Schon in frühester Jugend lernte er massive politische Indoktrination auf einer Internatsschule kennen, weiterhin erfuhr er die tristen Seiten des jugendlichen Soldatendaseins (sowie der Kriegsgefangenschaft) als auch den Schmerz des Verlusts der Heimat. Übertriebener Optimismus war bereits aufgrund der frühen Biographie kaum angebracht.

Wende zum Besseren

Der numerus-clausus-bedingte Zufall bewirkte aber eine unübersehbare Wende zum Besseren. Nach einem „Schippsemester“, das dem jungen Marquard die Grundlagen des Bauarbeiterdaseins auf allzu praktische Weise vermittelte, schrieb er sich an der Universität Münster ein und fand dort die lebenslang anhaltende intellektuelle Prägung. Er verdankte sie fast ausschließlich einem akademischen Lehrer: Joachim Ritter. Dabei ging es jedoch nicht nur um die Anregungen durch einen Universitätsprofessor, sondern um das geistige Klima des um ihn herum versammelten Kreises. Die so genannte „Münstersche Invasion“ machte früh von sich reden. Bald entstanden beträchtliche Gerüchte über diese Zirkel, ebenso über das von Ritter geleitete „Collegium Philosophicum“, in dem Carl Schmitt seine legendenumwobenen Auftritte hatte und ausnahmsweise keine „Gespräche in der Sicherheit des Schweigens“ führte.

Bereits die Heterogenität des Schülerkreises von Ritter verdeutlicht die hohe Integrationsfähigkeit und Ausstrahlung des anerkannten Aristoteles- und Hegelforschers sowie Ästhetik-Kenners: Wer könnte sich die Philosophie- und Geistesgeschichte der Bundesrepublik Deutschlands seit Mitte der sechziger Jahre ohne Namen wie Hermann Lübbe, Robert Spaemann, Günter Rohmoser, Bernhard Willms, Karlfried Gründer, Günter Bien, Ernst-Wolfgang Böckenförde, Reinhart K. Maurer oder Odo Marquard vorstellen? Während mancher Phi-

losoph viel veröffentlicht, aber kaum gelesen wird, verhält es sich bei Ritter umgekehrt: Er publizierte aufgrund seiner vielen Verpflichtungen in der Hochschulverwaltung sowie wegen der zeitraubenden Vorbereitungen des ‚Historischen Wörterbuchs der Philosophie‘ (in seiner späteren Zeit) nur relativ wenige Schriften. Diese fanden aber um so zahlreichere Rezeptoren.



Gehörte wie Marquard zum universitären Kreis der Ritter-Schule: der große Gegenwartsphilosoph Hermann Lübbe

Was lernten die Angehörigen der Ritter-Schule? Hermann Lübbe brachte den quintessentiellen Lehrinhalt mit prägnanten Begriffen auf den Punkt: Es handelte sich um hochreflektierte Formen von „Antikulturrkritik“ oder, positiv ausgedrückt, es wurden „Lebenstatsachen“ vermittelt. Der Meister machte das zum Thema seiner Lehrveranstaltungen, was das Leben der allermeisten Menschen nachhaltig prägt, ohne üblicherweise zum Gegenstand des Nachdenkens zu werden: die vielfältigen Formen der bürgerlichen Lebensart und Weltanschauung unter Einschluss ihrer komplexen rechtlichen, politischen und religiösen Voraussetzungen. Dass diese Themen das akademische Publikum nicht zu Beifallsstürmen hinreißten, ändert nichts an deren fortdauernd gültiger Relevanz. Dagegen erscheint der seinerzeit heftig umstrittene Verzicht auf die Kritik an verfallsgeschichtlichen Kehren oder an der angeblichen „Verhexung“ der Moderne durch die anrühige „Tauschäquivalenz“ aus der Retrospektive überaus plausibel. Derartige Exaltationen des Denkens,

wie sie von den Antipoden Heidegger und Adorno vorgetragen wurden, faszinierten in ihrem eigenartigen Duktus nur kurzzeitig. Sie thematisierten eher das Außerordentliche als das Ordentliche, eher die Ausnahme als die Regel, das Ideale mehr als die Realität, was durchaus auch als Flucht vom Nahen in das Ferne gedeutet werden kann.

Einfluss auf den Meister

Auffallend am Lehrer-Schüler-Verhältnis der Ritter-Schule ist vor allem die Tatsache, dass der Ältere auf die Jüngeren hörte. Nicht die vielfältigen Einflüsse, die Ritter auf die wichtigsten Marquard-Themen (Kompensationsthese, Ästhetiktheorie, Entzweiung von Herkunft und Zukunft in der Moderne etc.) ausübte, verdienen besonders betont zu werden, da sie eher zum Alltag eines solchen universitären Kreises gehören; vielmehr ließ sich auch der Schulgründer anregen: Das führte sogar dazu, dass man Marquard unterstellte, er habe die Kompensationstheorie dem Meister in den Mund gelegt.

Da der Lehrer einmal eine Zeit lang in der Türkei weilte, erwarb Marquard 1954 bei einem anderen Großen der zeitgenössischen Philosophie den Doktorgrad: Der angehende Skeptiker promovierte bei dem bekennenden Katholiken und Heidegger-Schüler Max Müller, ohne von dessen Lehrinhalten viel zu übernehmen. Das Thema der Arbeit lautete: ‚Skeptische Methode im Hinblick auf Kant‘.

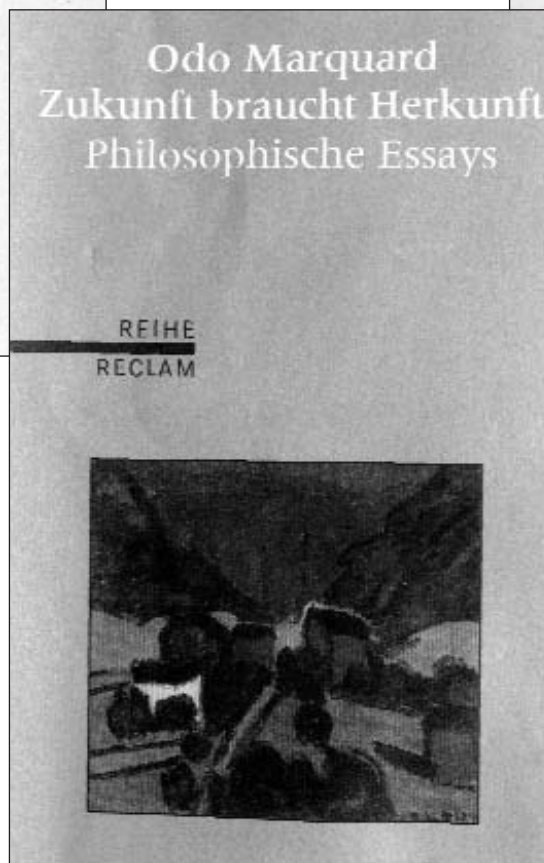
Viele Themen, die Marquard im Laufe der folgenden Jahrzehnte im Rahmen seiner akademischen Tätigkeit weiterverfolgt hat, finden sich bereits ansatzweise in dieser frühen Studie. Dazu zählt etwa die von Hegel besonders herausgearbeitete Dichotomie von Herkunft und Zukunft, aus der sowohl Fortschritts- wie auch Bewahrungphilosophie hervorgehen. Ebenso ist das Interesse an Endlichkeits- und Geschichtsphilosophie an der Ästhetik erkennbar. Im Mittelpunkt der Arbeit steht jedoch eine Interpretation Kants, der quasi gegen eine eindeutige („fundamentalistische“) Deutung in Schutz genommen wird. In dieser offenen, unentschiedenen Hermeneutik bewertet Marquard Kant als Kant und nicht als Fortschrittsphilosophen (wie Georg Lukács) oder als Bewahrungphilosophen (wie Gerhard Krüger). Der junge Doktorand überträgt seine Leidenschaft an der Urteilsenthaltlichkeit auf die Transzendentalphilosophie. Wer dem Königsberger weder das „Heil“ in der

„klassenlosen Gesellschaft“ noch im „Reich Gottes“ zuschreibt, braucht sich von ihm auch nicht enttäuscht abzuwenden und ihn, direkt oder indirekt, zum Verräter an der eigenen, der richtigen, Position stempeln. Im Gegensatz zu seinen beiden genannten prominenten Interpretationsvorläufern verrät die Haltung Marquards einen klaren Hang zur „Entrüstungsabstinenz“. Nachträglich kann man von einer beachtlichen Leistung sprechen, wenngleich der Autor vielleicht manchem Leser noch zu sehr mit Begrifflichkeiten wie „Kontrollvernunft“, „Tota-

nahme des „Surrogates“ des Ästhetischen ein wichtiges Thema des Erstlingswerkes. Als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen wählt er einen Satz von Ritter: „Die Verdrängung fundamentaler Lebensbezüge des Menschen durch die Versachlichungen der modernen Welt erzwingt als Ersatzbildung die ästhetische Subjektivität“. Noch Jahrzehnte später ruft diese Perspektive, wenngleich im allgemeineren Rahmen der Frage nach der Relevanz der Geisteswissenschaften, Debatten hervor.

Es ist sicherlich nicht untertrieben, wenn man in diesem Zusammenhang von einem Lebensthema spricht. Worum geht es bei diesen Kontroversen? Spätestens seit Galileo Galileis Versuch, die Natur ausschließlich mathematisch zu erklären, wird, zumindest aus der Retrospektive, ein methodischer Umbruch erkennbar: Die notwendigerweise methodisch-experimentell eingeschränkte Zugangsweise, die darüber hinaus abstrakt und jederzeit sowie an jedem Ort wiederholbar sein muss, ist gezwungen, kulturelle und geschichtliche Traditionen soweit wie möglich

sich, das im historischen Kontext auf unterschiedliche Weise versucht wurde zu füllen. Marquard geht in diesem Kontext, was eher überrascht, davon aus, dass die Geisteswissenschaften, entgegen einer weit verbreiteten Annahme, jünger als die Naturwissenschaften sind und eine kompensatorische Rolle einnehmen. Sie sollen Identität stiften, denn die Naturwissenschaften machen die Menschen in ihrer jeweiligen Funktion austauschbar. Marquard hat wie Lübke auf die orientierungsstiftende Bedeutung der Geisteswissenschaften hingewiesen. Die nicht wenigen Kritiker der Kompensationsthese weisen darauf hin, dass mit dieser Deutung eine Abwertung verbunden ist, weil es diesem Wissenschaftszweig dann nur noch um die Reaktion, die Antwort, gehen müsste, nicht mehr um die primäre Gestaltung einer Handlung oder Situation. Revolu-



litätsvernunft“ oder „Ding-an-sich-Vernunft“ hantieren dürfte.

Lebensthema

Obwohl bereits der junge Philosoph den Ausspruch Senecas „das Leben ist kurz“ kennt, gehört es sich für einen Verteidiger der Lebensüblichkeiten, die akademischen Gepflogenheiten so weit wie möglich zu respektieren: „vita brevis“, aber „habilitatio longa“. Erst 1987 wird veröffentlicht, was Marquard ein Vierteljahrhundert vorher zu Papier brachte: Thema des zweiten Buches ist die Behandlung der Psychoanalyse als philosophisches Problem. Bereits der Anfang der Studie spezifiziert mit der An-

auszublenen. Dies bringt einen unübersehbaren Identitätsverlust, ein Vakuum, mit

tionsbefürworter oder –planer können eine solche Interpretation, was einleuchtend ist, nicht nachvollziehen.

In der Habilitationsschrift hat Marquard vor dem Hintergrund dieser erkenntnisleitenden Fragestellung die Konvergenz von transzendentalphilosophischer Naturphilosophie und Freuds Psychoanalyse herausgearbeitet. In der habilitationsadäquat schwierigen Sprache lautet diese Sichtweise: „Freuds Psychoana-

lyse wiederholt zentrale Thesen des ‚Depotenzierungsdenkens‘ der transzendentalphilosophischen Naturphilosophie - unter den Bedingungen der Naturentzauberung“.

Berufung

Nach laubbahnensprechender Tätigkeit als Privatdozent und einem eher kurzen Zwischenspiel als Studiendirektor erfolgte bereits 1965 die Berufung nach Gießen, wo Marquard Kollege von Hans Blumenberg wird. Entgegen einer eigenen, ironisch gemeinten Bemerkung bleibt er auch nach 1968 mehr ordentlicher als ‚unordentlicher‘ Professor. Apropos „1968“: Marquard wäre nicht Marquard, wenn er nicht auch die erst später so genannte 68er-Bewegung

treffend einordnen könnte: Der Nichtwiderstand von 1933 gegen die Tyrannei wurde eine Generation später durch den Widerstand gegen die Nichttyrannei, also die Bundesrepublik, nachgeholt - eine Deutung, die zumindest einen Teil der damit einhergehenden Skurrilitäten erklärt. Marquard hat neben seiner Lehrtätigkeit auch eine Reihe von wichtigen Ämtern und Mitgliedschaften inne gehabt, so u.a. zeitweise die Präsidentschaft der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland und die Ordentliche Mitgliedschaft der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung.

Überblickt man die jahrzehntelange Lehrtätigkeit (bis zur Emeritierung in den neunziger Jahren), so fällt die erstaunliche

thematische Kontinuität des Philosophen auf. Die „Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie“, so der Titel einer Aufsatzsammlung aus den siebziger Jahren, aber auch die kritische Haltung gegenüber der Metaphysik bleiben. Anders als in einer eigenen, humorvollen Bemerkung ausgesagt, hat nicht nur Marquards Bauch, sondern auch sein Werk einen Ansatz: Er ergibt sich aus der Zugehörigkeit zu einer breiten, epochenübergreifenden philosophischen Traditionslinie skeptischen Denkens. Diese reicht von der Antike (Pyrrhon von Elis, Sextus Empiricus) über die frühneuzeitliche Moralistik (Balthasar Gracián, Montaigne etc.) und Hume zu Nietzsche, bis hin zu den Usualisten der Ritter-Schule oder einem herausragenden angelsächsischen Politiktheoretiker wie Michael Oakeshott („Zuversicht und Skepsis“).

Vertreter des Habituellen

Marquard hat auf die Aktualität dieses skeptischen Gedankengutes immer wieder insistiert. In seinen vieldiskutierten, im Reclam-Verlag erschienenen Aufsatzbänden aus den achtziger und neunziger Jahren („Apologie des Zufälligen“, „Abschied vom Prinzipiellen“, „Skepsis und Zustimmung“) versucht der Verfasser, seinen Ansatz zu konkretisieren. Als Vertreter des Habituellen ist für ihn der Mensch stets mehr durch seine Gewohnheiten als durch Abweichungen davon gekennzeichnet, mehr durch das Zufällige als durch das Geplante.

Marquard wird wohl die Möglichkeiten von Veränderungen nicht unterschätzen. Er sieht sie aber, relativ betrachtet zum Vorhandenen, immer als den Teil des menschlichen Potenzials, der (auch quantitativ, gemessen an den menschlichen Gesamthandlungen) geringer zu bewerten ist als die Üblichkeiten; denn an Totalrevisionen hindert uns unsere geringe Lebenszeit. Veränderungen setzten daher die Basis des Bestehenden voraus. Dies sei anhand eines einleuchtenden Beispiels begründet: Selbst die meisten finanziell gut ausgestatteten Forschungsunternehmen in den Geisteswissenschaften können selten mehr als 5 Prozent dem vorhandenen Wissen hinzufügen. Auch der herausragende Wissenschaftler weiß, dass er als Zwerg auf den Schultern von Riesen steht.

Eine umfangreichere Gruppe von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen, von der lediglich Stephen Jay Gould (Paläontologie), Jacques Monod (Bio-

NOVO

FÜR DIE FREIHEIT IM DENKEN

„NOVO spart mir Zeit und verändert meine Lesegewohnheiten: Auf rund 300 NOVO-Seiten pro Jahr finde ich mehr unabhängige Gedanken als auf vielen tausend Seiten der deutschen Leitmedien.“
(Dirk Moxeiner, Wissenschaftsjournalist)

„Was ich an NOVO mag, ist der gnadenlos unorthodoxe Blick auf die Welt. Die Lektüre ist ein reflexionsanregendes Wechselbad: Beim Lesen eines Artikels klatsche ich begeistert. Bravo, schon auf der nächsten Seite argere ich mich maßlos und stelle doch fest, dass ich vielleicht meinen eigenen Standpunkt noch mal überdenken müsste.“
(Matthias Bruchhoff, Chefredakteur Luchter Verlag)

NOVO ist mit seinen kritischen Argumenten meistens einen Tick weiter als die Karawane.
(Winfried Hassemer, Richter des Bundesverfassungsgerichts)

Sie machen eine unglaublich tapfere und sogleich so angenehm unpolemische, klare Zeitung. In den besten Momenten etwas, was Der Spiegel, hauptsächlich auf Alltagskriegsgewinn aus, schon lange nicht mehr hat, und im Grundzug wohl auch nie hatte, höchstens in Ausnahmestellen wie Gerhard Meier, dem Sonderfall eines gerechten, aufklärerischen, dabei immer Fragen entdeckten den Berichterstatters – das aber ist bei NOVO der Grundzug.
(Peter Henkel, Schriftsteller)

Wehleidigkeit und Larmoyanz sind auch Formen von Intoleranz. Gegen die „Betroffenheitspolitik“, die im Namen dieser Form der Intoleranz betrieben wird, ist NOVO das wirksamste publizistische Gegengift.
(Detmar Doering, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung)

NOVO verlässt die ausgetretenen Pfade und richtet den Blick nach vorne, fern vom Zeitgeist.
(Roger de Weck, Journalist)

Was scheren uns die Tatsachen? Hauptsache, die Moral von der Geschichte stimmt. Bei NOVO Autoren ist das anders: die gucken hin, auch wenn ihnen nicht passt, was sie sehen. Was früher progressiv war, ist heute Regierungslinie. Manch Zeitgeistkrieger hat's bis heute nicht gemerkt. NOVO-Autoren scheitert das nicht. Sie sind irgendwie immer in Opposition. Was einstmals die taz war, konnte NOVO werden: eine Zeitschrift, die man braucht, weil alle anderen das gleiche schreiben. Fußnote: nur nicht verbiestern dabei! Und keine Rechthabererei! Ansonsten – weiter so!
(Cora Stephan, Publizistin)



Die Doppelangabe NOVO 67/68 kostet 10,- LURU, ein Jahresabonnement (6 Ausgaben) 28,50 EURO (im Ausland 38,50 LURU)

NOVO, Postfach 600643
60330 Frankfurt
Telefon: (069) 97206-701 Fax: 702
www.novo-magazin.de

logie), Anton Zeilinger (Quantenphysik) oder Richard Rorty (Philosophie) genannt seien, betont besonders die Rolle der Kontingenz im menschlichen Leben wie in der Geschichte. Sie arbeitet, wie Marquard, in unterschiedlichen Argumentationszusammenhängen die „Illusion Fortschritt“ (Gould) heraus und begründet damit zumindest indirekt skeptische Vorstellungen gegenüber einem Modell vom linearen Fortschritt, wie sie etwa ein moralistischer Autor wie Balthasar Gracián schon im 17. Jahrhundert geäußert hat: „Immer war sie (die Welt, F. D.) schon, wie sie ist, so werden sie alle vorfinden, und so werden sie alle wieder verlassen.“

Im Kontext seiner skeptischen Gedankengänge spielt auch das „Lob des Polytheismus“ und der „Polymythie“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Der postmoderne Anstrich ist dabei unverkennbar. Marquard hat eine ganz und gar unemphatische Vorstellung von „Mythos“. In Anlehnung an Wilhelm Schapp und Hermann Lübbe versteht er darunter die Verstrickung des Menschen in unterschiedliche Geschichten. Lebenslang wird dieser von Erzählungen begleitet, vom Märchenbuch bis zu den vielfältigen Formen des Klatschs, des Vortrages oder der Standpauke des Ehepartners.

Ohne Geschichten können Menschen nicht leben. Gerade das aber scheint gewisse nachholende Aufklärer zu stören - vielleicht deshalb, weil diese Perspektive eher banal anmutet. Geschichten sind ebenso zahlreich wie „aufklärungsresistent“ (Hermann Lübbe). Da die Geschichte aus zahlreichen solcher Erzählungen besteht, lässt sich kein Ziel der Historie ermitteln. Die Kritik sowohl an der „Monomythie“ als auch am Monotheismus, der in traditionell religiösen, aber auch in modern-ideologischen Varianten auftreten kann, teilt Marquard mit einer Reihe angesehener Wissenschaftler, von denen jüngst besonders Jan Assmann Aufsehen erregte. Letztlich werden von diesem Verdikt die großen Einheitsphilosophien, von Platon bis Habermas, getroffen. Der „Polytheist“ hat mehr Wahlmöglichkeiten als seine Gegner und braucht sich keiner Weltanschauung, Philosophie oder sonstigen Meinung vollständig hinzugeben. Die Gewalten sind für ihn geteilt, was für alle gesellschaftlichen Bereiche gilt.

Apologie des Bürgers

Marquard hat die daraus resultierenden Folgen in unterschiedlichen Kontex-

ten erörtert. Seine Apologie des Bürgers (in der Nachfolge Ritters) hat in dieser Ansicht wesentliche Wurzeln. Die bürgerliche Lebensform erscheint weder als Fisch noch als Fleisch. Gerade deshalb mutet sie wenig aufregend an. Konsequenter ist, dass die Liste ihrer Verächter lang ist. Der ganze „philosophische Extremismus zwischen den Weltkriegen“ (Norbert Bolz) und dessen etwas weniger extreme bundesrepublikanische Erben, die den „Spätkapitalismus“ ins Blickfeld nehmen, zählen dazu. Was Marquard am „Bürger“ verteidigt, ist die Tatsache, dass er eine vielfältige politische, gesellschaftliche und ökonomische Kultur hervorbringt und verteidigt, die eine Fülle von Möglichkeiten eröffnet. Nicht jeder kann sie nutzen. Aber auch diese Option (ob gewollt oder nicht) wird nicht bestraft. Die Bürgerlichkeit ist für Marquard binär codiert: Sie umfasst immer Einheitlichkeit und Vielfältigkeit - im Gegensatz zu den großen Monologen der Utopien und totalitären Bestrebungen.

Ein anderer thematischer Strang, den er seit seinen Erstlingsschriften weiter verfolgte, befasst sich mit den philosophiegeschichtlichen Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ästhetik, Anthropologie und die Geschichtsphilosophie setzen sich vor dem Hintergrund weitreichender geistiger und kultureller Veränderungen durch. Ihre zunehmende Etablierung im philosophischen Diskurs der Zeit impliziert das Bestreben des Menschen, einen Selbststand zu finden, den er in früheren Epochen, aufgrund der Konkurrenz mit dem Göttlichen, nicht besaß.

Man kann aus diesen Tendenzen, ebenso aus den Anfängen der Religionsphilosophie im frühen 19. Jahrhundert, Emanzipationsbestrebungen, aber auch die Suche nach Entlastung herauslesen: Gott fällt als Instanz, die gerechtfertigt werden muss, zunehmend aus. An seine Stelle rückt der Mensch, der deshalb aber auch immer mehr sein Handeln legitimieren muss. Schnell sitzt er auf der (nicht nur philosophischen!) Anklagebank. Es bedarf daher einer Möglichkeit, den Menschen selbst zu enttribunalisieren. Marquard hat mit diesen Gedankengängen auch die Kehrseite dessen aufgezeigt, was gern ohne nähere Umstände als Befreiung ausgegeben wird. Die moderne, nüchterne Rationalität führt notwendig zur „Entzauberung“ der Welt. Was braucht man deshalb als Entlastung? Es entsteht die Ästhetik, die Mittel zur Wiederverzauberung an die Hand geben soll. Was gern als Aktion begriffen wird, entpuppt sich bei näherem

Hinsehen als Antwort. Er gibt auf diese Weise eine eigenartige, aber nichtsdestoweniger faszinierende philosophische Erklärung der von einem Historiker als „Sattelzeit“ bezeichneten Epoche.

Marquard hat neben diesen selbstständigen philosophiegeschichtlichen Deutungen auch seine kulturphilosophischen Vorstellungen offen ausgesprochen. Er nennt sich einen „Modernitätstraditionalisten“. Damit ist mehr als ein bloßes Wortspiel gemeint. Hinter diesem Ausdruck finden sich die für den Menschen wesentlichen „Zeit-Verhältnisse“ (Hermann Lübbe). Nicht zufällig ist er auch mit diesen Ansichten im Gegenwartsdiskurs von maßgeblicher Seite rezipiert. Man lese lediglich das Vorwort des einflussreichen, auf mehrere Bände angelegten Werkes von Henning Ottmann über die ‚Geschichte des politischen Denkens‘ von den Griechen bis zur Gegenwart.

„Modernitätstraditionalist“

Was ist unter einem „Modernitätstraditionalisten“ zu verstehen? Jede Moderne wird einmal zur Tradition, wie auch umgekehrt mancherlei Tradition wieder modern werden kann. Der Mensch braucht beides, Zukunft wie Herkunft, Fortschritt wie Tradition. Vielerlei Arten von Moderne wollen ihre Modernität bewahren. Wie erreichen sie das? Ein Beispiel hierfür ist die bleibend einflussreiche Literatur um 1900. Die Werke von Schriftstellern wie Thomas Mann, Hugo von Hofmannsthal oder Rainer Maria Rilke mutieren zur Klassizität. Das Wort „klassische Moderne“ soll das Altern jener Bücher verhindern und die bleibende Aktualität dieser Bestände sichern.

Man kann diese Zusammenhänge auch im erweiterten Kontext der europäischen Geschichte aufzeigen: Ein grundlegendes Lebensgefühl der Moderne lautet: Die Moderne ist zu wenig modern. Politische Modernität, zu einem wesentlichen Teil in den neuzeitlichen Revolutionen verwirklicht, wurde oft durch die Hypermoderne desavouiert. Auf die bürgerliche Revolution in Frankreich folgte die Zeit der Jakobinerherrschaft. 1789 wurde von 1793 überholt. Napoleons Kaiserkrönung endlich wollte die Errungenschaften der Umwälzungen verfestigen. Strukturanalogien in einem anderen sozialen Umfeld bot das frühe 20. Jahrhundert in Russland. Der Terror der Bolschewiki wollte die Revolution der Menschewiki an Radikalität überholen. Auch hier kommt es

zu einem lang dauernden Versuch der Revolutionsbewahrung. Am Ende der sowjetischen Herrschaft steht in einer radikalen Dialektik von Fortschritt und Fortschrittskonservierung in Permanenz die Gerontokratie.

Die Rezipienten des „Modernitätskonservatismus“ (Ottmann) sehen diesen Begriff wenig spektakulär. Sie wollen aus der Geschichte des politischen Denkens die Voraussetzungen der Freiheit eruieren, da diese sich nicht selbst begründet.

Zukunft braucht Herkunft

Die letzten gut 20 Jahre haben aus dem Skeptiker folgerichtig einen Konservativen gemacht. Diese Bezeichnung hat für Marquard nichts mit einer doktrinären Auffassung zu tun. Er weiß, dass jedes Bestehende und jede Tradition irgendwann einmal zum Neuesten gehört hat. Ebenso ist ihm die Notwendigkeit der Wandlungsbeschleunigung bekannt, die jedoch vom Menschen als „Wesen der Langsamkeit“ bewältigt werden muss. Somit ist die Wirklichkeit häufig, bevor sie angeeignet werden kann, schon wieder Nichtwirklichkeit, was für Marquard nichts anderes bedeutet als den Hinweis auf die Gefahren der Desorientierung. Der Fortschritt bringt eine „tachogene Weltfremdheit“ mit sich.

Schon das Kind muss damit fertig werden, wobei es sich bei der Bewältigung leichter tut: Es nimmt seinen Teddy mit, um von gestern über heute nach morgen zu kommen. Derartige Erörterungen sind alles andere als weltfremd oder abstrakt. Der Käufer teurer Software – und wer ist das heute nicht? – kann die leidvolle Erfahrung machen, dass das imprägnierte Datum einer Neuerscheinung letztlich schon wieder sein Verfallsdatum angibt.

Für Marquard stellt sich nun aber in diesem Zusammenhang die Frage: Wie reagiert der alte Adam auf diese neuen Herausforderungen? Er will Entlastung und entwickelt entsprechende Strategien. Die Informationsüberflutung fördert die Zunahme von Sekundär- statt Primärerfahrung. Oralität ersetzt Textualität. Man lässt sich einfach erzählen, welche neue Literatur erschienen ist. Man reist zu Tagungen, um zu hören, was man nicht mehr lesen kann. Das Mittelbare substituiert immer mehr das Unmittelbare. Es entsteht eine breite Kultur des „Stattdessen“ – und Marquard ist mutig genug, die Konsequenzen daraus zu ziehen

und die Illusion der absoluten Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen aufzugeben!

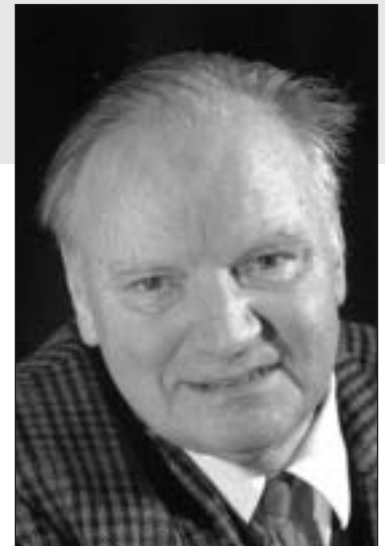
Für ihn gilt unbestritten: „Zukunft braucht Herkunft!“ Dieses Motto (überliefert durch Marquards Doktorvater Max Müller!) stammt auch aus dem Mund Martin Heideggers, der es dann aussprach, wenn er nach ausgedehnten Wanderungen eine Kapelle betrat, um sich mit Weihwasser zu bekreuzigen, obwohl er den überlieferten Glauben schon lange vorher abgelegt hatte. Das Wissen um seine Sterblichkeit wirft den Menschen immer auf seine Herkunft zurück, da die Kontingenz seines Daseins nirgendwo so offenkundig wird wie am Anfang und (durch seine Kenntnis vorweggenommen!) am Schluss seines Lebens.

Humorvoller „Geheimtipp“ deutscher Philosophie

Was ist über das „Marquard-Gespräch“ der Gegenwart festzustellen? Es muss sich um einen bedeutenden Autor handeln, wenn Intellektuelle unterschiedlicher Couleur die Relevanz seines philosophischen Gedankengutes für einen zeitgemäßen, zukunftsfähigen Konservatismus hervorheben. So hat sich eine Gruppe jüngerer Sterne am Philosophenhimmel dafür ausgesprochen, – exemplarisch seien hier Volker Steenblock und Marquards Schüler Franz-Josef Wetz genannt – lieber Marquard und Lübke als die früher hymnisch verehrten Habermas, Apel oder Popper zu rezipieren.

Leider ist die Endlichkeit in Leben und Werk derzeit nicht nur ein theoretisches Thema des vielfach geehrten Philosophen. Vor einigen Jahren erlitt Marquard einen Schlaganfall. Seitdem befindet er sich in der Genesungsphase, die von gelegentlichen Vorträgen unterbrochen wird.

Ein Aspekt darf bei einem Marquard-Porträt nicht unerwähnt bleiben: der besondere Grund, warum er als (nicht mehr neuer!) Geheimtipp der deutschen Philosophie gilt. Gewiss gibt es in Deutschland viele kluge Köpfe auch in diesem Bereich. Aber es existiert kein Vertreter dieser Disziplin (hier ist der sonst verpönte Superlativ ausnahmsweise angebracht!), der auch nur annähernd so humorvoll schreibt wie Marquard. Egal, ob es sich um die Begründung handelt, warum und wie er zum Langschläfer wurde oder um die Zurückweisung von Habermas' Einwänden bei gleichzeitiger Beschreibung seines eigenen Ansatzes als „ohne-ihn-Philosophie“ (gemeint ist mit „ihn“ Habermas selbst!); egal, ob es um das Glück des seit einigen Jahren altersbedingt wiedererlangten Status des (allerdings gut dotierten!) „Privatdozenten“ geht oder die Ironisierung der Düsseldorfer kapitolinischen Jense (gemeint ist Walter Jens!) in Anspielung auf die kapitolinischen Gänse: Marquard ist in besonderer Weise ein Lesevergnügen und steht darin Vicco von Bülow, besser als Loriot bekannt, auf den er zu dessen siebzigsten Geburtstag eine Laudatio verfasste, in nichts nach.



Marquard-Mini-Bibliographie zu Maxi-Themen:

- Schwierigkeiten mit der Geschichtsphilosophie, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1973**
- Abschied vom Prinzipiellen, Stuttgart (Reclam) 1981**
- Apologie des Zufälligen, Stuttgart (Reclam) 1986**
- Aesthetica und Anaesthetica, München (Fink) 1989**
- Skepsis und Zustimmung, Stuttgart (Reclam) 1994**
- Glück im Unglück, München (Fink) 1995**
- Philosophie des Stattdessen, Stuttgart (Reclam) 2000**
- Zukunft braucht Herkunft. Philosophische Essays, Stuttgart (Reclam) 2003**

criticón

criticón 33. Jahrgang – 2003 – Nr. 177-180

AUFSÄTZE:

- BAADER, Roland: Papiergeldzauber und die Verirrungen der „Gesellschaftsingenieure“; 180, 19
- BAADER, Roland: Voodoo-Ökonomie; 178/179, 24
- BRAUN, Isabel: Herbststaffel der „Zeitgespräche mit Prominenten“ 2003: Wie kommt Deutschland aus der Krise?; 180, 27
- BÜHLER, Bernd Oliver: Deutschland und Europa – Wegweiser für die Zukunft?; 178/179, 43
- GÄRTNER, Edgar: Windräder, Demokratie und Wirtschaftskrieg; 178/179, 51
- GEPPERT, Dominik: Die Thatcher-Revolution. Vorbild für Deutschland?; 180, 12
- HAMER, Eberhard: Was machen wir, wenn die Krise kommt?; 177, 34
- HANKEL, Wilhelm: Warum die „Agenda 2010“ zu kurz greift. Ein Fünf-Punkte Programm zur Überwindung der deutschen Krankheit; 178/179, 27
- HÖFER, Max: Keine Angst vor Eigenvorsorge; 178/179, 37
- HORX, Matthias: Der Mittelstand muss raus aus der Mitte; 177, 32
- LANGE, Ansgar: „Amerika ist überall“; 177, 22
- LANGE, Ansgar: Konservativ 2003. Ein Plädoyer für das Ende bürgerlicher Feigheit; 178/179, 53
- LANGE, Ansgar: Ein Leben wider den Zeitgeist. Nachruf auf Armin Mohler; 178/179, 72
- LINDENBERG, Andreas: Was kommt nach der New Economy?; 178/179, 49
- MATTHES, Axel: Gehorsame und Wagnisse IX; 177, 46

- MATTHES, Axel: Gehorsame und Wagnisse X; 178/179, 69
- MAXEINER, Dirk und Michael Miersch: Deutschland allein zuhaus'; 178/179, 47
- MIRBACH, Horst: Der Fall Babcock Borsig. „Rheinische Verstrickungen“ und die Moral der Manager; 177, 20
- MIRBACH, Horst: Deutschland im Dickicht von Regelungen und Gehorsamsverlangen. Ein Plädoyer für mehr Grundgesetztreue von Politik und Justiz; 177/179, 31
- MIRBACH, Horst: Nachhaltige Berufsbildung. Konzept für eine Neuordnung der Berufsbildung; 180, 34
- MÖLLER, Horst: Vergeudung von Steuergeldern in Milliardenhöhe für Umschulungsmaßnahmen; 180, 37
- OHOVEN, Mario: Reformen dulden keinen Aufschub. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und

Umbau des Sozialsystems als Wachstumsmotoren für den Mittelstand; 178/179, 35

• RADNITZKY, Gerard: Arbeits-„Markt“ und Gewerkschaft; 177, 25

• SCHÖN, Max: Für mehr privates Bildungsunternehmertum in Deutschland!; 178/179, 40

• SOHN, Gunnar: Countdown für das DSD-Müllmonopol. Wirtschaft und Kartellamt wollen mehr Wettbewerb; 177, 40

• SOHN, Gunnar: Nachfragekartell des Grünen Punktes gerät ins Wanken; 180, 39

• SOHN, Gunnar: wolcraft-Modell für eine Soziale Betriebswirtschaft; 180, 30

• WARRAQ, Ibn: Warum ich kein Muslim bin (exklusiv Vorabdruck); 178/179, 67

• WOLFF, Robert: Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand – bald nur noch eine Utopie; 177, 31

PORTRÄTS:

- HERMANN LÜBBE: Konservativer Denker der Zivilisationsdynamik (Felix Dirsch); 178/179, 61
- MARIO OHOVEN: Die Stimme des Mittelstandes (Gunnar Sohn); 177, 29
- LUDWIG VON MISES: Leidenschaftlicher Denker gegen den allmächtigen Staat. Zum 30. Todestag Ludwig von Mises' (Guido Hülsmann); 180, 23
- HARBULOT, Christian: Informationen als Waffe. Mit List und Tücke gegen die europäische „Schafsethik“; 177, 15
- HELLWIG, Martin: Dirigistisches Überwachungsdenken behindert Konkurrenz des Grünen Punktes; 178/179, 57
- RAFFELHÜSCHEN, Bernd: „Wir müssen jetzt handeln“; 178/179, 38
- STARBATTY, Joachim: Das Maultaschenprinzip und die Logik der Umverteilung. „Agenda 2010 nur eine Notoperation“; 178/179, 17
- BERNHOLZ, Peter: Monetary Regimes and Inflation. History, Economics and Political Relationships (Gerard Radnitzky); 180, 52
- BUCKLEY, William F. Jr.: Getting it Right. A Novel (Till Kinzel); 178/179, 75
- COLE, Benjamin Mark: Die Rattenfänger der Wall Street - Wie Analysten die Börsenwelt manipulieren (Gunnar Sohn); 178/179, 78
- CULIANU, Ioan Petru: Eros und Magie in der Renaissance (Till Kinzel); 177, 53

BUCHBE- SPRECHUNGEN:

- Educating the Prince. Essays in Honor of Harvey Mansfield. Hg. von Mark Blitz und William Kristol (Till Kinzel); 180, 56
- FUKUYAMA, Francis: Das Ende des Menschen (Edgar Gärtner); 177, 54
- GAULAND, Alexander: Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes (Ansgar Lange); 177, 54
- GEPPERT, Dominik: Die Ära Adenauer (Ansgar Lange); 180, 48
- GNOLI, Antonio und Franco Volpi: Die kommenden Titanen. Gespräche mit Ernst Jünger (Volker Strebel); 180, 58
- HENNECKE, Hans Jörg: Die dritte Republik. Aufbruch und Ernüchterung (Ansgar Lange); 180, 48
- HOMES, Alexander Markus: Von der Mutter missbraucht (Karin Jäckel); 178/179, 76
- JÄGER, Wolfgang: Wer regiert die Deutschen? Innenansichten der Parteidemokratie (Ansgar Lange); 180, 48

- LANGGUTH, Gerd: Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke (Felix Dirsch); 177, 51
- NAWRATIL, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewusstsein (Holger von Dobeck); 177, 55
- ROTHER, Andreas: Unternehmensphilosophie in Textbausteinen (Ansgar Lange); 180, 53
- SCHRÖDER, Joachim: Die U-Boote des Kaisers (Astrid Mannes); 177, 58
- STEPPAN, Rainer: Versager im Dreiteiler – Wie Unternehmensberater die Wirtschaft ruinieren (Gunnar Sohn); 180, 54
- STÖVER, Bernd: Die Bundesrepublik Deutschland (Ansgar Lange); 180, 48
- ULFKOTTE, Udo: Der Krieg in unseren Städten. Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern (Holger von Dobeck); 178/179, 78
- WEICK, Karl E. und Kathleen M. Sutcliffe: Das Unerwartete managen. Wie Unternehmen aus Extremsituationen lernen (Gunnar Sohn); 177, 57

KOLUMNEN, GLOSSEN

- BOUILLON, Hardy: Der Wettbewerb als Befreiungsinstrument; 178/179, 8
- BOUILLON, Hardy: Glaubenskriege; 177, 5
- CONAN, Friedrich: Emails vom Tage, 2. Folge; 177, 12
- CONAN, Friedrich: Emails vom Tage, 3. Folge; 178/179, 15
- CONAN, Friedrich: Emails vom Tage, 4. Folge; 180, 46
- CRITILLOS REISEN. Denkwerkstätten groß und klein (Casper von Schrenck-Notzing); 177, 39
- DOSTMANN, Peter: Spritzig; 178/179, 73
- DOSTMANN, Peter: Wein macht Sinn; 177, 45
- GLOGOWSKI, Erhard: Klugheitslehre für Manager. Gracián und die Kunst der Karriereplanung; 178/179, 5
- HÜLSMANN, Guido: Stabilität á la européenne; 180, 5

- HÜLSMANN, Guido: Der Staat muss schrumpfen, damit die Bürgergesellschaft wächst!; 178/179, 4
- LINDENBERG, Andreas: Aus der Traum ...; 177, 9
- MAXEINER, Dirk und Michael Miersch: Deutscher Volkssport „Amerikabashing“; 180, 6
- RADDATZ, Hans-Peter: EccE! Blick auf die Zeit; 177, 27
- RADDATZ, Hans-Peter: EccE! Blick auf die Zeit; 178/179, 60
- RADDATZ, Hans-Peter: EccE! Blick auf die Zeit; 180, 33
- RADNITZKY, Gerard: Freitod und letzte Hilfe als philosophisches Problem; 180, 7
- RUDORF, Reginald: Der Antiamerikanismus; 177, 7
- SCHNEIDER, Andreas: Der Nationalismus der Linken und das historische Versagen der Rechten. Protagonisten und Choreographie; 178/179, 10

- SCHÖNING, Falk: Die Friedens-Tauben; 177, 6
 - SCHÖNING, Falk: Reden wir nicht über Deutschland. Handeln wir; 178/179, 9
 - SOHN, Gunnar: Der Irakkrieg und das folgenlose Empörungsgelaber der Medienmaschine; 177, 4
 - SOHN, Gunnar: Hayek, Thatcher und die Malaise der Konsensdemokratie; 178/179, 6
 - SOHN, Gunnar: Tarifkartell ruiniert Deutschland; 180, 4
- ## MITTELSTANDS- MELDUNGEN
- Basel II und die Bedeutung des Geomarketings. Der Nutzen digitaler Landkarten für Vertrieb und Marketing; 177, 37
 - Bundesrat sieht Wettbewerbsnachteile für das deutsche Direktmarketing; 178/179, 56
 - Creditreform: Neue Rekordmarke bei Insolvenzen; 180, 42
 - Deutschland braucht Impulse für neues Unternehmertum – „Small-Business-Act“ auf gesamten Mittelstand ausdehnen; 177, 37

- Die Grenzen der traditionellen BWL und der Wert des Kunden; 180, 43
- Die missachtete Macht. Mittelstand im Machtstrudel des Staates und der Großkonzerne; 180, 42
- Expertenstreit: Outsourcing und das Ende des schlanken Betriebes; 180, 44
- Gesetzgebung bei werblichen Telefonanrufen; 178/179, 56
- Interim Manager stärker gefragt. Manager auf Zeit nicht nur „Feuerwehrleute“; 177, 38
- Mikromarketing statt Massenvermarktung. Neue Spielregeln des Wirtschaftslebens; 178/179, 56
- Zwangsmitgliedschaft verstößt gegen EU-Recht. Italien vom EuGH wegen Handelskammerzwang verurteilt; 177, 38

Allahs Schleier

Ein gar nicht so überraschendes
Resultat interkultureller Toleranz:

die Frau als Vehikel
für den männlich
dominierten „Dialog
mit dem Islam“



Hans-Peter Raddatz:
**Allahs Schleier – Die Frau im Kampf
der Kulturen**
München:
Herbig-Verlag 2004
472 Seiten
34,90 Euro
ISBN 3-7766-2366-7

Der Islamwissenschaftler Hans-Peter Raddatz hat nun den letzten Band seiner Islam-Trilogie vorgelegt. Nach ‚Von Gott zu Allah?‘ und ‚Von Allah zum Terror?‘ beschäftigt er sich in ‚Allahs Schleier – Die Frau im Kampf der Kulturen‘, ebenso umfassend wie in den beiden anderen Bänden, mit Fragen der Macht und Gewalt, hier speziell im Hinblick auf die Frau, die im Westen und Islam unterschiedlich beantwortet werden.

Da die Geschlechterdifferenz eine überpolitische Menschheitsfrage ist, spannt der Autor einen weiten Bogen von der mythischen Urtrennung bis zum modernen Geschlechtskonsumismus. Wenngleich er damit ein enormes intellektuelles Wagnis eingeht, gelingt es ihm – um das wesentliche Ergebnis vorwegzunehmen – eine doppelte Einsicht zu

öffnen. In über weite Strecken geradezu fesselnder Weise wird dem Leser die Zeitlosigkeit geschlechtsspezifischer Weltbilder und zum anderen die offenbar kaum veränderbare Verbindung zwischen Macht und Masse, Elite und Volk, sowie – männlicher – Kultur und – weiblicher – Natur vorgestellt.

Ob in prähistorischen Urhorden, ob in vorchristlichen bzw. vorislamischen Kulturen oder ob im Christentum oder Islam selbst – immer formieren sich männliche Priester- oder Führungseliten, die rigoros drei Bereiche besetzen und „verwalten“: das jeweils machtspendende Gottesbild, den materiellen Besitz und die weibliche Sexualität. Dabei erfahren wir allerdings, dass sich im indo-iranischen und mesopotamischen Kulturkreis zwei offenbar unterschiedlich formgebende Frauenbilder entfalteteten. Ersterer beruhte auf der Landwirtschaft und erkannte die Erlösung im Geiste sowie die Frau eher als *Individuum* in der Einehe, während man sich im nomadischen Stammland des Orients im genealogischen Fortleben erlöst sah und dabei die Frau als polygames Teil eines biologischen *Kollektivs* zu befruchten hatte.

Auch wenn man einzelnen Wertungen vielleicht nicht zustimmen mag, zeigt Rad-

datz insgesamt überzeugend, wie sich diese Kulturwurzeln im Christentum und Islam fortsetzten und heute mit der – männlich dominierten – Ideologie eines islamisch besetzten Multikulturalismus zu einem beklemmend biologistischen Machtglauben verbinden. Denn wie der Autor detailliert nachweist, hat sich der „neue“ Islam unserer Zeit nicht sehr weit von seiner „alten“, historischen Version, seinem politischen Herrschaftsideal und repressiven Frauenbild entfernt.

Indem sich nun allerdings der Westen mit ungehemmter Zuwanderung und einem einseitigen „Dialog“ immer weiter den Forderungen nach Moscheebau, Muezzinruf, Islamunterricht etc. öffnete, schreitet die authentische Installation des islamischen Rechtssystems (Scharia) voran. Er gibt zugleich Elemente preis, die einst die eigene Kultur entscheidend prägten: die christlich-humanistische Individualität, die wissenschaftliche Objektivität und damit auch die Grundrechte der Demokratie.

Aus diesem Verlust, der ganz wesentlich auch durch die bewusstseinsverändernde Wirkung der modernen Bilderwelt verstärkt wird, entwickelt Raddatz die These von der „dritten Ideologie“ des Proislamismus – nach

Sozialismus und Faschismus. Mit einer Fülle erstaunlicher Beispiele verdeutlicht er die gnostische, d.h. überpolitische, quasi-religiöse Dimension dieser Ideologie, die er durch überzeugende Argumente untermauert. Sowohl die Kulturkritik als auch die Totalitarismusforschung und nicht zuletzt die zeitgenössische Soziologie sind sich in der Beurteilung des Phänomens einig. Aus einer diktierten Toleranz für ein politreligiöses System wie den Islam, der selbst keine nichtislamischen Systeme toleriert, entwickelt sich in Europa – zu Lasten aller Frauen – eine Strömung, die schon jetzt islamische Gewalt rechtfertigt. Die Öffentlichkeit soll mit der Doktrin „Islamismus ist nicht gleich Islam“ an der Erkenntnis gehindert werden, dass es ersteren ohne letzteren nicht geben kann.

Inzwischen entsendet das deutsche Außenministerium Vertreter zu Konferenzen mit Terroristen der Hisbollah im Libanon,

lehnt der Leiter des öffentlich finanzierten Deutschen Orient-Instituts die Reziprozität westlicher Toleranz für die islamischen Länder als „Menschenrechtsfundamentalismus“ ab, wertet die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung die türkisch-radikale *Milli Görüş*, die vom Verfassungsschutz als staatsgefährdend eingestuft wird, zu einer Gruppe auf, die „deutliche Tendenzen zu demokratischer Differenzierung“ entwickelt.

Raddatz' neues Buch analysiert ein komplexes Geschehen nachvollziehbar, nämlich die Entwicklung der westlichen Neo-Islamisten, zu einer „Elite“, der das Mehrheitsinteresse gleichgültig ist. Wenn auch zukünftig islamische Gewalt verständnisvoll interpretiert und dem Islam keine Forderungen auf Geltung der Universalen Menschenrechte „zugemutet“ werden, dann müssen wir uns tatsächlich auf einen „Kampf der Kulturen“ einrichten. Die Debatte um das Kopftuch wird

dabei eine der harmloseren Facetten sein, wenngleich sie offenbar geeignet ist, den Kreis zum Mythischen zu schließen: die Besetzung des Weiblichen durch den männlichen Machtanspruch, der sich seit Urzeiten die passenden Gottesbilder selbst schmiedete, also immer „religionsfrei“ war. Dieses Buch ist ein großartiges Plädoyer für die Humanität, es fordert die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Trennung von Staat und Moschee, somit den Verzicht des Islam auf die Scharia, ein menschenverachtendes System, in dem es auch im 21. Jahrhundert noch Körperstrafen bis hin zur Steinigung gibt und das Verlassen der Religion verfolgt wird. Es wendet sich gegen die Macht des Menschen über den Menschen und ist ein Bekenntnis zur Demokratie und eine Warnung hinter die Aufklärung zurückzufallen.

Caroline David

Gerechtigkeit

Der Politikphilosoph Anthony de Jasay analysiert einen vielschichtigen Begriff

Anthony de Jasay: Justice and its Surroundings
Indianapolis: Liberty Fund 2002
Pb., 321 Seiten
ISBN 0865979774

Der Autor ist ein ungarischer Aristokrat, der in Australien Ökonomie studierte, dann an der Oxford Universität lehrte – was heißt, dass er direkt aus der fernen Provinz (man denke an Oscar Wilde's ‚This world, the next world, or Australia‘) direkt ins „Allerheiligste“ kam –, später Investmentbanker wurde (da er meinte: „Von einem Professorengehalt könne er nicht leben“) und schließlich

sich als Privatgelehrter etablierte. Meines Erachtens ist er der interessanteste Politikphilosoph des 20. Jahrhunderts. Trotz einer Anzahl von Büchern ist er keinesfalls allgemein bekannt, sondern besonders im deutschen Sprachbereich eher ein Geheimtipp. Wenn ich ihn mittels einer Etikette charakterisieren sollte, würde ich „libertarian conventionalist“ wählen: ein Ökonom der Österreichischen Schule der Ökonomie, jedoch (im Gegensatz zum Apriorismus der Mises-Anhänger) mit einer soliden Erkenntnistheorie gestützt auf David Hume. „Libertarian“, da er davon ausgeht, dass das Individuum im Prinzip frei ist, eine bestimmte Handlung auszuführen, solange es keine gültigen Einwände gegen diese Art von Handlung gibt, und dass

es der Gegenredner ist, also derjenige, der behauptet, es gäbe gültige Einwände, der die Beweislast trägt. „Konventionalist“ in dem Sinn, dass er eine Sozialordnung, die auf der Vertragskonvention und Reputation (begründetem Vertrauen) aufbaut – „Ordered Anarchy“ –, für eine mögliche und attraktive Alternative zum Staat hält. Jasays Logik ist einwandfrei, sein Stil meisterhaft.

Der vorliegende Band ist klar strukturiert und der Titel sagt genau worum es geht. Die zentralen Essays, die sich mit Gerechtigkeit befassen, sind umgeben von Essays, welche die Umwelt von Gerechtigkeit untersuchen, Topoi die sich bei Diskussionen über Gerechtigkeit aufdrängen und oft mit Gerech-

tigkeitsproblemen konfundiert werden. So behandelt der erste Teil, ‚The Needless State‘ den Staat; der zweite Teil befasst sich mit der Umverteilung und führt damit zum dritten, dem zentralen Teil mit dem Essay, ‚Justice‘. Ihm folgt der vierte Teil, ‚Socialism‘ und der fünfte ‚Freedom‘.

Philosophische Diskussion

Der zentrale Essay gibt eine Explikation des Begriffs ‚Gerechtigkeit‘: Der vieldeutige und vage Begriff der Umgangssprache und der Politik soll in bestimmten Bereichen, vor allem in der politischen Philosophie, durch einen Begriff ersetzt werden, der ein besseres intellektuelles Instrument ist. Der umgangssprachliche Gebrauch von „Gerechtigkeit“ ist ein Musterbeispiel für den politischen Gebrauch der Sprache. Er ist so konfus, dass eine Analyse dieses Begriffs, (des „Explikandum“ wie man es in der Philosophie nennt) nichts bringen würde. Deshalb nimmt Jasay die philosophische Diskussion zum Ausgangspunkt. Den Kern bilden zwei Prinzipien: das aristotelische „Suum cuique tribuere“ und „Gleiche Fälle gleich behandeln!“ Das Prinzip „Jedem nach seinem Verdienst“ wird evoziert, wenn wir fragen: „Verdient er, was er verdient?“ (Does he deserve what he earns?). Das Prädikat „x ist gerecht / ungerecht“ wird ausgesagt von individuellen Handlungen. Die Verbindung von Handlung und Folgen (Belohnung oder Sanktionen), von Handlungsfreiheit und Verantwortung, steht im Vordergrund. Das Individuum ist verantwortlich für seine Taten. Der Blick richtet sich also hauptsächlich in die Vergangenheit.

Suggestivdefinitionen

Das zweite Prinzip führt zur Frage: was macht zwei Fälle „gleich“? Es wird gezeigt, dass das Problem darin besteht, die Kriterien dafür zu legitimieren, dass zwei Fälle in relevanter Hinsicht gleich sind. Dass dieses zweite Prinzip für rationale Erwartungen und Stabilität einer Gesellschaft unentbehrlich ist, leuchtet sofort ein. Das dem zentralen Essay vorausgehende Kapitel befasst sich mit den Verschmutzungen der intellektuellen Umwelt von „Gerechtigkeit“, mit Suggestivdefinitionen des Ausdrucks ‚gerecht‘. Vor allem folgende Versuche sind en vogue: Gerechtigkeit als „Fairness“ (John Rawls), Gerechtigkeit als Unabweisbarkeit (non-rejectability, T. M. Scanlon), Gerechtigkeit als Unparteilichkeit (impartiality, Brian Barry). Allen ist gemeinsam, dass Gerechtigkeit expliziert wird als etwas anderes als Gerechtigkeit. Besonders Rawls' Theorie erfreut sich großer

Beliebtheit, sogar bei Ökonomen. Warum? Ihr substantieller Gehalt entspricht dem sozialdemokratischen Klima (bzw. in den USA dem amerikanischen Liberalismus – „east-coast order „big-government liberals“). An dieser Stelle greift der Begriff „Gerechtigkeit“ in die soziale Umwelt ein. Der Ausdruck ‚gerecht‘ wird nun ausgesagt, nicht mehr von Handlungen, sondern von Zuständen. Damit wird ein völlig anderer Begriff als der ursprüngliche Begriff der Handlungsgerechtigkeit unterschoben. Ein bestimmter Zustand einer Gesellschaft wird als „ungerecht“ bezeichnet, weil er einem bestimmten, vorgefassten normativen Ideal nicht entspricht. Der Blick richtet sich also auf die Zukunft: welchen Zustand „solidarische“ Gutmenschen herbeiführen wollen. Die Behauptung, dass dies im Namen der Gerechtigkeit geschehe, dient dann dazu, die Forderung nach Veränderungen zu begründen.

Im Namen der Gerechtigkeit?

Leute, die ihr vorgefasstes Ideal durchsetzen wollen, können jetzt ihre Aktion als Beseitigung von Ungerechtigkeiten kammouffieren, sich als Moralapostel „outen“, anstatt offen zu erklären, dass sie ihren Willen anderen aufzwingen wollen. Sie dürfen nebenher sogar hoffen, die „Akzeptanz“ dieser anderen zu den sie benachteiligenden Änderungen zu gewinnen, wenn sie behaupten, dies geschehe im Namen der Gerechtigkeit. Mit einer auf dieser holistischen Gerechtigkeitsinterpretation basierenden Rhetorik wird die umverteilende Staatstätigkeit als Mittel, um „Ungerechtigkeiten“ zu beseitigen, dargestellt. „Ungerechtigkeiten“ zu finden, kostet den Politikern wenig Mühe. Mit dem Arsenal an „Ungerechtigkeiten“ befasst sich Kapitel 6, ‚A stocktaking of perversities‘. Zu den Perversitäten gehört auch die Idee eines „Market Socialism“, einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ (Kapitel 14). Die Interventionen des Staates, die vorgeblich der Beseitigung von Ungerechtigkeiten dienen, haben meistens keine guten Folgen. So führen Maßnahmen, deren erklärte Absicht es ist, Trittbrettfahren zu verunmöglichen, oft nicht zur Verringerung des Trittbrettfahrens, sondern im Gegenteil zu mehr Zwang und auch dazu, an Stelle der Individuen, die freiwillig beigetragen haben, nunmehr die Rollen von Trittbrettfahrern und „Dummen“ durch staatlichen Zwang festzulegen. Besonders deutlich ist das in der Demokratie, wo die Majorität, die Mitglieder der Verliererkoalition dazu zwingt, Vorhaben mitzufinanzieren, die sie selbst für wünschenswert hält (Kapitel 2 ‚Taxpayers, suckers, and free riders‘). Der Zusam-

menhang zwischen Trittbrettfahren und dem Gefangenendilemma liegt auf der Hand. Jasay zeigt, dass nicht nur bei einem Zweipersonenspiel, sondern auch bei Mehrpersonenspielen, der Staat keine notwendige Bedingung dafür ist, dass eine kooperative Lösung des Dilemmas zustande kommen kann (Kapitel 3, ‚Prisoners' Dilemma and the Theory of the State‘). Das ist höchst relevant für das Problem der so genannten öffentlichen (steuerfinanzierten) Güter. (Es wäre lohnend, diese Problematik in Bezug auf die laufende Debatte um Denkmäler als öffentliche Güter [oder öffentliche Übel] durchzuspielen: Mahnmale für Holocaust, Mahnmale für Vertreibung, für dieses und Jenes – was man hier privatisieren, dem Markt überlassen könnte und sollte, anstatt dem Bürger zwangsweise Geld aus der Tasche zu ziehen.)

Worthülsen

Die zeitgenössische politische Rhetorik quasselt oft von „sozialer Gerechtigkeit“, ohne zu fragen, was macht eine bestimmte Art von Gerechtigkeit sozial? Gibt es auch eine Gerechtigkeit, die nicht-sozial ist? Was macht die so genannte „soziale Gerechtigkeit“ überhaupt zu einer Abart von Gerechtigkeit? Der Ausdruck erweist sich als Leerformel; ideologische Pfadfinder beeilen sich, die Worthülse mit Inhalt ihres Geschmacks zu füllen. Die modernen Prokrustes und die Robin Hoods sind hier in ihrem Element, denn sie wissen, was „gerecht“ ist. Man hört Politiker sogar von einer „Gerechtigkeitslücke“ fasseln. Soeben forderte der Verdi-Vorsitzende öffentliche Investitionen auf der Basis einer „gerechten“ Besteuerung. Kurz, in der pseudomoralischen Machtpolitik ist „Gerechtigkeit“ ein wichtiges Instrument. Das gilt insbesondere für die Sozialdemokraten in allen Parteien. Jasays Buch kann allen denen helfen, die auf diesem Gebiet klar denken wollen.

Gerard Radnitzky
www.radnitzky.de

Die Vertreibung aus dem Zeitschriftenparadies



Hans-Christof Kraus (Hg.): Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur. Fünf Fallstudien (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Band 4). Berlin: Duncker & Humblot 2003, 190 Seiten, 58,- Euro, ISBN 3-428-11037-4.

Der verstorbene Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg hat die Jahre 1945 bis 1949 als die „Blüteperiode der Zeitschriften“ bezeichnet. Nach der geistigen Öde des „tausendjährigen Reiches“ hatten viele Menschen Hunger nach neuen Ideen. Papier und Bücher waren knapp. Daher griffen die Leute lieber zur Zeitschrift. Ungefähr 150 bis 250 kulturpolitische Zeitschriften existierten bald nach Kriegsende. Millionen von Exemplaren gingen durch die Hände einzelner Leser oder ganzer Lesezirkel. Heutzutage bringt es ein Periodikum vom Rang des *Merkur* vielleicht noch auf 3.000 bis 4.000 Exemplare.

Wenn man zu dem Schluss kommt, dass es heute kaum noch anspruchsvolle kulturpolitische Zeitschriften gibt, da ihr Geschäft von den großflächigen Feuilletons der *FAZ* und der *SZ* besorgt wird und viele nicht mehr bereit sind, längere Zeitschriftentexte zu lesen, so darf man sich getrost mit historischem Interesse der Zeitschriftenforschung zuwenden. In der jüngsten Zeit sind drei interessante Publikationen über verschiedene Zeitschriften erschienen, die zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik erschienen sind.

Dieser Sammelband bietet viele Vorteile. Die seriöse Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung des ehemaligen *críticón*-Herausgebers Caspar von Schrenck-Notzing hat in Hans-Christof Kraus einen ausgewiesenen Kenner des deutschen Konservatismus als Herausgeber gewonnen. Die übrigen Autoren (Felix Dirsch, Dieter J. Weiß, Karlheinz Weißmann und Guido Müller) bringen neben viel Sympathie für konservatives Ge-

dankengut auch die Fähigkeit mit, Verirrungen des deutschen Konservatismus z. B. in der anbrechenden Nazi-Zeit kritisch zu beleuchten. Alle Aufsätze basieren auf gründlicher Recherche und stellen wichtige Presseerzeugnisse wie die *Süddeutschen Monatshefte* (Kraus steuert hierzu einen exzellenten Beitrag bei), das *Hochland* (der Beitrag von Felix Dirsch ist äußerst fundiert, leider aber auch nicht unbedingt „eingängig“ geschrieben), die *Historisch-politischen Blätter* und die *Gelben Hefte* (Dieter J. Weiß), das *Gewissen* und der *Ring* (Weißmanns Aufsatz ist neben demjenigen von Kraus der beste dieses Bandes) und die *Europäische Revue* (Guido Müller) dar.

Hier kann nicht auf alle Beiträge eingegangen werden. Eines machen die Autoren jedenfalls auf sachlich-nüchterne und umsichtig argumentierende Art und Weise deutlich: Moralische Verurteilungen mancher konservativer Positionen in der Zeit zwischen

Kaiserreich und „Drittem Reich“ mit dem moralischen Pathos der bundesrepublikanischen Wohlstandszöglinge stehen uns nicht zu. Kraus macht diesen Ansatz in seinem klugen Vorwort deutlich: Die Ideen und Gedanken der fünf Fallbeispiele kulturpolitischer Zeitschriften sind „Reaktionen auf jene säkulare Krise, die durch den Ersten Weltkrieg in Europa und besonders im durch den Versailler Vertrag schwer gedemütigten Deutschland ausgelöst worden war“.

Moralische und politische Blindheit fand sich auch zur Genüge auf der linken Seite, wofür die linksradikale *Weltbühne* nach dem Tode Siegfried Jacobsohns ein Beleg ist: „Dieses philokommunistische Organ hat, indem es seine eigenen infantilen Ressentiments (Soldaten sind Mörder) wöchentlich mit großer Vehemenz publizierte und damit die entsprechend vehementen Gegenressentiments mobilisierte, beträchtlich zum Siege Hitlers beigetragen. Das gilt zumal für ihre Haltung nach dem Tode des klugen Siegfried Jacobsohns (1926), an dessen Stelle Carl v. Ossietzky trat(...), der nicht begriff, was unter seiner Verantwortung getrieben wurde, wie sehr diese Art des Kampfes gegen Hitler dessen Machtergreifung gerade förderte.“ (Winfried Martini)

Seinen Aufsatz über die *Süddeutschen Monatshefte* (1904-1936) stellt Kraus unter die bezeichnende Überschrift ‚Kulturkonservatismus und Dolchstoßlegende‘. Er weist überzeugend nach, dass sich das zeitweilig sehr einflussreiche Organ bis Mitte der 20er Jahre vor allem mit der Frage nach der Schuld am Kriegsausbruch und den eigentlichen Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im November 1918 beschäftigte. In einem sehr traditionellen Sinne konservativ-national orientiert, trat die Zeitschrift nach 1918 für die Wiederherstellung des Kaiserreiches ein.

Felix Dirsch bescheinigt dem katholischen *Hochland*, dass es für den Ausbruch aus dem katholischen Getto eintrat. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts war katholische Literatur im deutschen Sprachraum fast ausschließlich von einem geschlossenen katholischen Milieu beachtete Unterhaltungs- und Tendenzliteratur. In der Weimarer Republik entsprach die Haltung des *Hochland* derjenigen des Mehrheitskatholizismus: Carl Muths Zeitschrift stellte sich zwar auf den Boden der Republik, trat aber nicht offensiv für sie ein.

Insgesamt betrachtet bedeutete Hitlers „Machtergreifung“ das Aus oder die geistige Gleichschaltung der hier untersuchten

Periodika. Auch auf dem Zeitschriftensektor versetzte Adolf Hitlers nationaler Sozialismus dem Konservatismus einen Todesstoß, von dem er sich nach 1945 nie wieder richtig erholen sollte.

Diese These lässt sich auch durch Michel Grunewalds vorzüglichen Zeitschriftenband bestätigen:

Michel Grunewald/Hans Manfred Bock (Hrsg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945-1955). Bern-Berlin-Brüssel-F.a.M.-New York, Oxford-Wien: Peter Lang Verlag 2001, 472 Seiten, 78,10 Euro, ISBN 3-906758-26-5.

Die meisten der in diesem Sammelband vorgestellten Zeitschriften hatten ein eher linkes oder liberales Profil. Die Autoren halten sich glücklicher Weise nicht an die Vorgabe, sich auf die Wiedergabe des Europadiskurses zu beschränken. Der Leser erhält ebenfalls wichtige Basisinformationen über die Herausgeber und Autoren sowie die generelle politische Linie so bedeutender Zeitschriften wie *Aufbau*, *Ost und West*, *Der Ruf*, *Die Wandlung*, *Merkur*, *Die Gegenwart*, *Frankfurter Hefte*, *Der Monat*, *Neues Abendland* usw.

Zunächst ein paar Anmerkungen zu den konservativen Blättern. Der *Merkur* ist eines der wenigen Organe, das seit den Tagen der frühen Nachkriegszeit bis heute überlebt hat. In einem recht kritisch angelegten Beitrag bescheinigt Hans Manfred Bock den *Merkur*-Autoren „hohes wissenschaftliches oder publizistisches Prestige und konservative Wertorientierung“. Für die geistesaristokratische Linie des von Hans Paeschke herausgegebenen *Merkur* stehen u. a. folgende Namen renommierter Schriftsteller und Publizisten: Wilhelm E. Süskind, Dolf Sternberger, Helmut Schelsky, Michael Freund, Ernst Forsthoff, Hans Egon Holthusen. Bock bemängelt allerdings, dass die Zeitschrift kaum „Vertretern des parteidemokratischen Staates“ Platz geboten habe, dafür aber so genannten „Repräsentanten der Fundamentalkritik an der Demokratie wie Winfried Martini und Armin Mohler“: „Von den führenden Politikern der frühen Bundesrepublik kam nicht einer in den Heften des *Merkur* zu Worte.“ Hierzu ließe sich anmerken, dass der Stil eines Martini oder Mohler sicher um einiges brillanter ausfiel als die gestanzte Prosa unserer bundesrepublikanischen Berufspolitiker. Bocks Beitrag über den *Merkur* gehört, auch wenn man seine Kritik an der eher konservativen Ausrichtung der Zeitschrift nicht teilt, zu den

besten und kenntnisreichsten dieses Bandes. Er sieht den *Merkur* vor allem in der Tradition der *Europäischen Revue*, die (siehe oben) Guido Müller für den von Hans-Christof Kraus herausgegebenen Zeitschriftenband porträtiert hat.

Bedenklicher war wohl eher die geistige Haltung des *Neuen Abendlandes*. Als ideologische Pfeiler macht die Historikerin Vanessa Plichta, welche diese Variante des süddeutschen Katholizismus porträtiert, Rechristianisierungspläne und Antikommunismus aus. Der Nationalsozialismus wurde mit Verweis auf den Abfall von Gott als eine Art europäisches Phänomen entsorgt. Gottlosigkeit erkannte das *Neue Abendland* sowohl im Nationalsozialismus als auch im Kommunismus, so dass „Vergangenheitsbewältigung“ nicht hoch im Kurs stand. Es galt ja, gegen den gottlosen Kollektivismus im Osten zu kämpfen. Es gab Verbindungen zwischen „Neuem Abendland“ und „Abendländischer Akademie“, zu der prominente C-Politiker wie Richard Jaeger, Alois Hundhammer, Heinrich von Brentano, Hans-Joachim von Merkatz oder auch Otto von Habsburg gehörten. Für das *Neue Abendland* schrieben u. a. Reinhold Schneider, Werner Bergengruen, Erik von Kuehnelt-Leddin, Erich Franzel und Franz Herre. Vorbilder waren die autoritären Systeme der iberischen Halbinsel (Franco und Salazar). Allen Ernstes sprach man sich für ein europäisches Kaisertum aus, welches dem Abbau des Nationalismus dienen könne.

Sehr interessant sind auch die Aufsätze über den *Monat* (Thomas Keller) und die *Frankfurter Hefte* (Michel Grunewald). Den *Monat* auf seine CIA-Finanzierung zu reduzieren, ist einfach lächerlich. Vielmehr schafften es so unterschiedliche Autoren wie Melvin Lasky, Raymond Aron, Arthur Koestler, Richard Löwenthal, Willy Brandt, Wilhelm Röpke, Carlo Schmid sowie namhafte ausländische Schriftsteller bzw. ehemalige deutsche Emigranten, dem westlichen Deutschland den Anschluss an die (westliche) Moderne zu ermöglichen. Im *Monat* wurde die Literatur und Ideenwelt wieder zugänglich, die der Autor von ‚Mein Kampf‘ und seine geistlosen Satrapen für zwölf Jahre in den Giftschränk gesperrt hatten.

Einen besonders interessanten Forschungsgegenstand stellen die von Eugen Kogon und Walter Dirks zwischen 1946 und 1984 herausgegebenen *Frankfurter Hefte* dar, die von Anfang an mit großer Überzeugungskraft für den europäischen Gedanken stritten und jeglichem Nationalismus eine klare Absa-

ge erteilten. Kogon und Dirks lehnten ähnlich vehement die konservative Abendlandideologie wie den Nationalismus der deutschen Sozialdemokratie unter Kurt Schumacher ab. Ihre damals vielleicht noch vertretbaren Vorstellungen von einem Europa als „Dritte Kraft“ zwischen Ost und West präsentieren heutzutage ja wieder Konservative wie Alexander Gauland, die es im Jahr 2003 eigentlich besser wissen müssten. Angesichts der wahllosen Aufnahme neuer Mitglieder in die EU ist fraglich, ob die damaligen Visionen eines Eugen Kogon nicht immer mehr zur Utopie werden.

Der junge Publizist und Autor Marko Martin hat jüngst den Versuch unternommen, dem *Monat* Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ihn erneut ins öffentliche Bewusstsein zu rücken:

Marko Martin, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift *Der Monat*, F. a. M.-Berlin-Bern-Brüssel-New York-Oxford-Wien: Peter Lang Verlag 2003, 106 Seiten, 23,- Euro, ISBN 3-631-51105-1

Zweifelsohne kann Martin gut schreiben und weiß viel Interessantes über den *Monat* zu berichten, nicht zuletzt deshalb, da er wohl in intensivem Kontakt zu Melvin Lasky, dem ersten Herausgeber der Zeitschrift und Organisator des „Kongresses für kulturelle Freiheit“, stand. Wir wissen nun, dass der *Monat* in seiner Glanzzeit den ideologischen Mief aus der bundesrepublikanischen Geisteswelt vertrieben hat. Wir erfahren, dass dieses Blatt mehrheitlich nicht von finsternen Reaktionen gemacht wurde, die ihre Schecks von amerikanischen Regierungsbehörden bezogen. Wir vermissen schmerzlich, dass es eine ähnlich niveauvolle und mit internationa-

len Autoren bestückte Zeitschrift wie den *Monat* in Deutschland nicht mehr gibt. Aber wir stellen auch fest, dass die deutschen Lektoren ausgestorben sind. An zwei Stellen liest man das Wort „Provinienz“, der Monroe-Gatte Arthur Miller wird zum Erotiker Henry Miller, Hegel und Fichte werden für den Nationalsozialismus verantwortlich gemacht und und und. Das Buch ist voller Rechtschreibfehler, so dass es ein wenig an eine unkorrigierte Seminararbeit erinnert. Und irgendwann nervt es auch, dass Martin seinen Liberalismus wie eine Monstranz vor sich herträgt. Marko Martin muss aufpassen, sonst endet er noch wie die Dogmatiker des westlichen Liberalismus Hannes Stein und Richard Herzinger, die nur ein Thema kennen und sich selbst für völlig ideologiefrei halten.

Ansgar Lange

Die Gazelle jagen

Was kleine und mittlere Unternehmen brauchen, um es mit den Großen aufzunehmen

**Stahl, Heinz K. und Hans H. Hinterhuber (Hrsg.):
Erfolgreich im Schatten der Großen
Berlin: Erich Schmidt Verlag 2003
342 Seiten
58,- Euro
ISBN 350307451 1**

Die meisten kleinen und mittleren Unternehmen haben es schwer, Großkonzernen die Stirn zu bieten. Die beiden an der Universität Innsbruck tätigen Professoren Hans Hinterhuber und Heinz Stahl proklamieren in ihrem neuen Fachbuch ‚Erfolgreich im Schatten der Großen‘ einige „Wettbewerbsvorteile für kleine und mittlere Unternehmen“. Und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven: aus der Sicht des Unternehmertums, Managers und Mitarbeiters. Zwischen dem Unternehmer und

dem Manager bestünden allgemeine Unterschiede. Der Unternehmer handle eher intuitiv und sei risikobereiter, der Manager hingegen sei realitätsnah und vorsichtiger. Kleinere und mittlere Unternehmen bräuchten Führungskräfte, die beide Typen in sich vereinen.

Die Autoren zeigen auf, wie wichtig die Kooperationsfähigkeit in und von kleinen Unternehmen ist und welche Barrieren dabei zu überwinden sind. Ein Lösungsansatz liegt im systematischen Coaching – eine spezielle Beratungsmethode –, mit dem das menschliche Miteinander in kleinen und mittleren Unternehmen verbessert werden kann. Es wird außerdem die Einbettung in internationale Wertschöpfungsnetzwerke illustriert. Dabei gilt es, die unternehmerische Rente und den Produktionswert zwischen den verschiedenen Teilnehmern am Netzwerk aufzuteilen.

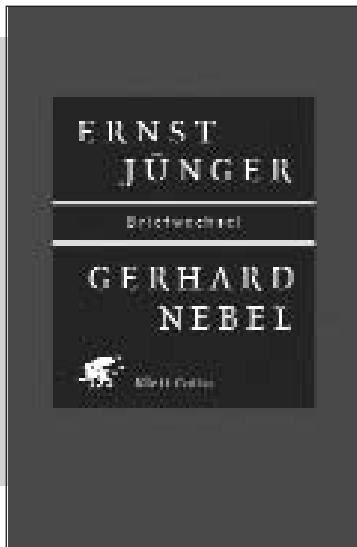
Was Großkonzerne hemmt, sind Bürokratie und hierarchische Strukturen: Bei

großen Konzernen gibt es starre Mechanismen, zum Beispiel bei der Preiskalkulation. Da tut man sich sehr schwer, wie auch mit einer schnellen Entscheidung. Heute muss man als Dienstleister in der Lage sein, kurzfristig zu handeln. Im Konzern benötigt man hierfür zeitweise vier oder fünf Abteilungen.

Dass David sich gegen Goliath wirksam zu behaupten lernt, ist das Anliegen der Buchautoren Stahl und Hinterhuber. Für die Unternehmer, die im Schatten der Großen erfolgreich sind, gilt nach ihrer Ansicht immer noch ein altpersischer Spruch: „Nicht jeder, der sich bemüht, kann eine Gazelle erjagen. Wer eine Gazelle erjagt, der hat sich sicher bemüht“.

Peter Schäfer





Mediterranes und Nebelbänke

Noch vor dem Zweiten Weltkrieg wendet sich Gerhard Nebel, geboren im Jahre 1903, an den renommierten Autor Ernst Jünger, um dessen Meinung über seinen „Versuch über Ernst Jünger“ einzuholen, der 1939 in dem Essayband ‚Feuer und Wasser‘ erscheinen sollte. Unmissverständlich gibt der promovierte Altphilologe Nebel seine Verehrung gegenüber dem acht Jahre älteren Jünger zu erkennen, die sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte in neuen Formulierungen wiederholen wird. Vor dem politischen Hintergrund in Deutschland gewinnt Nebels Bekenntnis vom Juni 1939 an zusätzlicher Brisanz: „Ihr Denken hat die erstaunliche Eigenschaft, entbindend zu sein. Es stammt aus dem Wohlwollen und nicht aus der Herrschaft.“

Gerhard Nebels feuriges Temperament droht ihm in den kommenden Jahren manches Mal durchzugehen. Bereits während der NS-Zeit hatte ihm ein Artikel in der *Neuen Rundschau* nicht nur Ärger, sondern auch seine Versetzung als Bausoldat auf eine britische Kanalinsel eingebracht. Freilich, als es 1951 zum Bruch zwischen Jünger und Nebel gekommen war, der fast zehn Jahre anhalten sollte, berichtete Jünger über Nebels lautstarkes und undiplomatisches Gebaren bereits während der Pariser Zeit, als beide an den legendären Georgs-Runden um Hans Speidel, den Stabschef beim Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich teilgenommen hatten. Und bereits 1940 hatte sich Ernst Jünger gezwungen gesehen, Nebel zur Mäßigung zu raten, da ihm über Dritte Nebels unvorsichtige Äußerungen zugetragen worden waren. Die auch inhaltlich intensivste Phase dieses Briefwechsels liegt in den Jahren zwischen 1945 und 1950. Der Krieg war verloren, die NS-Herrschaft zerschlagen und eine Besatzungs-

Ernst Jünger – Gerhard Nebel „Briefe 1938-1974“

Herausgegeben, kommentiert und mit einem Nachwort versehen von Ulrich Fröschle und Michael Neumann
Stuttgart: Klett-Cotta Verlag 2003
989 Seiten
49,- Euro
ISBN 3608936262

ungsverwaltung hatte unter anderem auch Ernst Jünger ein Publikationsverbot verhängt, das erst 1949 aufgehoben worden war. Es waren schwere Jahre, die nicht zuletzt auch von massiven materiellen Mängeln gekennzeichnet waren. Jünger und Nebel waren sich einig, dass nach Jahren der „Despotie“ die Zeit einer „Nach-Despotie“ angebrochen ist. Jünger, der sich von den Nazis nicht ideologisch einverleiben ließ, wollte auch einer neuen Herrschaft nicht zu Kreuze kriechen. In diesem Zusammenhang ist eine Episode bezeichnend, die Hans Mayer in seinen ‚Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik‘ – ‚Der Turm von Babel‘ – schildert. 1950 war er in der DDR mit dem umstrittenen sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg zusammengetroffen. Ehrenburg vermied demonstrativ ein Gespräch über DDR-Schriftsteller, die er nicht zuletzt aufgrund deren ideologischer Hörigkeit nicht zu schätzen schien: „Der einzige deutsche Autor, nach welchem er sich interessiert erkundigte, war Ernst Jünger.“

Der Briefwechsel streift neben politischer Polemik immer wieder die Erinnerung an den Süden. Gemeinsame Reisen werden geplant, aber nicht verwirklicht. Nebel berichtet über seine Vortragsreisen und schlaglichtartig zeichnen sich Intrigen ab, die nicht

zuletzt im Zusammenspiel mit Jüngers jungem Sekretarius Armin Mohler stattfinden. Spätestens an dieser Stelle erweist es sich als Glücksfall, dass die beiden Herausgeber mit einem soliden Anmerkungsapparat aufwarten. Zu den aufschlussreichsten Passagen gehören sicher Ernst Jüngers wiederholte Hinweise und Erinnerungen an die Vorgänge des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944. So mancher Maulheld, der selbst in unserer Zeit noch von Verrätern faselt, sollte Ernst Jüngers Ausführungen lesen, die auch aus der Distanz der Jahre von emotionaler Aufwühlung gekennzeichnet sind. Ein Zustand, der Jünger ansonsten eher fremd war: „Ich hege zwar vor diesen Männern, die ich zum großen Teil persönlich kannte, die höchste Achtung und habe nicht davor zurückgeschreckt, mich zu gefährden, indem ich ihnen meine Friedensschrift als außenpolitische Mitgift zur Verfügung stellte, obwohl ich ihre Konzeptionen nicht geteilt habe.“

Ernst Jünger macht seit dem 19. Jahrhundert gesellschaftlich-politische Entwicklungen aus, die sich dem Angriff auf den geistigen Menschen verschrieben haben. Das 20. Jahrhunderte steigerte sich im sprichwörtlich totalitären Sinne: „Man muss ebenso unterscheiden zwischen den Russen und dem Kommunismus, wie das zwischen den Deutschen und dem Nationalsozialismus nötig war“. Das Leben unter der Tyrannis sowie die Frage nach der Rettung der nationalen Identität sind nicht die einzigen leidvoll erfahrenen Berührungspunkte dieser beiden Länder. Womöglich rührt von daher das ungewöhnliche Interesse an den Schriften Ernst Jüngers, das sich im heutigen Russland feststellen lässt.

Der Sieger schreibt die Geschichte

Hartmuth Becker/Felix Dirsch/Stefan Winckler (Hrsg.):

Die 68er und ihre Gegner.

Der Widerstand gegen die Kulturrevolution.

Graz: Leopold Stocker 2003

252 Seiten

19,90 Euro

ISBN 3-7020-1005-X

Eigentlich fällt einem zu 1968 nichts mehr ein. Mit Argumenten ist den ehemaligen Protestlern, die heute nicht nur Müll und politische Gesinnungen fein säuberlich trennen, sondern auch in höchsten Staatsämtern sitzen, sowieso nicht beizukommen. Sie haben dieses Land an die Wand gefahren. Politik, Wirtschaft, Kultur, Bildung, gesellschaftliche Umgangsformen haben die Rebellen von einst in weiten Teilen korrumpiert. Darüber muss man nicht lamentieren. Es gilt, die Lage nüchtern zu erkennen. Und es bleibt ein Trost: Auch für die Alt-68er ergibt sich bald die biologische Lösung in Form von üppigen Altersversorgungen, die sich diese so geschickte sowie charakter- und verantwortungslose Generation gesichert hat. Die ergrauten und arrivierte Ideologen von 1968 können nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Man sollte ihnen allerdings auch keine Kränze flechten, beispielsweise in der würdelosen Form, wie die immer noch latent autoritätshörigen Deutschen den gutmensch-

lichen Herrenmenschen aus dem Auswärtigen Amt regelmäßig zum beliebtesten deutschen Politiker küren.

Die ehemaligen 68er haben ihre Geschichte weitestgehend selbst geschrieben. Sie haben ohne große Gegenwehr der oft aufgeschreckt und feige agierenden deutschen Bürgerlichen und Konservativen die „Deutungshoheit und Interpretationsmacht über das damalige Geschehen“ (Rudolf Wassermann) vollends behauptet. Sie sind die Sieger der Geschichte, die ihr Schlafmittel nicht zuletzt in die öffentlich alimentierten Rundfunk- und Fernsehanstalten gespritzt haben. An diesem Tatbestand wird auch der jüngste Sammelband über die 68er und ihre Gegner nichts ändern. Er ist im dezidiert konservativen Grazer Leopold Stocker Verlag erschienen, was befürchten lässt, dass er sowieso – gleichsam zur eigenen Bestätigung – nur von den Eingeweihten gelesen werden wird. Der Mühe der noch relativ jungen Herausgeber Hartmuth Becker, Felix Dirsch und Stefan Winckler muss man Respekt zollen. Insbesondere Till Kinzels Aufsatz über den ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘ und Hartmuth Beckers Porträt des ‚Hessischen Elternvereins‘, der gegen die totalitäre hessische Schulpolitik der 70er Jahre vorging, sind äußerst aufschlussreich. Andere Beiträge enttäuschen. Felix Dirsch weiß nichts Neues zu berichten über konservative Zeitschriften, die mutig gegen die Ideen von 1968 zu Felde zogen. Stefan Winckler reiht Zitat an Zitat, um die Haltung der Tageszeitung *Die Welt* ge-

genüber den protestierenden Studenten zu erforschen. In dieser Zitat-Wüste bleibt die Analyse auf der Strecke.

Recht ergiebig fällt das Gespräch mit Hermann Lübke aus, auch wenn man kein Freund seiner sprachlichen Manierismen ist: „Die Sozialdemokratie galt als sozial- und bildungspolitisch bei Fälligkeiten von unzweifelbarer Dringlichkeit engagiert.“ Gestelzte Sprache scheint kein Privileg von Habermas & Co., sondern eher ein Markenzeichen deutscher Professoren zu sein. Selbst ein kleiner Redakteur des *Trostberger Tagblattes* würde vor einem solchen Satz zurückschrecken. Zur Bestätigung ein zweiter Lübke-Satz: „Es lag in den Konsequenzen meiner universitären Profession, dass ich in der Sozialdemokratie primär bildungspolitisch tätig gewesen bin.“ Könnte man nicht einfach folgendes sagen: „Aufgrund meiner Erfahrungen als Professor habe ich mich innerhalb der SPD vor allem bildungspolitisch engagiert.“ Der hier vorgestellte Sammelband hat also einige starke, aber auch viele schwache Seiten. Letztlich bleibt er zu theoretisch (Beitrag von Ulrich E. Zellenberg) oder geizt mit Tiefgang und Analyse (Beiträge von Dirsch und Winckler). Die Gesprächspartner (Hermann Lübke, Klaus Motschmann, Fritz Schenk) sind alle um die 70 Jahre alt. Was sagen jüngere Intellektuelle über 1968? Gibt es heute geistige Erben sowohl der 68er als auch ihrer ideologischen Gegner?

Das Blaue Brett

Semantik

Der doppelte Lomborg

Manchmal geht es schnell. Vergangenes Jahr hat eine „Kommission gegen wissenschaftliche Unredlichkeit“ dem dänischen Statistikprofessor Bjørn Lomborg vorgeworfen, mit seinem Buches ‚Apokalypse No!‘ gegen die Standards guter wissenschaftlicher Praxis verstoßen zu haben. Jetzt stellte das dänische Wissen-

schaftsministerium klar, dass diese Verdächtigungen jeder Grundlage entbehren. Die Kommission hatte Anschuldigungen erklärter Lomborg-Gegner aus einem höchst polemischen Artikel des *Scientific American* ungeprüft übernommen. In Deutschland wurde der Freispruch recht unterschiedlich vermeldet. Die *Financial*

Times titelte: „Apokalypse der Selbstgewissen“. In der *Süddeutschen Zeitung* hieß es dagegen: „Im Zwielficht – von Skandal zu Skandal: Der dänische Ökologe Lomborg.“ Da weiß man doch, was man an seiner *Süddeutschen* hat.

Quellen: FTD und SZ vom 19.12.2003

John Lawrence Daly 1943 – 2004

Nachruf

Der Zweifel ist das methodische Prinzip der gesamten Wissenschaft. Auch die zahlreichen Hypothesen zum Klimawandel müssen sich dem Feuer der Kritik stellen, sonst sind sie nichts wert. Leider wird diese Aufgabe von der etablierten Klima-Wissenschaft nur selten wahrgenommen, statt dessen beschwört sie einen so genannten Konsens in Sachen Klimakatastrophe. Auch ist es zu einer häufigen Übung geworden, skeptische Stimmen moralisch oder persönlich zu desavouieren. Der Autodidakt John Daly

begann 1995 mit seiner Webpage "Still Waiting for Greenhouse" gegen diese politisch korrekte Wissenschaft zu rebellieren. Mit untrüglichen Gespür für Widersprüche und Plausibilitäten schuf er im Internet das, was man im besten Sinne als Gegenöffentlichkeit bezeichnen könnte. Der Einzelkämpfer Daly hatte das subversive Potenzial des Internet für diesen Zweck frühzeitig erkannt, seine Seite wurde millionenfach angeklickt. Von seinem kleinen Büro in Tasmanien aus brachte er mit bescheidensten finanziel-

len Mitteln die milliardenschwere PR-Maschinerie der staatlich geförderten Katastrophen-Industrie in Verlegenheit. John Daly erlag am 29. Januar 2004 einem Herzinfarkt. Er hat einen festen Platz in unserer Hall of Fame für couragierte und skeptische Menschen. Seine Website wird von seiner Tochter und Freunden weitergeführt.

Link: www.john-daly.com

Wissenschaft

Forschen wieder erlaubt

Licht aus, Spott an, endlich: Der Forschungsreaktor FRM II in Garching bei München hat am 2. März die ersten Neutronen erzeugt. Wir gratulieren. Vorausgegangen war ein über zehn Jahre langer bürokratischer Hindernislauf. Besonders die Grünen haben sich um das Auftürmen

stets neuer Hindernisse verdient gemacht. Originellster Einwand von Gegnern: In Garching bestrahlte Krebspatienten könnten auf der Rückfahrt zum Krankenhaus auf den umliegenden Feldern Pipi machen. Eine Verstrahlung der Umwelt sei somit nicht auszuschließen.

Quelle: TU-München Pressemitteilung vom 2.03.04

Aus: Michael Miersch und Dirk Maxeiner: Die Frohe Botschaft! Nr. 21, www.maxeiner-miersch.de

**»Es gibt keine
unbestrittene
Wahrheit« Voltaire**

**ALEXANDER
SOLSCHENIZYN**

»Zweihundert Jahre zusammen«

**Die Juden in der
Sowjetunion**

**Der neue
Solschenizyn**

606 Seiten
ISBN 9-77-00-2360-X
€ 39,90



Herbig

Herbig

www.herbig-verlag.de